

BOB

Toutes les bonnes volontés

Taina Bofferding tente de mobiliser le foncier. Claude Turmes veut en limiter l'artificialisation. Le Conseil d'État s'oppose formellement à une « ingérence » dans le droit de propriété

„40 Stunden können nicht bleiben“

Die LSAP bereitet der Neuaufgabe ihres Wahlversprechens auf Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich den Boden

Der Untergang des Gutlandes

Die ADR-Politiker Tom Weidig und Fred Keup haben ein politisches Buch vorgelegt. Sie schüren Angst vor „EU-Bürgern“ und abstrakter Kunst

« Montrer toute la puissance du fait brut »

Le journaliste et historien Jérôme Quiqueret livre une fresque époustoflante d'Esch-sur-Alzette au début du siècle dernier

„Die teuersten Kläranlagen in Europa“

Im Interview spricht Jean-Paul Lickes vom Wasserwirtschaftsamt über die Auswirkungen von Wachstum auf die Wasserqualität

Foto: Sven Becker



land

Unabhängige Wochenzeitung
für Politik, Wirtschaft und Kultur

#21

69. Jahrgang
27.05.2022



5,00 €

„Ohne die Bereitschaft der Bauern werden wir den guten ökologischen Zustand der Gewässer nie erreichen“

Interview: Luc Laboulle

Der Direktor des Wasserwirtschaftsamts, Jean-Paul Lickes, erklärt, welche Folgen das Wachstum für die Trinkwasserversorgung hat, wie intensive Landwirtschaft sich auf die Wasserqualität auswirkt und wieso Prävention und Information bei Starkregen und Überschwemmungen effizienter sind als Warnsysteme

d'Land: Herr Lickes, in den letzten Wochen hat es nur wenig geregnet. Wie steht es um die Trinkwasserreserven in Luxemburg?

Jean-Paul Lickes: Im Stausee haben wir in den Wintermonaten die Marke von 319 Metern erreicht, die wir uns zum Ziel gesetzt hatten, sodass wir dort genug Reserven haben. Neben der alten bei Esch/Sauer ist nun auch die neue Produktionsanlage der Sebes (Syndicat des eaux du barrage d'Esch-sur-Sûre) in Eschdorf zur Hälfte in Probebetrieb. In dem Bereich sind wir also auf der sicheren Seite.

Wieviele Gemeinden sind an das Sebes-Netz angeschlossen?

Es sind vorwiegend die Gemeinden, die Mitglied eines Wassersyndikats sind. Rund 80 Prozent der Bevölkerung werden vom Sebes-Netz erreicht, unter der Voraussetzung, dass ihre Trinkwasser-Infrastruktur es erlaubt.

Was heißt das?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Das Netz der Distribution d'eau des Ardennes (DEA) im Norden ist ziemlich verästelt, mit engen Leitungen und vielen kleinen Behältern. Im Osten gibt es ebenfalls solche Situationen. Viele der Dörfer sind in den vergangenen Jahren gewachsen, auch mit landwirtschaftlichen Betrieben und Tourismus, ohne dass die Basis-Infrastruktur kontinuierlich mitgewachsen ist. Vor allem im Sommer kommt es vor, dass die Leitungen oder Behälter nicht groß genug sind, um die Einwohner, Industriezonen und Bauernhöfe mit ausreichend Wasser zu versorgen, obwohl im Stausee genug Trinkwasser produziert wird.

Wer ist zuständig für den Ausbau der Leitungen?

„Wenn ein Bauer seinen Bestand von 50 auf 250 Kühe erweitert, ist das, wie wenn eine neue Wohnsiedlung entsteht. Für eine Gemeinde kann das zu einer echten Herausforderung werden“

Das Wasserwirtschaftsamt hat eine Kontrollfunktion, es kann die Infrastruktur gemeinsam mit dem Ministerium mitfinanzieren oder Anreize schaffen, doch die endgültige Entscheidung liegt bei den Gemeinden. Wir können sie nicht dazu zwingen, neue Leitungen oder neue Behälter zu bauen; sie haben ja kommunale Autonomie.

Woher beziehen Gemeinden ihr Trinkwasser, die nicht Mitglied eines Syndikats sind?

Die 23 Gemeinden, die nicht in einem Syndikat sind, haben eigene Quellen. Es sind vorwiegend Kommunen im Osten und Westen Luxemburgs. Bei denen ist es in den vergangenen Jahren manchmal problematisch gewesen, denn wenn ihre Quellen nicht ausreichen, fehlt ihnen die Möglichkeit, sich ihr Trinkwasser anderswo zu beschaffen. Deshalb versuchen wir, diese Gemeinden dazu zu bewegen, sich einem Syndikat anzuschließen. Weil das für sie mit einer größeren Investition verbunden ist, fehlt ihnen dazu

manchmal die Motivation. Es gibt aber bereits Gemeinden, die sowohl eigene Quellen haben, als auch in einem Syndikat sind und von beidem profitieren.

Wieso wird das Quellwasser in diesen Gemeinden knapp?

Viele Gemeinden sind in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Ein weiteres Problem ist, dass die Bauernbetriebe wesentlich größer geworden sind. Eine Kuh verbraucht mehr Wasser als ein Mensch. Wenn ein Bauer seinen Bestand von 50 auf 250 Kühe erweitert, ist das, wie wenn eine neue Wohnsiedlung entsteht. Für eine Gemeinde kann das zu einer echten Herausforderung werden.

Können Sie in dem Fall helfen?

Wegen der vielen Servituten ist das schwierig. Das neue Wassergesetz erlaubt zwar Enteignungen, um Leitungen zu ziehen, doch wegen der öffentlichen Ausschreibungen kann es Jahre dauern, bis sie verlegt sind.

Manchmal werden Quellen auch „schlecht“, weil sie Pestizide enthalten. Was kann man dagegen tun?

Um das zu vermeiden, wurden fast alle Quellen, die zurzeit in Betrieb sind, von einer Schutzzone umgeben. Trotzdem können Belastungen nicht vollständig vermieden werden. Die Quellen, die zurzeit wegen zu hoher Pestizidwerte oder Nitratrückstände außer Betrieb sind, könnten 65 000 Einwohner mit Trinkwasser versorgen. Dieses Wasser muss mit aufwendigen und teuren Maßnahmen wiederaufbereitet werden. Und das in Zeiten, in denen das Trinkwasser knapp zu werden droht.

Vor vier Jahren hatte die damalige Umweltministerin Carole Dieschbourg angekündigt, dass Mitte der

2030-er Jahre mit Engpässen beim Trinkwasser zu rechnen sein werde. Wie ist die Lage heute?

Ich würde den Horizont derzeit auf 2035 oder 2038 schätzen. Die Trinkwasserstrategie beruht auf drei Pfeilern. Rund um die Quellen und den Stausee errichten wir Schutzzonen. Mit einer kohärenten Wassersparstrategie wollen wir den Pro-Kopf-Konsum senken – alleine für Privathaushalte liegt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch aktuell bei 130 Litern, mit Industrie und Handel bei rund 200 Litern. Nicht zuletzt wollen wir zusätzliche Ressourcen erschließen. Weitere Grundwasserreserven anzapfen wollen wir aber nicht, um eine Übernutzung zu verhindern. Stattdessen wollen wir die Oberflächengewässer dafür nutzen.

Als mögliche Lösung hatte Carole Dieschbourg 2018 die Trinkwassergewinnung aus der Mosel durch Uferfiltration in Aussicht gestellt. Wird das inzwischen umgesetzt?

Wir haben schon Studien durchführen lassen über die Art der Aufbereitung und darüber, wie man das Leitungsnetz aus der Mosel mit dem der Sebes verbinden kann. Verschiedene Verläufe sind möglich, doch wir wollen bestimmte Defizite beheben, die zurzeit im Leitungsnetz im Osten bestehen. Vor allem in der Moselgegend sind einige Gemeinden stark gewachsen und „schwächeln“ ein bisschen bei der Wasserversorgung. Sie wollen wir gleich an das Netz mit anschließen.

Mit dem Wassergesetz von 2008 wurde das Kostendeckungsprinzip eingeführt, das die Bürger mit höheren Preisen zum Wassersparen animieren sollte. Hat das funktioniert?

Ich denke nicht, denn anders als beim Benzin wissen die meisten Menschen nicht einmal, wieviel

Leitungswasser kostet. Weil Trink- und Abwasserversorgung in kommunaler Hand sind, hat Luxemburg so viele unterschiedliche Wasserpreise wie es Gemeinden hat. Die Preiserhöhung beim Kostendeckungsprinzip sollte eigentlich bewirken, dass alle Gemeinden genug Geld haben, um ihre Infrastruktur instand zu halten. Hinzu kommen noch zwei Gebühren für die Entnahme von Trinkwasser und die Rückführung von geklärtem Abwasser. Dieses Geld fließt in den Wasserfonds, über den Maßnahmen in den Schutzzonen finanziert werden. Der Wasserpreis liegt in Luxemburg zwischen fünf und 7,50 Euro pro Kubikmeter. Im europäischen Vergleich ist das eher Durchschnitt.

Wird Trinkwasser künftig noch teurer werden?

Ich denke, dass wir zurzeit relativ gut dastehen.

Vor einigen Jahren wurde darüber nachgedacht, Trinkwasser zu importieren, wenn Luxemburg in dem Tempo weiterwächst. Ist das noch aktuell?

Wir haben verschiedene Szenarien geprüft. Um Wasser aus Deutschland zu importieren, müssten wir fast 80 Kilometer Leitungen bauen. Abgesehen von der komplizierten Genehmigungsprozedur würde das sehr teuer werden und die Kosten-Nutzen-Rechnung würde nicht aufgehen. Darüber hinaus ist es grundsätzlich besser, die Versorgung mit einer Primärressource wie Wasser im eigenen Land zu behalten.

Im Jahr 2000 wurde die europäische Wasserrahmenrichtlinie beschlossen, die vorsah, dass bis 2015 alle Gewässer in einem guten Zustand sein sollten. Die ökologische Qualität der Wasserläufe in Luxemburg ist aber immer noch nicht gut. Nur 51 Prozent der Flüsse und Bäche weisen einen mäßigen Zustand auf, 23 Prozent einen unbefriedigenden und 20 Prozent einen schlechten. Woran liegt das?

Wir sind in einer ähnlichen Situation wie die anderen Benelux-Staaten und Regionen wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen. Mit denen gemeinsam haben wir die hohe Bevölkerungsdichte und einen hohen Anteil an intensiver Landwirtschaft. Für Luxemburg kommt noch erschwerend hinzu, dass das Land an der Wasserscheide zwischen Rhein und Maas liegt. Das beinhaltet, dass wir zwar ein quellenreiches Land sind, doch unsere Fließgewässer in hydrologischer Hinsicht allesamt Bäche mit kleinen Einzugsgebieten sind. Außer der Mosel, die unser Land nur streift, haben wir keine größeren Flüsse.

Was ist mit Alzette und Sauer?

Selbst Alzette und Sauer sind im internationalen Vergleich eher kleine Gewässer. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie im Winter wesentlich mehr Wasser führen als im Sommer. Die längeren Trockenperioden infolge des Klimawandels führen zudem dazu, dass der Wasserstand der Bäche im Sommer sehr niedrig ist. Die hohe Bevölkerungsdichte bewirkt, dass kleinere Wasserläufe wie die Eisch oder Mamer – aber auch die Alzette – in den Sommermonaten bis zu 70 Prozent aus geklärtem Abwasser bestehen und nur noch ganz wenig Quellwasser führen. Obwohl unsere Kläranlagen ziemlich effizient sind, ist es quasi unmöglich, alleine damit einen guten ökologischen Zustand zu erreichen.

Brauchen wir noch bessere Kläranlagen?

Wir ertüchtigen unsere Kläranlagen relativ konsequent. Daran sind oft internationale Studienbüros beteiligt. Wenn ich denen vorlege, welche Ablaufwerte sie respektieren müssen, halten sie das finanziell für nicht umsetzbar. Aber es ist die einzige Möglichkeit, die Luxemburg hat, um jemals überhaupt einen guten ökologischen Zustand erreichen zu können. Die Technik, die es dafür braucht, ist sehr teuer. Darüber sind die Gemeinden nicht froh, weil sie einen Teil davon bezahlen müssen. Pro Einwohnergleichwert hat Luxemburg die teuersten Kläranlagen in Europa.



Der Stausee ist Trinkwasserreservoir und Naherholungsgebiet zugleich

Nicht nur die ökologische, sondern auch die hydro-morphologische Qualität der Wasserläufe ist schlecht. Dabei würde die Renaturierung von Bächen und Flüssen nicht nur die Wasserqualität verbessern, sondern auch vor Hochwasser schützen. Wieso wurde in diesem Bereich bislang nur sehr wenig umgesetzt?

Um einen ökologischen Korridor zur Renaturierung eines Bachs anlegen zu können, braucht man an beiden Ufern Platz. Und um Platz zu haben, braucht man Grundstücke. Wegen des hohen Preisdruks ist es aber fast unmöglich, noch jemanden zu finden, der ein Grundstück verkaufen will. Nicht einmal mehr an einem Bach.

Aus dem Wasserbewirtschaftungsplan geht hervor, dass die Gewässer stark mit Pestiziden und Nährstoffen belastet sind.

Von den Feldern fließen noch immer zu viele Nährstoffe und Pestizide in die Gewässer. Darüber führen wir mit der Landwirtschaft seit zehn Jahren sehr schwierige Diskussionen. Jedes Mal, wenn wir fast eine Lösung gefunden haben, passiert irgendetwas, das wieder alles zum Scheitern bringt. Aktuell ist es der Ukraine-Krieg, wegen der die Landwirte nun meinen, wieder mehr Weizen produzieren zu müssen, was sie wieder zu einer stärkeren Düngung berechtige. Die Landwirtschaft nutzt jede Gelegenheit, um an der klassischen intensiven Produktionsweise festzuhalten. Sogar so einfache Dinge wie Uferlandstreifen, wo jeweils fünf bis zehn Meter direkt neben Gewässern nicht angebaut wird, sind sehr schwierig durchzusetzen. Ohne die Bereitschaft der Bauern werden wir den guten ökologischen Zustand der Gewässer aber nie erreichen.

Um die Landwirtschaft zur Umsetzung von Wasserschutzmaßnahmen zu bewegen, wurden Kooperationen zwischen Gemeinden, Syndikaten, Landwirten und Staat gegründet. Bauern, die daran teilnehmen, werden finanziell unterstützt. Wie wird die Initiative von den Landwirten angenommen?

Das Problem ist: Wenn 80 Prozent der Landwirte in der Kooperation mitmachen, und 20 Prozent nicht, kann es passieren, dass diese 20 Prozent die gute Arbeit der 80 Prozent fast zunichte machen.

Im Stau bilden sich Jahr für Jahr Blaualgen. Stellen sie eine Gefahr für das Trinkwasser dar?

Blaualgen stellen für die Trinkwasseraufbereitung kein größeres Problem dar, sondern eher für den Badespaß. Sie entstehen vorwiegend durch Nährstoffe, insbesondere durch Phosphor, die über guten Boden in den Stau geschwemmt werden, etwa bei Platzregen.

Und die Pestizide?

Pestizide haben im Stau nichts verloren, deshalb haben wir die Schutzzonen ausgewiesen. Wir können natürlich nicht von heute auf morgen alles beseitigen, aber wir arbeiten in der landwirtschaftlichen Kooperation daran, die Zufuhr von Pestiziden und Nährstoffen in den Stausee zu minimieren.

Eine Luxemburger Brauerei hat vor einigen Jahren tiefgebohrt und 30 000 Jahre altes Mineralwasser aus der Eiszeit gefunden, das „von jeglicher menschlicher Verschmutzung frei“ sei, auch von Nitraten, was sie sich durch das Forschungsinstitut List bescheinigen ließ. Ist sauberes Wasser künftig nur noch als Mineralwasser in Flaschen zu erhalten?

Erstens möchte ich betonen, dass diese Brauerei keine Erhöhung ihrer Förderung erhalten hat. Zweitens stellt sich die Frage, was sauberes Wasser ist. Eine naturbelassene, nicht anthropogen belastete Quelle in einem Wald kann einen natürlichen Nitratgehalt von fünf bis acht Milligramm enthalten. Alles, was darüber hinausgeht, ist menschgemacht. Wir wollen den Nitratgehalt in den Quellen auf 25 Milligramm begrenzen. An vielen Orten ist er jedoch höher. Der

Grenzwert liegt bei 50 Milligramm, ab diesem Wert schneiden wir die Quelle ab. Aus keinem Hahn fließt Wasser, das mehr als 50 Milligramm Nitrate enthält. Und das ist absolut vertretbar und nicht gesundheitsschädlich. Das gleiche gilt für Pestizide. Nirgends soll Wasser mit einem problematischen Anteil an Spurenstoffen aus dem Wasserhahn fließen. In einer Gesellschaft, in der seit über 200 Jahren industriell produziert wird, sind wir aber alle endokrinen Disruptoren ausgesetzt. Wie die miteinander interagieren, weiß bis heute niemand so genau, weil die meisten Stoffe nur individuell toxikologisch untersucht werden. Beim Trinkwasser sind wir in Luxemburg aber auf der richtigen Seite und ich kann mit ruhigem Gewissen sagen, dass jeder hier Wasser vom Hahn trinken kann. Die Trinkwasserverordnung ist sogar strenger als die Mineralwasserverordnung. Trotzdem kommt es immer mal vor, dass Trinkwasser nicht konform ist, doch diese Probleme sind in den allermeisten Fällen hausgemacht, etwa wenn Wasserfilter in einem Haus nicht gereinigt oder Regenwasseranlagen falsch angeschlossen werden.

In den vergangenen Jahren haben starker und anhaltender Regen wiederholt für Überschwemmungen gesorgt. 2016 wurde von Jahrhundertregen, 2021 von Jahrhunderthochwasser gesprochen. Wie sind diese Phänomene zu erklären?

Durch den Klimawandel. Letzten Sommer hatten wir in der Tat anhaltenden Regen, doch dann kam Starkregen dazu. Wir hatten noch Glück, denn 100 Kilometer von uns entfernt sind 80 Liter mehr Regen gefallen. Wenn das bei uns passiert wäre, hätte es mit großer Wahrscheinlichkeit auch hier Tote gegeben.

Beim Starkregen 2016 ging alles sehr schnell. Vergangenes Jahr waren die Böden aber schon seit Tagen gesättigt. Hätte man die Katastrophe nicht kommen sehen müssen?

Wir lagen an der Grenze dessen, was der deutsche und der französische Wetterdienst vorhergesagt haben. Die Gewitterzellen können sich innerhalb weniger Stunden extrem verändern. Es ist schwierig, das den Leuten zu erklären und sie haben auch kein Verständnis für Unvorhersehbarkeit. Trotz unserer hochtechnologischen Gesellschaft können wir nicht alles voraussehen. Weil wir mit einem zwei- bis fünfjährigen Hochwasser rechneten, warnten wir die Campingbetreiber und Baustellenarbeiter entlang der Flüsse. Mit einem hundertjährigen Hochwasser haben wir natürlich nicht gleich gerechnet.

Gestorben ist in Luxemburg zwar niemand, doch der Sachschaden war hoch. Hätte das durch ein besseres Frühwarnsystem und schnelleres Eingreifen verhindert werden können?

Von der Brutalität der Sturzflut wurden alle Länder überrascht, auch wir. Das Innenministerium hat das Warnsystem jetzt verbessert. Der Erfahrungsaus-

„Wegen des hohen Preisdruks ist es fast unmöglich, noch jemanden zu finden, der ein Grundstück verkaufen will. Nicht einmal mehr an einem Bach“

tausch zwischen Wasserwirtschaftsamt, dem Hochkommissar für nationale Sicherheit und dem CGDIS läuft noch. Im Gegensatz zum Europäischen Hochwasserwarnsystem Efas, das regionale Vorhersagen trifft, mit denen das CGDIS nur wenig anfangen kann, versuchen wir, präzise Pegelstände für Flüsse und Ortschaften zu prognostizieren. Denn das CGDIS muss wissen, wo es seine Rettungsleute genau einsetzen soll.

Sturzfluten sind mit Wettersatelliten schwer vorzusehen. Deshalb hat das List vor zehn Jahren getestet, wie solche Phänomene mit Mobilfunk-Richtstrecken erfasst werden können. Hat das zu etwas geführt?

Das Projekt läuft möglicherweise noch in Zusammenarbeit mit der Post. Doch nehmen wir mal an, wir wüssten, dass in 25 Minuten in Redingen 70 Liter Regen pro Quadratmeter fallen werden. Ein Einwohner von dort arbeitet in der Stadt Luxemburg und bekommt das mit. Was macht er dann? Setzt er sich ins Auto und rast mit 120 km/h nach Hause? Laufen die Menschen in den Keller, um noch schnell ein paar Sachen zu retten? Bringen sie sich dadurch selber in Gefahr?

Ist es denn besser, sie nicht zu warnen?

Wir haben Starkregen-Karten berechnet, auf denen landesweit Gefahrenpunkte eingezeichnet sind, egal ob das nun an einem Bach ist oder am Tiefpunkt eines Dorfs, wo es vielleicht überhaupt keine Gewässer gibt, das Risiko aber genau so hoch ist. Auf diese Weise können die Menschen auf dem Geoportal einsehen, ob ihr Haus an einem Gefahrenpunkt liegt oder nicht.

Wenn man davon ausgeht, dass extreme Phänomene künftig häufiger auftreten oder gar zur Regel werden, müsste man dem besser vorbeugen. Nach dem Hochwasser im Erzntal sagten Sie im Sommer 2016 dem Land: „Bei der Starkregen-Prävention sind wir noch nicht weit. Bei der Regen- und Schmutzwasserren-

nung muss noch viel geschehen (...) Bei der Minderung des Abflusses von Wasser aus den Hängen sind wir noch am Punkt Null.“ Wie fällt Ihr Urteil sechs Jahre später aus?

Neben Flächenrenaturierungen ist auch der Anbau von bestimmten Kulturen schwierig. Eine davon ist Mais, weil er den Boden versiegelt, fast wie Beton, sodass das Wasser nicht abfließen kann. Wir haben aber sehr viel Maisanbau in Luxemburg. Ein weiteres Problem stellt die Bodenversiegelung bei Neubaugebieten dar. Das Wasserwirtschaftsamt setzt sich dafür ein, den Versiegelungsanteil so tief wie möglich zu halten, doch die Bauherren wollen oft nichts von Dachbegrünung oder bepflanzten Parkplätzen wissen. Auch Carports könnten unserer Ansicht nach problemlos ein grünes Dach haben. Solche Maßnahmen würden bei Starkregen viel bringen, wenn sie systematisch angewandt würden. In Dänemark und den Niederlanden ist man da schon viel weiter.

Strafen an die EU-Kommission wegen nicht-konformer Kläranlagen muss Luxemburg inzwischen nicht mehr zahlen. Trotzdem waren noch bis vor einigen Jahren viele mechanische Anlagen veraltet und zu klein. 2017 war ein Prozent der Einwohner gar nicht an eine Kläranlage angeschlossen.

Wir haben nur noch wenige mechanische Kläranlage, die meisten im Ösling. Den größten Teil haben wir inzwischen chemisch umgestellt.

Wegen des hohen Bevölkerungswachstums müssen auch die großen, biologischen Kläranlagen schon wieder ausgebaut werden, obwohl manche erst vor ein paar Jahren eingeweiht wurden. Müsste Luxemburg vorausschauender planen?

Als 2012 die Beggener Kläranlage eingeweiht wurde, hätte sie bis 2035 halten sollen. Niemand hat wohl

mit so einem hohen Bevölkerungswachstum in der Stadt Luxemburg gerechnet.

In Esch/Alzette stellt sich das gleiche Problem. Die Kläranlage in Schifflingen wird gerade ausgebaut, könnte aber bald schon wieder zu klein sein.

Die Anlage in Schifflingen reicht nicht aus. Aller Voraussicht nach muss noch ein zweiter Standort für einen zusätzlichen Ausbau gefunden werden.

Die Kläranlagen liegen genau wie die Quelfassungen sowie Renaturierung und Hochwasserschutz in der Zuständigkeit der Gemeinden und von interkommunalen Syndikaten. Wäre ein zentralisiertes Modell nicht effizienter?

Generell stellt sich die Frage, ob wir nicht zu viele Syndikate haben. Alleine im Süden gibt es drei. Ob es mit einem Syndikat besser funktionieren würde? Das müssen Sie die Kommunalpolitiker fragen.

Seit 15 Jahren existiert der Bewirtschaftungsplan zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Inzwischen liegt schon der dritte Zyklus vor, der Entwurf wird immer länger. Sind Sie zufrieden mit dem, was Luxemburg bislang erreicht hat?

In Punkto Fachwissen haben wir inzwischen einen guten Überblick über unsere Gewässer. Mit dem Klimawandel haben wir ein neues Element, das im ersten Entwurf noch keine so große Rolle gespielt hat. Wir sind partizipativer geworden und haben einige Erfolge zu verbuchen. Im Gegensatz zu anderen Ländern halten wir unsere Ziele hoch, was auch ein Verdienst von Carole Dieschbourg ist. Es wird wohl auch noch einen vierten und fünften Zyklus geben, denn ich bin mir ziemlich sicher, dass kein Land die Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 erfüllen wird. ●

Liberaler Wasserchemiker

Jean-Paul Lickes (52) ist seit 2000 beim Wasserwirtschaftsamt beschäftigt, erst als Ingenieur, dann als Chef des Labors. 2010 wurde er stellvertretender Direktor, 2014 übernahm er die Leitung der Verwaltung von André Weidenhaupt, als dieser Erster Regierungsrat der damaligen Umweltministerin Carole Dieschbourg wurde. Für die DP sitzt der promovierte Chemiker seit 2017 im Gemeinderat von Habscht und kandidierte 2009 bei den Kammerwahlen im Südbezirk. Lickes ist auch Verwaltungsratsmitglied der Allianz vun Humanisten, Atheisten an Agnostiker zu Lëtzebuerg (AHA).



Nach dem Jahrhunderthochwasser im Juli 2021

LEITARTIKEL

Wozu sind Spitäler da?

Peter Feist

Am Montag deponierte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) im Parlament den Gesetzentwurf, der den vier Krankenhausgruppen erlauben soll, an je zwei zusätzlichen Standorten bestimmte ambulante Angebote zu machen. Unter anderem Radiodiagnostik. Das soll nicht zuletzt das Politikum „IRM Potaschbiërg“ zur Ruhe bringen. Würde die Radiologie in dem Ärztehaus von einem Spital übernommen, könnte sie weitermachen. Für die Kostenübernahme durch die CNS legt der Gesetzentwurf ebenfalls die Basis. Sie würde auch für andere Radiologien gelten, in Junglinster und Cloche d’Or zum Beispiel.

Für die Ministerin und ihre Partei ist es natürlich vorteilhaft, wenn die politischen Konflikte um Auslagerungen im Allgemeinen und um IRM im Speziellen aufhören. Doch würden sie sich zuspitzen, böte sich die Möglichkeit, eine Diskussion zu führen, die geführt werden müsste: Wozu sind die Spitäler da?

Luxemburgs Krankenhaussystem ist ziemlich einzigartig. Die Ärztinnen können verschreiben, was sie wollen, die Patienten können nachfragen, was sie wollen. Die Direktionen haben nicht viel zu sagen; vor allem an den Häusern mit freiberuflichen Belegärzten. Wie es um die Qualität der Leistungen steht, ist öffentlich nicht bekannt. Abgesehen von einer Reihe „Services nationaux“ (vorwiegend am CHL), bietet jedes Spital dasselbe an. Damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen, zwingt die CNS alle Kliniken seit zehn Jahren in ein Globalbudget. Schwierige Krankheitsfälle werden ins Ausland überwiesen.

Im Wahljahr 2018 begann der Ärzterverband AMMD zu erzählen, die Spitäler seien „ineffizient“. Das ist nicht ganz falsch, aber richtiger wäre zu sagen, dass der gesamte Sektor nicht gut organisiert ist. Es dauerte bis zur Gesundheitsreform von 2010, um bis hinunter zu den Krankenhaus-Trägerorganisationen einen Konsens darüber herzustellen, dass in wichtigen medizinischen Bereichen die Bildung von „Kompetenzzentren“ nötig ist. Im Sinne von: Wer macht an spezialisierten Tätigkeiten was? Der Krankenhausverband FHL sollte diese Festlegung treffen, und 2011 gelang das fast. Aber nur fast. Anschließend lautete der Kompromiss „Kompetenznetzwerke“. Nur ein anderes Wort dafür, weitermachen zu können, wie bisher. Ohne klare Organisation und ohne Hierarchien. Kein Wunder, dass von den Netzwerken nicht viel zu hören ist. Die offizielle Begründung lautet, daran sei Corona Schuld.

So kann das durchaus weitergehen. Wäre da nicht zum Beispiel die Einsicht, dass Luxemburg seine Ärtzt/innen selber ausbilden muss, wenigstens einen Teil. Die ersten drei Jahre Medizin-Grundstudium werden an der Universität Luxemburg schon angeboten. Demnächst vielleicht auch die verbleibenden drei. In ein paar Fachdisziplinen kann die fünf- bis sechsjährige Spezialausbildung absolviert werden. Und künftig sollen auch Pflegeberufe mit Bachelor oder Master Uni.lu verlassen.

Wer so etwas will, darf nicht zulassen, dass die Spitäler sich verzetteln. Die Bündelung von Kompetenzen ist nötig. Falsch wäre auch, Aktivitäten, die Studenten übernehmen können, aus den Kliniken in Centres médicaux auszulagern. Wer Spitzenmedizin auf universitärem Niveau will, muss aber auch die Frage beantworten, mit welchem Statut Ärztinnen und Ärzte an den Krankenhäusern tätig sein sollen: angestellt oder freiberuflich? Beziehungsweise: für welche Tätigkeiten mit welchem Statut? Spitzenmedizin wird kaum leisten können, wer den größten Teil seiner Arbeitszeit im *Cabinet* verbringt und nur ab und zu im Krankenhaus auftritt.

Zehn Tage ehe sie in der Abgeordnetenkommer den Gesetzentwurf deponierte, der die ambulanten „Antennen“ regeln soll, hinterlegte Paulette Lenert einen Gesetzentwurf über den Staatsbeitrag von knapp 556 Millionen Euro zum Neubau des „CHL Centre“. 2028 soll er fertig sein. Zusammen mit dem Escher *Südspidol* erhielte Luxemburg damit gegen Ende dieses, beziehungsweise Anfang des nächsten Jahrzehnts zwei neue Krankenhäuser. Letzten Endes aber sind das nur zwei moderne Gebäude, keine andere Medizin.

GESUNDHEIT

Wieder nach Ettelbrück

Unter hohem politischen Erwartungsdruck öffnet kommenden Donnerstag die Ettelbrücker Maternité wieder. Am 4. April hatte das Centre hospitalier du Nord (CHDN) sie geschlossen, weil nicht mehr genug freiberufliche Pädiater als Belegärzte zur Verfügung standen, um sie gesetzeskonform zu betreiben. Die werdenden Mütter wurden daraufhin an die Maternités von CHL und Bohler-Klinik verwiesen. Nun ist dafür gesorgt, dass bei jeder Entbindung in Ettelbrück zwei Fachärzte für Anästhesie und Reanimation vor Ort sind. Wie die Hebammen des CHDN sind sie speziell geschult, um in für Neugeborene lebensbedrohlichen Situationen einzugreifen. Darüber hinaus wird das Ettelbrücker Krankenhaus bei Bedarf auf eine telemedizinische Unterstützung des nationalen Dienstes für Neonatologie am CHL (Foto: Sven Becker) zurückgreifen können. Am Dienstag wurde darüber zwischen beiden Spitälern und dem Gesundheitsministerium eine Konvention unterzeichnet.

Aufregung gab es nach einem Interview von CHDN-Generaldirektor Paul Wirtgen am Dienstagmorgen im *Radio 100,7*. Er konnte dort so verstanden werden, als habe der Neonatologie-Dienst am CHL zusätzliche Ärzte eingestellt. Tatsächlich aber hat das Gesundheitsministerium den Ärzte-Schlüssel des nationalen Dienstes um 3,8 Vollezeiteinheiten erhöht, weil er bereits sehr stark ausgelastet ist. Nach den Medizinern der sehr gefragten Spezialdisziplin sucht das CHL noch. Was umso wichtiger geworden ist, weil an der Maternité des Escher Spitals latent eine ähnliche Kinderärzte-Knappheit droht wie in Ettelbrück und dem Vernehmen nach auch die Bohler-Klinik der Schuman-Krankenhäuser in Zukunft stärker als bisher auf die Unterstützung des Service national zurückgreifen könnte. Zum Glück sind Komplikationen, in denen ein Neonatologe per Notarztwagen an eine andere Klinik fahren muss, sehr selten: In Ettelbrück treten sie im Jahresschnitt auf 800 Entbindungen vier Mal auf. Sich kompliziert ankündigende Entbindungen werden gleich ans CHL verwiesen. pf

T R I P A R T I T E

Farbe bekennen

Der Gesetzentwurf zur Umsetzung des Tripartite-Abkommens wird gemäß den Empfehlungen, die der Staatsrat in seinem Gutachten ausgesprochen hat, in zwei geteilt. Die Hohe Körperschaft hat bemängelt, dass die Dispositionen über die Mietsubventionen nichts in dem Text verloren hätten und aus juristischen Gründen in ein eigenes Gesetz überführt werden sollten. Darüber hinaus arbeitet die von der CSV beantragte Sonderkommission unter hohem

Zeitdruck, denn die Aussetzung des automatischen Lohnausgleichs und die Einführung des Energie-Steuerkredits müssen verabschiedet werden, bevor am 1. Juli die nächste Index-Tranche ausbezahlt würde. Wie Gilles Roth dem *Tageblatt* erklärt hat, sei das Stichdatum der 28. Juni. Weil der Ausschuss bis dahin noch die Berufskammern anhören will, könnte es zeitlich eng werden. Wie nicht anders zu erwarten, hat die vom OGBL dominierte Salaratskammer den Gesetzentwurf zum Solidaritätspak in ihrem fast 50-seitigen Gutachten verrissen. Weil der Statec zurzeit wegen der ungewissen Weltmarktlage nur unzuverlässige Prognosen erstellen kann, herrscht derweil Unklarheit darüber, wie viele Index-Tranchen in diesem und im nächsten Jahr tatsächlich fällig werden. Problematisch ist das vor allem deswegen, weil das Abkommen vorsieht, dass alle Tranchen auf den 1. April 2024 verschoben werden. Das könnte dazu führen, dass die nächste Regierung schon kurz nach ihrer Vereidigung eine Index-Modulation beschließen muss, denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass das Patronat die gleichzeitige Auszahlung mehrerer Index-Tranchen hinnehmen würde. Vor allem würde es aber von den Parteien verlangen, dass sie sich im Wahlkampf unmissverständlich zum Modell der automatischen Lohnanpassung positionieren. ll

P E R S O N A L I E N

Dan Kersch,

früherer LSAP-Arbeitsminister und Vorsitzender des parlamentarischen Beschäftigungsausschusses, scheiterte am Sonntag auf *Radio 100,7* an der Quadratur des Kreises, als er versuchte, den inzwischen stark lädierten Ruf der LSAP als OGBL-nahe Organisation wiederherzustellen und gleichzeitig die zustimmende Haltung der Sozialisten zum Solidaritätspak zu verteidigen. Vor den Tripartite-Verhandlungen



hätten die Sozialisten „d’Lat ganz héich geluecht“, meinte Kersch. Im Gegensatz zum OGBL, der nur auf seine Mitglieder hören müsse, habe die LSAP als Regierungspartei die Interessen des ganzen Landes zu vertreten. Jeder sei eben in seinem „Rôle“. Im gleichen Atemzug warf er der unabhängigen Gewerkschaft jedoch vor, das Abkommen nicht mit unterzeichnet zu haben: „Dat fannen ech awer e ganz staarkt Stéck“, empörte sich der frühere Vize-Premierminister. ll

Maksymilian Woroszylo,

frisch gebackener Präsident der ADR-Jugendorganisation Adrenalin, besuchte in dieser Woche die trumpistische Conservative Political Action Conference in Budapest, die in diesem Jahr zum ersten Mal in Europa stattfand. Dort ließ der „smarte“ Konservative sich mit US-amerikanischen Populisten-Größen wie dem Trump-Vertrauten Matt Schlapp und der rechtskonservativen Aktivistin Candace Owens ablichten, was ihm auf *Facebook* Anerkennung von seinen älteren Parteikolleginnen einbrachte. Die „Linksideologen“ seien Schuld an der Auflösung der traditionellen Familie, weil sie (späte) Abtreibungen und Euthanasie unterstützten; nur mit „judäochristlichen Werten“ sei die Familie noch zu retten, fasste der polnischstämmige Woroszylo (24) seine „Lehren“ aus der Konferenz in einem Video zusammen. Der Aufstieg des in der internationalen Rechten offenbar gut vernetzten Jungpolitikers reiht sich ein in den Erneuerungsprozesses der ADR, der auf dem Kongress im März mit der Wahl von Fred Keup und Tom Weidig (siehe S.7) in die Parteispitze eingeleitet wurde. ll

N A C H H A L T I G K E I T

Top und Flops der EU

Am Montag legte Eurostat einen Zwischenbericht über die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung vor. Für die vergangenen fünf Jahre sind bei den meisten

Indikatoren EU-weit Fortschritte zu konstatieren. Eine wichtige Ausnahme besteht jedoch: Beim Schutz von Ökosystemen und der biologischen Vielfalt zeigen die Daten keine Verbesserung. Grund sind die Bebauung von Grünland und die intensive Landwirtschaft. Luxemburg liegt hierbei sogar deutlich unter dem EU-Mittelwert. Genau wie in der Kategorie des Energieverbrauchs: Die Statistiken zeigen, dass der Erdöl-Konsum in Luxemburg doppelt so hoch ist wie der EU-Durchschnitt. Zudem wird das Großherzogtum am zweitletztter Stelle bei den erneuerbaren Energien aufgelistet. In der Kategorie verantwortungsvoller Konsum und Produktion schneidet Luxemburg ebenfalls schlecht ab, was zuvorderst mit dem hohen CO₂-Ausstoß von neuangemeldeten Autos zusammenhängt. Vorreiter ist Luxemburg hingegen in punkto geschlechtsspezifischer Bildung, Berufschancen und Gender-Pay-Gap, wie auch im Bereich der Implementierung von nachhaltigen Infrastrukturen und dem Aufbau einer nachhaltigen Industrie. Dies vor allem, weil Forschungsprojekte in diesem Bereich staatlich unterstützt werden. Und wer gerade eine Abkühlung benötigt, kann sich an irgendein Küstengebiet der EU begeben; an nahezu allen ausgewiesenen Badeorten ist die festgestellte Konzentration von Fäkalbakterien niedrig. sm

M O B I L I T Ä T

Keine Strafen für falsches Überholen

In den vergangenen sechs Monaten hat die Polizei keinen einzigen Auto-, Lkw-, oder Motorradfahrer verwarnt, weil er den gesetzlich vorgeschriebenen Abstand von 1,5 Metern beim Überholen von Radfahrern nicht eingehalten hat. Das geht aus der Antwort des grünen Polizeiministers Henri Kox auf eine parlamentarische Anfrage der Piraten hervor. Im gleichen Zeitraum wurden 47 Radfahrer gebührenpflichtig verwarnt, weil sie rote Ampeln (23 Mal) oder

ein Stoppschild missachtet, einen Fußgänger auf dem Zebrastreifen übersehen oder auf dem Rad telefoniert hatten. Sie mussten 145 Euro Strafe zahlen und verloren zwei Führerscheinpunkte. Zwölf Radfahrer wurden mit einer Geldbuße von 74 Euro verwarnt, weil ihr Rad nicht ordnungsgemäß mit Klingel, Beleuchtung und Reflektoren ausgestattet war. ll

M E D I E N

(Un)glaubwürdig

Verschwörungserzählungen, alternative Fakten, Gebrüll über krude Mutmaßungen – diesen Phänomenen geht die Basler Literaturwissenschaftlerin und Professorin Nicola Gess nach. Am Dienstag, 31. Mai, um 19 Uhr wird sie auf Einladung des Institut Pierre Werner in der Abtei Neumünster einen Vortrag halten an den eine Diskussion anschließt, die von Georg Mein, Professor für Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der Universität Luxemburg, moderiert wird. In dem *Essay Halbwahrheiten – Zur Manipulation von Wirklichkeit* hat Gess bereits am Beispiel des Journalisten Claas Relotius, des Verschwörungstheoretikers Ken Jebsen und des Literaten Uwe Tellkamp untersucht, wie Sachverhalte umgedeutet, in falsche Zusammenhänge gestellt oder durch fiktive Zusätze ausstaffiert werden. In einem Gespräch mit der Zürcher *Republik* unterstreicht Nicola Gess, Halbwahrheiten würden eine Brücke schlagen „von einem faktenbasierten Diskurs in ein Universum der Spekulation und der Fiktion, in dem nicht mehr die Unterscheidung von wahr und falsch der Maßstab ist, sondern ganz andere Kriterien wichtig sind, zum Beispiel, ob die Geschichte glaubwürdig und für mich oder mein Publikum passend ist“. Dem *Land* sagte Georg Mein, am kommenden Dienstag würden auch Corona-Verschwörungen und das Erstarken populistischer Bewegungen besprochen. Die Teilnahme ist kostenlos, um Anmeldung wird gebeten. sm

Blog

Toutes les bonnes volontés

Bernard Thomas

Fin avril, lors d'une discussion organisée par le mensuel *Forum* sur la propriété foncière, le professeur de l'Uni.lu, Florian Hertweck, a raconté une anecdote : « Dans une commune, que je ne veux pas citer, un paysan a vendu un hectare de parcelles constructibles pour douze millions d'euros à un développeur luxembourgeois, qui les a revendues relativement vite pour 18 millions d'euros à un développeur néerlandais, qui essaie aujourd'hui d'en extirper le moindre millimètre de surface constructible. La commune se voit confrontée à un projet dont elle ne veut pas, n'ayant pas eu l'intelligence de développer, en amont, un PAG innovant. Quand j'ai demandé pourquoi la commune n'avait pas exercé son droit de préemption, on m'a répondu que le budget annuel n'était que de 25 millions et que la commune n'était pas *handlungsfähig* [capable d'agir] ».

Lancé en 2020 par le ministre du Logement, Henri Kox (Dêi Gréng), le « Fonds spécial de soutien au développement du logement » doit constituer une réserve foncière publique. Le Luxembourg a un siècle de retard par rapport à ses voisins, les acteurs publics et parapublics ne détenant que 21,4 pour cent des terrains à vocation résidentielle. Publié la semaine dernière, le rapport annuel du nouveau fonds détaille une stratégie foncière qui reste pourtant très timide : En 2021, le fonds n'a déboursé que 26 millions d'euros pour acquérir quelque onze hectares de parcelles. Le gros de ces terrains (4,5 hectares) se situent dans la commune périurbaine – mais reliée au réseau ferroviaire – de Roeser, les autres (d'un hectare chacun) se trouvent à Mersch, Biwer, Hesperange, Pétange et Contern. Le fonds spécial a plus ou moins suivi la liste des communes définies comme « zones prioritaires d'habitation » par le Plan sectoriel logement.

Le comité d'acquisition a visé les propriétaires dont les parcelles étaient sur le point d'entrer dans les fastidieuses et coûteuses procédures de développement, en leur proposant de vendre directement (et « tax free ») à l'État et d'éviter ainsi les migraines. Par crainte de chauffer le marché, les fonctionnaires se sont avancés prudemment, surtout lorsqu'il s'agissait d'exercer le droit de préemption, sachant que le prix payé s'imposera comme standard sur un site donné. À Lorentzweiler, l'État a ainsi déboursé 1,7 million d'euros pour 62 ares, dont les coefficients de densité sont assez bas.

Il ne faut surtout pas espérer un développement rapide, prévient le rapport annuel du fonds : « Il a été estimé que la phase 'réserve foncière' peut prendre entre dix et quinze ans, et même plus, avant qu'un projet de réalisation de logements abordables n'y voie le jour ». On mesure la lenteur des procédures. La même torpeur écrase le monde politique. Déposé en avril 2017, amendé en novembre 2020, le projet de loi n°7139 devait accélérer la viabilisation des terrains constructibles grâce au « Baulandvertrag » et au « remembrement ministériel ». Le Conseil d'État vient de dézinguer ces deux mesures phares de la ministre de l'Intérieur, Taina Bofferding (LSAP). L'avis de la Haute Corporation s'était fait attendre pendant quinze mois. Il est enfin tombé le 22 février, et s'avère cuisant : On y dénombre 27 oppositions formelles. Pourtant, la ministre persiste et signe. Son « Baulandvertrag » serait « eppes zimmlech knallhaardes », admet-elle, mais de tels « instruments contraignants, avec des dates butoirs et des sanctions » seraient nécessaires pour affronter la crise du logement.

Taina Bofferding avait amendé le projet, très consensuel et plutôt fade, de son prédécesseur socialiste, Dan Kersch, en y ajoutant du piquant, sous forme de servitudes et de sanctions. Si les propriétaires n'entamaient pas « de manière significative » des travaux de viabilisation et de construction dans un délai donné, leurs parcelles finiraient reclassées en zone verte. « Le classement favorable est ainsi réputé n'avoir jamais existé », lit-on dans le projet de loi. Les conseillers d'État se montrent choqués. Ils voient la « sécurité juridique » et le « principe de la proportionnalité » menacés par cette « ingérence dans le droit de propriété ». Les sanctions prévues traduiraient « une certaine sévérité », estiment-ils. Et de rappeler l'arrêt de la Cour constitutionnelle de 2013 : « Un changement dans les attributs de la propriété qui est à tel point substantiel qu'il prive celle-ci d'un de ses aspects essentiels, peut constituer une expropriation [au sens de l'article 16 de la Constitution] », et donc ouvrir le droit à une indemnisation.



Taina Bofferding, en 2018

Taina Bofferding tente de mobiliser le foncier. Claude Turmes veut en limiter l'artificialisation. Quant au Conseil d'État, il s'oppose formellement à une « ingérence » dans le droit de propriété

Les conseillers d'État ne se limitent pas aux aspects légistiques, ils ont également un avis sur l'efficacité de ces « créneaux temporaires de viabilisation de fonds » : « Les sanctions auront nécessairement pour effet d'aggraver la situation de pénurie des logements ». Ils craignent des « effets potentiellement pervers ». Alors que le projet de loi ne formule que des exigences de viabilisation et de construction, il y aurait « le risque non-négligeable de prolifération, à travers le pays, de structures bâties inachevées ». « L'avis s'est fait attendre des années et il est en fin de compte relativement politique, c'est un constat qu'il faut faire », dit la ministre de l'Intérieur. Plus fondamentalement, elle y voit l'expression d'une « quasi-sacralisation du droit de la propriété, au-delà des héritages jusqu'à l'éternité ». Elle opine qu'il faudrait, « un jour », changer la Constitution : « Bon, ce n'est pas arrivé lors de la dernière révision et on aura besoin d'un large consensus politique, mais le droit de propriété reste la racine du problème... » On pourrait presque oublier que sur les dernières cinquante années, le LSAP a passé 38 au gouvernement.

Taina Bofferding a chargé ses juristes de trouver des parades, d'amender le projet de loi sans en perdre l'esprit. « Je refuse de me déclarer battue, le projet de loi ne disparaîtra pas dans un tiroir ! » Reste un léger problème de cohérence des politiques : Alors que la ministre de l'Intérieur s'efforce de mobiliser le foncier, le ministre de l'Aménagement du territoire promet d'en limiter l'artificialisation. Le ministre vert Claude Turmes suit la méga-tendance mondiale, qui est bien au malthusianisme foncier que dictent le dérèglement climatique, l'érosion des littoraux et l'extension des zones inondables. Face à ces nouveaux impératifs écologiques se dressent les vieux clientélismes locaux. Durant les années 1970 à 1990, de nombreux maires avaient massivement ouvert les périmètres de leurs communes rurales. Celles-ci présentent aujourd'hui un potentiel constructible de 1 916 hectares, soit autant que l'agglomération Centre et la région Sud combinées. Les PAG permettent d'y construire des villas surdimensionnées, et de vivre pleinement le *Luxembourgish Dream* hyper-carboné du XX^e siècle.

La semaine dernière, Claude Turmes a présenté les fantasmagories de densification élaborées dans le cadre de Luxembourg in Transition. Ce « laboratoire d'idées » est supposé « libérer toutes les capacités intellectuelles et créatrices » d'un aréopage international d'experts enthousiastes ». Le ministre estime qu'« il s'agit dès à présent d'ancrer dans la réalité territoriale du Grand-Duché de Luxembourg » les recommandations de Luxembourg in Transition. On demande à voir. Car l'« autonomie de réflexion » va vite buter sur les réalités politico-administratives. À commencer par la souveraineté qu'exercent les 102 communes sur l'urbanisme et l'architecture de leurs territoires. Cette donne de la vie politique, cimentée par une masse de députés-maires et députés-échevins, paraît inamovible.

Fin avril, lors de la discussion organisée par *Forum*, Florian Hertweck, une des chevilles ouvrières de Luxembourg in Transition, rappelait que « zéro artificialisation nette des sols », signifiait bien « zéro artificialisation nette des sols ». Il assurait qu'il est possible de loger 400 000 personnes supplémentaires au Grand-Duché jusqu'en 2050, et ceci sans démolir une seule maison et sans sceller un are supplémentaire de terrains. Pour cela, il faudrait surélever dix pour cent du stock bâti et « radicalement diversifier les zones monofonctionnelles », dédiées à la voiture. Dans son projet de prospection, le professeur propose de transformer la zone commerciale de Foetz, avec ses 18 hectares de hangars et de hypermarchés (« héritages de l'ère fossile »), en « mixed urban neighbourhood » de plus de 10 000 habitants, centré autour d'un « local transition hub » et de son « coop café-restaurant serving locally produced foods ».

Mais l'atmosphère à la soirée organisée par *Forum* restait maussade. L'urbaniste Christine Muller déplorait « le terrorisme Excel » et la « psychorigidité malade » des autorités communales. Le directeur de la Fedil, René Winkin, prédisait que la production énergétique nécessitera à l'avenir « des hectares et des hectares » et exacerbera la concurrence entre les usages du foncier. Gilles Hempel, le directeur de l'Agence immobilière sociale, évoquait « les nombreux logements sans salle de bain, sans carrelage, sans papier peint, laissés vides dans l'attente d'une plus-value de cession ». Dans l'assistance, on pensait avoir identifié la vraie raison des blocages : le monopole électoral des Luxembourgeois. Le chercheur du Liser, Antoine Pacoud, se montrait sceptique : « La gentrification au niveau national fait que ceux qui restent au Luxembourg sont ceux qui ont réussi à y avoir un logement. Ce sont eux qui vont acquérir la nationalité et ce seront eux qui vont voter. Ces gens-là sont aussi investis dans la propriété que les Luxembourgeois. »

Jusqu'ici, le bilan des ministres Kox et Bofferding se résume grosso modo à l'article 29bis du Pacte Logement 2.0. Contre toute attente, ce dispositif était sorti quasi-indemne du Conseil d'État. Sa force, c'est son automatisme : Un transfert de propriété, sans options ni tractations ; là où seront construites des maisons et résidences, les communes et l'État récolteront vingt pour cent de logements abordables. Le débat politique pourrait à l'avenir porter sur le taux de ces logements collectivisés ; c'est-à-dire sur le niveau des marges des promoteurs. ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Das Überleben unserer Wirtschaft

Die Konjunkturmfrage der Handelskammer vom 17. Mai ergab, dass „près de 20 % des entreprises anticipent une augmentation de leur rentabilité dans le secteur des services financiers.“ Dagegen meldeten andere Kapitalien mehrheitlich Verwertungsschwierigkeiten: „l'industrie (-36 %), l'énergie/environnement, les transports (-28 %), le commerce (-19 %) et la construction (-15 %)“.

Die Covid-Seuche und der Krieg in der Ukraine haben eine anhaltende Wirtschaftskrise ausgelöst. Sie trifft einzelne Branchen unterschiedlich. Der Staat greift in ungewohntem Umfang in den Reproduktionsprozess ein. Seit zweieinhalb Jahren funktioniert das Luxemburger Akkumulationsmodell dank staatlicher Zuschüsse.

Bisher übte sich der Staat vor allem in Konjunkturpolitik. Aus Ehrfurcht vor der Marktwirtschaft eher diskret mittels Steuersenkungen, Indexmanipulationen und öffentlicher Aufträge. Manchmal wurde er energischer. Um die Zerstörung großer Einzelkapitalien zu verhindern: 1979 bis 1983 der Arbed, 1982 und 2009 der Cargolux, 2008 der Banque générale und der Banque internationale. Für die Trennung ihrer Betriebsökonomie von der Marktökonomie machte der Staat Milliarden Schulden. In einem Zwergstaat sind solche Betriebe *too big to fail*.

Seit der Bankenkrise 2008 bleibt die Akkumulation gestört. Statt der Krisenursachen wurden einige Auswüchse beseitigt. Dafür versorgte die Europäische Zentralbank die Besitzenden mit zinslosem Geld. Vom Mangel an produktiven Investitionsmöglichkeiten profitierte die Finanzbranche. Das half CSV, LSAP, DP und Grünen wesentlich, die gesellschaftliche Reproduktion aufrechtzuerhalten.

Mittlerweile ging der Staat zur gesamtwirtschaftlichen Krisenregulierung über. Statt die Steuern zu erhöhen, verschuldete er sich in den letzten zwei Jahren für neun Milliarden Euro. 2020 lieh er vier Milliarden Euro. Damit wollte er „financer la lutte contre la pandémie du COVID-19 et aider l'économie nationale à surmonter cette crise“. Mit dem Geld gewährte er bis März 2022 den Unternehmern 1,8 Milliarden Euro als „mesures discrétionnaires en réponse à la pandémie“. Davon übernahm er für 1,2 Milliarden Euro Lohnkosten in Form von Kurzarbeit.

Vergangene Woche lieh das Schatzamt 2,5 Milliarden Euro. Der Staat beschaffte Geld „dans le contexte de la dégradation de la situation macroéconomique et des mesures prévues par l'accord tripartite“. Nach dem Scheitern der Tripartite kündigte die Regierung einen „Solidaritätspak“ an. Er sieht über 700 Millionen Euro für die Unternehmer vor. Davon eine halbe Milliarde Euro Lohnkosten, die der Staat anstelle von Index-Tranchen übernimmt. Nicht eingerechnet ist eine halbe Milliarde Euro, um bis 2030 Kohlendioxidzertifikate für ArcelorMittal zu kaufen.

Seit zweieinhalb Jahren funktioniert das Luxemburger Akkumulationsmodell dank staatlicher Zuschüsse

Wer einst vor der Staatsschuld warnte, bleibt nun stumm. Wer disruptive Krisen als Chancen empfahl, nennt jetzt Unsicherheit Gift fürs Geschäft. Wer den schlanken Staat forderte, ruft heute nach dessen Schutz und Schirm. „Monsieur le Premier ministre, pendant la pandémie et lors de la tripartite, vous avez montré que vous comprenez les enjeux de la survie de notre économie.“ So die Präsidentin des Industriellenverbands, Michèle Detalle, am 12. Mai beim „Printemps des entreprises“.

Vielleicht bürgert sich die Covid-Seuche als saisonale Grippe ein. Vielleicht steigert kein Missgeschick den Ukraine-Krieg zum Atomkrieg. Dann bleibt die Klimakrise. Wird die Externalisierung von Produktionskosten nicht beendet, verheizt das Kapital mit den letzten Ressourcen und Senken auch sich selbst. Ein Produktions- und Zirkulationsumbau nutzt dem Gesamtkapital. Aber „la survie de notre économie“ kostet die Einzelkapitalien. Der Egoismus als Motor der *Wealth of Nations* ist kontraproduktiv. Also dürfte der Staat die 2020 begonnene Krisenregulierung in den nächsten Jahren bruchlos fortsetzen. ● Romain Hilgert



Seit der Bankenkrise 2008 bleibt die

Akkumulation gestört. Statt der Krisenursachen

wurden einige Auswüchse beseitigt

„40 Stunden können nicht bleiben“

Peter Feist

Die LSAP bereitet der Neuauflage ihres Wahlversprechens auf Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich den Boden. Diesmal sollen die anderen großen Parteien gezwungen werden, sich zu positionieren

Er habe den Eindruck, es herrsche schon Wahlkampf, sagte Jean-Paul Olinger, der Direktor der Union des entreprises luxembourgeoises, mit einem Seitenblick auf LSAP-Arbeitsminister Georges Engel. Das war am Donnerstag vergangener Woche, als eine „Kloertext“-Sendung im RTL-Fernsehen über die „Work-Life Balance“ diskutierte.

Olinger schien sich dort ein wenig lustig über Engel zu machen. Vor vier Wochen war der Arbeitsminister in der Abgeordnetenkommission unübersehbar eine politische Allianz mit seinem Vorgänger Dan Kersch eingegangen. Kersch, seit Januar Abgeordneter, hatte suggeriert, über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung nachzudenken, auch wenn das nicht im Koalitionsprogramm steht. Engel kündigte dazu eine „Studie“ an, „um die Debatte zu objektivieren“. DP-Premier Xavier Bettel machte zwei Wochen später beim „Printemps des entreprises“ der Fedil klar, dass diese Debatte unter der aktuellen Regierung nicht stattfinden werde. „Wer eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung will, muss das in sein Wahlprogramm schreiben.“

So dass natürlich schon ein wenig Wahlkampf herrscht. Dan Kersch, Parteilinker und einer der begabtesten Strategen in der LSAP, nutzte die Gelegenheit, die sich aus dem von der Regierung Belgiens im März befürworteten Übergang zu einer Vier-Tage-Arbeitswoche im Nachbarland ergab. In Belgien gelte „übrigens“ die 38-Stunden-Woche, erklärte Kersch im Parlament. Und fügte hinzu, die 40-Stunden-Woche in Luxemburg könne „nicht so bleiben“.

So hatte es 2018 im LSAP-Wahlprogramm gestanden, das 38 Stunden versprach. Das Arbeitsrecht zu einem Wahlkampfthema zu machen, war ein ziemlich spektakulärer Schritt, denn diese Fragen werden überwiegend dem Sozialdialog überantwortet. Die 40-Stunden-Woche gilt in Luxemburg seit den Siebzigerjahren. In Kollektivverträgen kann weniger abgemacht werden, auf Betriebsebene auch. Doch das ist etwas anderes als eine Arbeitszeitverkürzung per Gesetz, die mit vollem Lohnausgleich einherginge. Das wäre eine generelle Umverteilung von Produktivitätsgewinnen. Spitzenkandidat Etienne Schneider wollte das so verstanden wissen: Die LSAP sei „ganz klar für ein Herabsetzen der Arbeitszeit bei gleichem

2021 gaben fast 44 Prozent der für den Quality of Work-Index Befragten an, sie empfänden ihre Arbeitszeit als zu lang. 2018 meinte das nur ein Drittel

Lohn“. Digitalisierung, Robotisierung und Künstliche Intelligenz erlaubten mit weniger Beschäftigten steigende Produktivitätsgewinne. Es könne „nicht sein, dass dies bloß den Unternehmern zugutekommt“ (d’Land, 10.8.2018).

Auf das Wahlversprechen von damals will die LSAP nun zurückkommen. Auch wenn sie es vorsichtig tut, um den Koalitionsfrieden nicht zu gefährden. „Ech si keen Hond am Keelespill!“, beteuert Georges Engel gegenüber dem Land. Er habe natürlich verstanden, was der Premier von einer allgemeinen gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung hält. Im Koalitionsvertrag sei jedoch abgemacht, „über die Organisation der Arbeitszeit zu reden“. Dem werde die Studie dienen und „genaue Daten“ liefern.

An genauen Daten fehlt es offenbar. Kommen Georges Engel und Dan Kersch auf die Arbeitszeit zu sprechen, zitieren sie ältere Angaben oder Sekundärlitera-

tur. Im Parlament verwies Engel auf ein Statec-Papier von 2019. Ihm zufolge lag die durchschnittliche Jahresarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte in Luxemburg bei 1 701 Stunden. In Deutschland waren es 1 617, in Frankreich 1 544, in Belgien 1 495 Stunden. Der Unterschied gegenüber Belgien entspreche 26 Arbeitsstunden, resümierte der Arbeitsminister.

Dan Kersch las aus einer rezenten Erhebung der österreichischen Wirtschaftskammer vor. Darin sind die Unterschiede, verglichen mit Luxemburg, zum Teil größer, zum Teil kleiner: Die Rede ist von 1 574 Jahresarbeitsstunden in Deutschland, 1 610 in Frankreich, 1 746 in Belgien und 1 791 hierzulande. Der Durchschnitt in der Eurozone betrage 1 672 Jahresarbeitsstunden.

Dass der Minister und sein Vorgänger Vergleiche mit den Nachbarländern ziehen, fällt auf. Sie könnten auch davon sprechen, dass laut EU-Statistikamt Eurostat im Jahr 2021 bei Vollzeitbeschäftigten in Luxemburg die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 41,2 Stunden betrug. Im wirtschaftlich starken Teil Europas war sie nur in Schweden (41,6), Österreich (41,8) und der Schweiz (43,3) noch länger. Der Verweis auf die Nachbarländer aber soll das Thema auf eine höhere Ebene befördern: Ehe vielleicht im Wahlkampf wieder vom sozialen Fortschritt und der Verteilung von Produktivitätsgewinnen die Rede sein wird wie 2018. Heute versuchen Engel und Kersch die Arbeitszeit zum Standortfaktor zu erklären. Luxemburg müsse „attraktiv bleiben“, sagt Engel. „Wir wollen ja Talente anziehen.“ Vielleicht aber kämen Belgier, Französinen oder Deutsche bei der Betrachtung der Luxemburger Arbeitszeit zu dem Schluss, sich lieber im Heimatland eine Stelle zu suchen. Der im Stau verbrachte Arbeitsweg falle ebenfalls ins Gewicht.

Angeichts des Zerwürfnisses mit dem OGBL über das Tripartite-Abkommen und den Index kann die LSAP ein Thema, das eine Versöhnung mit der größten und ihr traditionell nahestehenden Gewerkschaft bringen kann, gut gebrauchen. Vielleicht wagt Georges Engel sich deshalb ziemlich weit vor für einen Arbeitsminister, der eigentlich den Koalitionsvertrag exekutieren soll. Über die geplante Studie sagte er dem Luxemburger Wort am 13. Mai in einem Interview: „Das Ziel ist ganz klar eine Arbeitszeitreduzie-

rung. Zu klären bleibt, wie sie gestaltet wird.“ Und obwohl in Belgien 26 Tage weniger gearbeitet würden als in Luxemburg, liege Belgien „ökonomisch nicht am Boden“.

In Unternehmerkreisen stößt so etwas auf. „Da wird ein Ziel verfolgt, das nicht im Koalitionsvertrag steht“, klagt UEL-Direktor Olinger gegenüber dem Land. „Da soll mit öffentlichen Mitteln eine Studie bezahlt werden, die der LSAP im Wahlkampf behilflich ist.“ Die Debatte um eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung jetzt schon sei etwas, „das wir überhaupt nicht brauchen“. Wo sich in den Betrieben die Arbeitszeit verkürzen lasse, könne man das tun und werde das gemacht. Sie generell zu verkürzen, würde viele Betriebe vor kaum überwindbare organisatorische Probleme stellen: „Dann wird mehr Personal gebraucht. Wir haben aber so gut wie Vollbeschäftigung. Wie soll das gehen?“

Das ist der Hintergrund, vor dem seit über 20 Jahren eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung für nicht durchführbar erklärt wird. 1998 hatte ein Tripartite-Abkommen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit abgemacht. Den Gewerkschaften wurde als Gegenleistung eine Arbeitszeitverkürzung versprochen. Doch dazu war anschließend keine Regierung bereit. Kürzere Arbeitszeiten heißen seither „flexiblere Arbeitszeiten“. Sie können auf Betriebs- oder Branchenebene ausgehandelt werden und werden in einem Arbeitszeit-Organisationsplan (Pot) untergebracht. Wohin genau das bisher geführt hat, weiß allerdings nicht mal der Minister: Das Forschungsinstitut Liser sei dabei zu untersuchen, welche Auswirkungen die letzte Aktualisierung des Pot-Gesetzes 2016 hatte. „Bisher wurden 130 Betriebe analysiert, soviel ich weiß“, sagt Georges Engel.

Beim OGBL macht man sich nicht viele Illusionen, dass schon demnächst eine Diskussion über eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in Gang kommt. „Dass das Thema politisch aufgegriffen wird, ist natürlich zu begrüßen“, sagt Frédéric Krier, der in der OGBL-Exekutive für Arbeitspolitik zuständig ist. „Aber zunächst wurde eine Studie versprochen. Das wird etwas für die nächste Regierung.“ Krier erinnert sich daran, dass der OGBL im Wahlkampf eine sechste gesetzliche Urlaubswoche

gefordert hatte. Heraus sprangen unter der neu aufgelegten DP-LSAP-Grüne-Koalition ein 26. gesetzlicher Urlaubstag und ein weiterer Feiertag am 9. Mai. Krier weiß, dass das Thema Arbeitszeit komplex ist: In den geltenden Kollektivverträgen wird die Arbeitszeit auf „Referenzperioden“ berechnet, die von einer Woche bis zwölf Monate reichen. Standard ist laut Gesetz ein Monat. Seit 2016 müssen zusätzliche Urlaubstage als Ausgleich gewährt werden, wenn vom Standard abgewichen wird. „Die allermeisten Betriebe sind bei einem Monat geblieben“, sagt Krier. So dass eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, falls sie käme, den Rahmen ändern und die Referenzperioden anpassen müsste, die ein Konzept aus der EU-Arbeitszeitrichtlinie sind.

Politisch wird die Arbeitszeitdiskussion neuerdings als Frage der „Work-Life Balance“ gesehen. Das klingt schick, ein bisschen esoterisch und nicht nach Klassenkampf um Produktivitätsgewinne. Jeder kann damit einverstanden sein. Auch die DP, die nichts von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wissen will. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Georges Engel am vergangenen Donnerstag antwortete Familienministerin und DP-Präsidentin Corinne Cahen auf die Frage des Land, was sie von Engels Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung halte, „meine Herzensangelegenheit war die Reform des Elternurlaubs“, die 2016 erfolgte. Das habe sie schon so gesehen, als sie als Unternehmerin noch Mitglied der Handelskammer war.

Tatsächlich scheint vor allem in der Altersklasse der Dreißiger das Empfinden verbreitet zu sein, zu viel zu arbeiten. In dem von der Universität Luxemburg für die Arbeitnehmerkammer berechneten Quality of Work-Index werden die Studienteilnehmer seit 2018 auch gefragt, ob ihre tatsächliche Arbeitszeit ihrer „Wunscharbeitszeit“ entspricht. „Ein wachsender Teil der Befragten sagt Nein!“, erklärt Philipp Sischa, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Verhaltens- und Kognitionsforschung der Uni. Habe 2018 ein Drittel der Befragten mit Nein geantwortet, seien es seither stetig mehr. Knapp 44 Prozent waren es 2021. „Dabei äußern sich vor allem Frauen und Personen in der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen so“, sagt Sischa. Er nimmt an, es handle sich um Menschen in den Dreißigern, die Beruf und Familie miteinander in Einklang bringen müssen, und dass dies deutlicher würde, wenn man die Altersgruppen anders festlegt.

Der Quality of Work-Index liefert aber noch andere Ergebnisse: Wer weniger arbeiten will, will häufig deutlich weniger arbeiten. Der Median der gewünschten Arbeitszeitreduzierung lag 2021 bei fünf Stunden: Die eine Hälfte der in Frage Kommenden würde um mehr als fünf Stunden reduzieren wollen, die andere Hälfte um höchstens fünf Stunden oder weniger. Und: Unter für den Index befragten Grenzpendlern war jeder zweite Belgier sowie jeder dritte Franzose der Meinung, zu viel zu arbeiten.

Ob das allein mit der als zu lang empfundenen Arbeitszeit zu tun hat oder mehr mit dem langen Weg nach Luxemburg, ist die Frage. Ob das als Wettbewerbsnachteil für den Standort aufgefasst werden kann, auch. Je nachdem, wie nächsten Monat in Frankreich die Legislativwahlen ausgehen, könnte dort der Mindestlohn erhöht werden. Zusammengekommen mit der 35-Stunden-Woche und dem Stop-and-Go auf der A3 Richtung Großherzogtum, würde Frankreich vielleicht interessanter als Arbeitsort.

Vielleicht wird die Studie für den Arbeitsminister nähere Aufschlüsse geben. Wann sie vorliegen und wer sie erstellen soll, ist noch unbekannt; das Ministerium schreibt noch am Lastenheft für den Auftrag. Viel zu untersuchen gibt es durchaus. Zum Beispiel auch, wie die vor zwei Jahren im Privatsektor eingeführten Arbeitszeitkonten sich auswirken. Das Instrument ist so neu, dass auch der Minister nicht auf Anhieb sagen kann, wie es sich in der Praxis bewährt. „Ich kann das aber raussuchen lassen.“ Am Ende wird es vor allem an der LSAP sein zu entscheiden, was sie aus der Studie macht. Und ob sie, falls sie erneut die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich verspricht, dies zu einer „roten Linie“ für eventuelle Koalitionsverhandlungen erklärt. 2018 sah sie davon ab. So dass es für die Schuld der Wähler oder der Koalitionspartner gehalten werden konnte, dass sich an der 40-Stunden-Woche nichts änderte. 2023 könnte es so sein, dass die anderen Parteien gezwungen werden, sich zu positionieren. Darin dürfte das Kalkül Dan Kersch bestehen. Dem UEL-Direktor schwant nichts Gutes. „Wir haben immerhin auch Krieg!“ ●



Kollektivverträge und Abmachungen auf Betriebsebene können auch weniger als 40 Stunden vereinbaren

Der Untergang des Gutlandes

Stéphanie Majerus

Die ADR-Politiker Tom Weidig und Fred Keup haben ein politisches Buch vorgelegt. Sie schüren Angst vor „EU-Bürgern“ und abstrakter Kunst

„Wa Gambia net komm wier, wa se dee Referendum net ge-maach hätten, da wier ech warscheinlech nach schéi roueg doheem bliwwen“, behauptete ADR-Abgeordnete und Parteipräsident Fred Keup vor zwei Jahren auf *Radio 100,7*. Mit Vizepräsident Tom Weidig hat er diesen Monat das Buch *Mir gi Lëtzebuerg net op - Auflösungserscheinungen einer kleinen Nation* vorgelegt. Hierin taucht das Referendum von 2015 erneut als ein Stichdatum auf: Diesmal als größter Angriff des „Establishments“ auf die Souveränität des Großherzogtums, gegen den sich das Volk erheben musste. Dieser einheitliche Block, den die Autoren angeben zu repräsentieren, wurde in den Wahlen allerdings nicht bestätigt.

In dem Buch wird nun die These vertreten, der Zerfall einer angeblich ehemals einheitlichen nationalen Identität sei durch die Erosion der katholischen Kirche und der Monarchie sowie die Verdrängung der luxemburgischen Sprache „aus dem Alltag“ bedingt. Das Umbruchsdatum legen sie auf 1989 fest. Damals habe das Integrationsideal auf der Beherrschung der luxemburgischen Sprache aufgebaut. Heute stünde die Landessprache der politischen Elite und ihrem Wunsch nach einem transnationalen Turbokapitalismus im Weg, mit dem eine entgrenzte Immigration einhergehe (S. 27). Diese eher arbiträr gewählte Zäsur schienen den Autoren einleuchtend, weil das Jahr 1989 mit der 150-jährigen Unabhängigkeitserklärung der Nation zusammenfällt.

Das 160-Seiten umfassende Werk erhebt den Anspruch, Personen die Luxemburger Geschichte zu erläutern, die nicht mit ihr vertraut sind, und der heutigen Jugend könne das Buch als Gegenpol zu dem „kulturellen Analphabetismus“, „der Political Correctness“ und der „knallharten Indoktrinierung“ bezüglich Genderthemen dienen, die sich in den Schulen breitmachen (S. 84f, 138). Unerwähnt bleiben die anstehenden Kommunal- sowie Parlamentswahlen im Juni und Oktober 2023 auf die das Buch ihren Wahlkampf womöglich ideologisch polen soll.

Hauptsorge der beiden ADR-Männer ist die „Auflösungserscheinung“ der luxemburgischen Sprache, die als „Bindeglied der Nation par excellence“ zu betrachten sei (S. 7). Zwar habe *RTL.lu* sowie das Internet allgemein die schriftliche Anwendung des Luxemburgischen gestärkt, aber im Supermarkt und in der Arbeitswelt suche man sie vergeblich. Daneben führen sie Statistiken des Bildungsministeriums an, die einen Rückgang an luxemburgischen Muttersprachlern an Schulen von 25 Prozent von 2004 bis 2018 aufweisen. Allerdings unterhalten sich die unterschiedlichen Schüler mit Migrationshintergrund unter sich vor allem auf Luxemburgisch; sie ist weiterhin die zentrale sprachliche Schnittmenge für alle Schüler – das blenden die Autoren aus. Darüber hinaus wird berechnete Kritik an einem monosprachigen frankophonen Klinikpersonal geäußert: Wer möchte nicht in der Notaufnahme seine Beschwerden in seiner Muttersprache mitteilen? Neben erstzunehmenden Beispielen wie ein Zusammenleben in multilinguistischen Gemeinschaften erschwert werden kann, versumpft das Thema in Larmoyanz über Kassiererinnen, die Kunden auf Französisch ansprechen (S. 37f). Wer Luxemburger ist, machen die Autoren zuvorderst an der Sprache fest und schreiben: „Luxemburger erkennen eine Person als einen Luxemburger an, wenn sie Luxemburgisch spricht. Ein schönes Motto“ (S. 26). Welchen Standard sie anlegen, um jemanden als der luxemburgischen Sprache mächtig anzuerkennen, definieren sie nicht; ab und an wird sich unbestimmt über Ausländer beschwert, die mit Akzent reden oder ein niedriges Sprachniveau aufweisen. Mit Verweisen auf Eigenheiten des Moselfränkischen in dem Werk *Yolanda von Vianden* aus dem Jahr 1248 argumentieren Keup und Weidig, die luxemburgische Sprache und ergo Identität sei bereits vor der Nationenbildung konsolidiert worden (S.28).

In einem weiteren Kapitel wird sich retrotopisch auf den Sonntag besinnt, der „immer ein einender Moment für das Dorf“ war. „Man traf sich morgens zur Messe, dann ging’s zum Staminet (Stammtisch), dann zum Sonntagessen und später zur Abendmesse, also Vesper, oder zum Fussball“ (S. 122). Die beiden Autoren erwähnen, selber nicht in einer Kirche engagiert zu sein, sich aber gegen die medialen Verzerrungen über die Kirche wenden zu wollen. Von der derzeitigen katholischen Kirche unter Jean-Claude Hollerich distanzieren sie sich jedoch: Hollerich sei „der falsche Mann zum falschen Zeitpunkt“, der ohne Erfahrung auf dem „Terrain in luxemburgischen Gemeinden“ handle, sich „vom nationalen Narrativ“ abende, und sich mit „Weltproblemen wie Armut, Migration, Diskrimination und Klimawandel“ abgebe (S. 136). Weil die heutige katholische Kirche nicht in das nationalistische Narrativ der beiden ADR-Politiker integrierbar ist, schwärmen sie von Kirchengängen von vor 40 Jahren, in denen noch fromme Katholiken anzutreffen gewesen seien.

Die beiden ADR-Politiker verteidigen darüber hinaus die Sonderstellung des Großherzogs. Sie mahnen, „das politische Establishment“ wolle dem Großherzog durch die anstehende Verfassungsänderung nur noch symbolische Macht zuweisen. Eigentlich solle der Großherzog über der Exekutive walten, aber die Dreierkoalition besneide seine Macht; die Autoren

zeichnen gar ein Bedrohungsszenario: „Auf Initiative der Regierung kann der Großherzog vom Parlament abgesetzt werden“ (S. 146). Sie verweisen allerdings nicht darauf, dass nur unter spezifischen Voraussetzungen die Rechte des nicht vom Volk gewählten Staatsoberhaupt einschränkbar sind. Stattdessen wird gepriesen: Ohne den Großherzog fehle Luxemburg „das gewisse Etwas und die Einzigartigkeit, ja, der Glanz“ (S. 147). Henri sei ein Grundpfeiler, ohne den Luxemburg ein „Imageverlust im Ausland“ erleide, – er symbolisiere die Unabhängigkeit Luxemburgs (S. 246f).

Während die zweite Hälfte des Buches sich in den Duktus des Manifests einreicht, befinden sich im ersten Teil zeilenweise Abhandlungen zur Geschichte Luxemburgs. So liest man vom keltischen Sprachgebrauch im 4. Jahrhundert in den Gebieten des heutigen Luxemburgs, den fränkischen Eroberungen während der Völkerwanderung und wie sich deren Sprache mit den lokalen Dialekten „vermischten“ (S. 9); also davon, wie Kultur und Sprache sich stets hybridisieren und organisch wachsen. Es handelt sich in weiten Teilen wohl um Paraphrasierungen von Historikern wie Michel Pauly und Gilbert Trausch, die sie punktuell mit einer rechtsideologischen Deutung unterfüttern. Auf welche Quelle die Autoren rekurrieren, ist zumeist nicht ersichtlich, – die Quellenangaben befinden sich spärlich im Text verstreut.

Wer Luxemburger ist, machen die Autoren zuvorderst an der Sprache fest und schreiben: „Luxemburger erkennen eine Person als einen Luxemburger an, wenn sie Luxemburgisch spricht“



Der Parteipräsident Fred Keup erachtet die Sonderstellung des Großherzogs als bedroht

In dem Kapitel folgen Aufzählungen über die Herrschaft der Burgunder, Spanier und Habsburger. Als Zäsur wird die französische Besatzung ab 1795 betrachtet, die anders als die vorherigen Herrscher durch ihren Regierungsstil konsequent auf eine kulturelle Anpassung der eroberten Gebiete an die französische Kultur abzielte. Der *Klëppelkrich* (1798) wird von den Autoren zwar nicht als nationalistisches Unterfangen revidiert, sei aber als „eine regionale Version des Gefühls *Mir wëlle bleiwe, wat mir sinn*“ zu verstehen und als ein „Kampf für den Erhalt der eigenen Identität“ (S. 13). Dies schreiben die beiden ADR-Politiker, nachdem ein paar Zeilen zuvor auf die unterschiedlichen Interessen der Bauern, des Klerus und der Aristokratie im *Klëppelkrich* verwiesen wurde und nicht auf eine homogene Identität.

Widersprüche sind in längeren Abhandlungen nicht immer vermeidbar und jedem Denken ist eine gewisse Dialektik inhärent. Dass diese Wendungen gelegentlich dicht aufeinanderfolgen, dürfte jedoch die meisten Leser irritieren. Zwei weitere Beispiele: Der Euro wird in ein und demselben Abschnitt als „wichtiger Einschnitt in die Souveränität Luxemburgs“ betrachtet, um dann als ein Faktor für wirtschaftliche Stabilität bewertet zu werden, der Luxemburg einen Hauch von Weltmacht verleihe (S. 110). Das Internet wird an einer Stelle als ein Vehikel für die Auflösung von nationalen Narrativen betrachtet (S. 126), während zuvor Facebook als das bedeutendste Instrument für die „Nee-Kampagne“ 2015 genannt wird (S. 114). Diese Unstimmigkeiten werden dadurch verstärkt, dass die meisten Sätze einen affirmativen Grundtenor aufweisen, man stößt kaum auf Differenzierungen und Abwägungen, viele Sätze enden mit einem Ausrufezeichen und in nur wenigen wird ein Konjunktiv verwendet.

Beide Autoren leben in einem hybridkulturellen Kontext und vermerken transnationale Stationen in ihrem Lebenslauf; wie sie zu diesen biografischen Eigenheiten stehen, erfährt man im Buch indes nicht. Tom Weidig ist ein promovierter Physiker, der an der Universität Cambridge forschte und Fred Keup studierte Geographie in Straßburg. Weidig ist mit einer Frau verheiratet, die in Serbien aufwuchs und bis 2013 dort lebte. Die Frau von Fred Keup schreibt auf ihrer Künstlerseite, sie sei sowohl vom Großherzogtum als auch von der Kultur ihres „berceau familial qu’est la Sardaigne“ geprägt. Sie verkauft über ihre Künstlerseite durchaus sehenswerte Acrylgemälde mit abstrakten Motiven. In ihrem Buch aber behaupten Keup und Weidig, abstrakte Kunst neige zum „Emotionalismus und

Nihilismus“. Und sie fragen sich, ob mit dem Aufkommen der abstrakten Kunst der emotionale Abschied vieler Luxemburger „vom nationalen Narrativ“ zusammenfalle. „Noch vor 30 Jahren hingen Landschaftsbilder der schönen luxemburgischen Natur oder Bilder von Burgen und der Festung Luxemburgs an der Wand. Auch religiöse Motive waren populär“. Jetzt aber nehme abstrakte Kunst immer mehr Raum ein, und die Luxemburger „leben zuhause nicht mehr in Luxemburg, sondern irgendwo in der Welt“ (S. 125).

Wie sich Bürger in Entscheidungsprozesse und demokratische Institutionen einbringen und die Demokratie konsolidiert werden kann, wird in *Mir gi Lëtzebuerg net op* nicht besprochen. Die demokratisch gewählte Regierung wird als „allmächtiges Staatsmonopol“ diffamiert (S. 132) und der Wähler wird nicht als autonomiebegabtes Individuum vorgestellt, das einen selbstbestimmten Beitrag zum demokratischen Prozess beisteuert. Ohnehin wird die Stabilität einer Nation bei Keup und Weidig nicht an ihren demokratischen Institutionen gemessen, sondern an den Gemeinsamkeiten, die zwischen Bürgern bestehen (S. 127). Vielleicht trauen sie den Wählern (und eigentlichen Adressaten des Buchs) nicht viel zu, im Kampf gegen den nationalen Zerfall, denn sie sehen in der Mehrheit der Einwohner vor allem Menschen, die Eigenheimbesitzer sind und dem „Turbowachstum“ der Dreierkoalition auf den Leim gehen.

Obwohl die Autoren den Eindruck vermittelten, sie würden die Luxemburger des 21. Jahrhunderts nur mäßig schätzen, befindet sich im Buch der Appell, die „massive Einwanderung“, die die luxemburgische Sprache bedrohe und langfristig zu einer Bevölkerungserosion führe, mit einer kinderfreundlichen Politik und einer erhöhten Geburtsrate unter Luxemburgern zu konterkarieren. Und weil die beiden Autoren Französisch nicht sonderlich mögen, fällt ihnen auf der letzten Seite des Buches eine Idee ein, wie man dem Französischen los werden könnte: Wie in Malta könnte Luxemburg die Zweisprachigkeit fördern und mit Englisch gezielter an die „globalisierte englischsprachige Welt“ andocken sowie zugleich die luxemburgischen Eigenheiten schützen (S. 164). Daraufhin könnte das Großherzogtum jedoch vermehrt Expats anziehen, die die beiden Autoren als Ausländer „auf der Durchreise“ betrachten, die sich „oft nicht als Einwanderer bezeichnen“, sondern häufig als „EU-Bürger“ und einen „größeren Willen“ aufzuweisen scheinen, „auch ohne Integration politisch mitbestimmen zu wollen“ (S. 152). ●

DEUTSCHLAND

Das ist nicht mein Ding

Martin Theobald, Berlin



Gerhard Schröder (2017)

Schnell ist ein politisches Erbe verspielt: Ein Altbundeskanzler tingelt durch die Welt von Politik und Wirtschaft, verdient sich damit und dabei eine Goldene Nase, profitiert – vor allen Dingen finanziell – von den politischen Errungenschaften und Verstrickungen der eigenen Kanzlerschaft und möchte halsstarrig und halsbrecherisch von seinen Privilegien nicht so recht lassen. Zurück bleibt eine Republik, die sich wundert, wie es dazu kommen konnte, und mehr noch fragt, wie diesem Treiben Einhalt geboten werden kann.

Die Frage nach der Historie ist schnell geklärt. Gerhard Schröder hat sie Ende letzten Monats in einem Beitrag unter dem Titel „Wie der frühere Kanzler Putins Mann in Deutschland wurde“ in der Tageszeitung *New York Times* (NYT) beantwortet. Zwei längere Gespräche mit der US-amerikanischen Zeitung brauchte es dazu: Er sei seinerzeit kaum mehr als zwei Wochen aus dem Amt geschieden, als Wladimir Putin ihn angerufen und gebeten habe, den Aktionärsausschuss von der Ostseepipeline-Firma Nord Stream zu leiten. „Hast du Angst, für uns zu arbeiten?“, habe ihn Putin gefragt. Hatte er nicht. Schröder machte den Job. Ende der Geschichte.

Eigentlich. Doch wenn Schröder gerade am Erzählen ist, schildert er in der NYT auch gleich seine Sicht der Dinge, die momentan in der Welt geschehen. „Ich denke, dieser Krieg war ein Fehler und das habe ich auch immer gesagt“, führte Schröder aus. Man müsse nun so schnell wie möglich zu einer Friedenslösung kommen. Was aber nicht einfach sei. Und weiter: „Ich habe immer deutsche Interessen vertreten. Ich tue, was ich kann. Wenigstens eine Seite vertraut mir.“ Er lässt keinen Zweifel daran, welche Seite dies ist. Denn der Altkanzler distanziert sich zwar von dem Krieg, aber nicht von Putin, den er einst einen „lupenreinen Demokraten“ nannte, und vermeidet in dem Beitrag jedwede Kritik am russischen Präsidenten. Bei „reichlich Weißwein“, wie es in dem Bericht der NYT heißt, habe er dann auch über die Kriegsverbrechen der russischen Truppen und die EU-Sanktionen gegen Moskau schwadroniert: „Das muss untersucht werden“, führte er zu den Gräueltaten von Butscha aus und fügte hinzu, dass er nicht glaube, dass diese Befehle von Putin gekommen seien, sondern von einer niedrigeren Instanz. Irgendein Schuldbewusstsein wegen seiner engen Bindungen zu Russland oder selbstkritische Reflexion ob des Krieges ließ Schröder nicht erkennen: „Ich mache jetzt nicht einen auf Mea Culpa. Das ist nicht mein Ding.“

Stattdessen wies er seine Kritiker – vor allen Dingen in seiner eigenen Partei – zurecht: „In den letzten 30 Jahren haben sie alle mitgemacht. Aber plötzlich wissen es alle besser.“

Und in der Sozialdemokratischen Partei rumort es kräftig: Mehr als ein Dutzend regionaler SPD-Vereine haben bislang ein Partei-ausschlussverfahren gegen Gerhard Schröder beantragt. Mitte Juni soll ein parteiinternes Schiedsgericht über diese Anträge entscheiden. Eine mögliche Marschrichtung gab indes SPD-Partei-chefin Saskia Esken in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* vor: „Gerhard Schröder agiert seit vielen Jahren lediglich als Geschäftsmann, und wir sollten damit aufhören, ihn als Elder Statesman, als Altkanzler wahrzunehmen.“ Er verdiene sein Geld mit der Arbeit für russische Staatsunternehmen. Gleichzeitig nutzt er aber Ressourcen, die ihm als ehemaliger Bundeskanzler zustehen.

Dies kritisierte der Bundesrechnungshof bereits im Jahr 2018 in seiner Untersuchung zu den Büros ehemaliger Kanzler und Präsidenten. Die lebenslange Ausstattung mit Arbeitszimmern, Dienstwagen samt Chauffeur und Sicherheitsleuten sowie einem Stab an Mitarbeitenden habe keine rechtliche Grundlage außer dem betreffenden parlamentarischen Haushaltsbeschluss. Für Konrad Adenauer hatte noch seine Partei das Büro bezahlt. Ludwig Erhard bekam zur „Abwicklung fortwirkender Verpflichtungen“ Hilfe aus dem Bundeskanzleramt, womit sich ein Usus begründete, der heute Staatspraxis genannt wird. Geplante Kosten für das Büro Schröder im laufenden Haushalt: 418 000 Euro. Eine großzügige Vollversorgung des Ausgeschiedenen. Der Zwiespalt der Alimentierung von ehemaligen Regierenden zeigt sich auch in der institutionellen Verortung der „Nachlaufbüros“, wie Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki sie nennt. Der Bundestag beschließt zwar den Umfang der Privilegien, doch die Mitarbeitenden der Büros bleiben Beschäftigte des Bundeskanzleramts, das sie lediglich disziplinarisch beaufsichtigt. Funktionell und organisatorisch sind die Nachlaufbüros jedoch selbständig, unterliegen also keiner Kontrolle. Nun liegt der Verdacht nahe, dass Schröder dies ausgenutzt hat. Denn keine und keiner der bisherigen Kanzlerinnen und Kanzler, so Esken weiter, habe seine Amtszeit derart „vergoldet“, wie es Gerhard Schröder mit seinem Russlandgeschäft tat.

Somit findet sich die deutsche Politik in einer Grundsatzdiskussion wieder: Was darf und dürfen politische Amts- und Würden-

träger nach ihrem Ausscheiden? Für Staatsoberhäupter mag es durchaus angemessen sein, sie in ihrem Nachwirken umfassend zu fördern. Allein um auch die Würde des Amtes zu bewahren. Kraft ihrer früheren Position hatten die Ersten im Staate eine repräsentative und integrierende Funktion, die politischer Parteilichkeit weitgehend entrückt war. Diese Symbolik glänzt weiter. Regierungschefs hingegen haben einen anderen Job. Sie haben Macht, treffen Entscheidungen, übernehmen Verbindlichkeiten, die nicht mit dem letzten Tag ihrer Amtszeit enden.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages traf vergangene Woche eine Entscheidung. Er entzog dem Altkanzler einen Teil seiner Sonderrechte und beschloss die Abwicklung seines Büros. Begründet wurde dies nicht mit juristischen Argumenten, sondern der Ausschuss stellte fest, „dass Bundeskanzler a.D. Schröder keine fortwirkende Verpflichtung aus dem Amt mehr wahrnimmt. Das Büro des Bundeskanzlers a.D. Schröder wird daher ruhend gestellt.“ Das verbliebene Personal soll anderweitige Aufgaben übernehmen. Allerdings hatten die Mitarbeiter von Gerhard Schröder ohnehin zuvor gekündigt. Es verbleiben beim Altkanzler der Anspruch auf sein Ruhegehalt und seinen Personenschutz. Die CDU hätte Schröder auch gerne auch noch das Gehalt genommen. Die Regierungskoalition möchte nun eine grundlegende Reform der Altersversorgung von ehemaligen Regierungschefs, die sich an den tatsächlichen Verpflichtungen aus dem Amt orientieren und periodisch angepasst werden soll. Wer in der Versenkung verschwindet, soll demnach dort auch verharren. ●

GROSSBRITANNIEN

The party goes on

Daniel Zylbersztajn Lewandowski, London

Leere Flaschen, Wein und Hochprozentiges, Gläser und Becher stehen auf dem Tisch, im Raum sind mindestens neun Personen, darunter Boris Johnson, der sein Glas erhebt. Einige Momente später scheint er mit einem Drink in der Hand eine Rede zu halten. Mehrere von ITV-News veröffentlichte Fotos, die am 13. November 2020 auf einer Abschiedsparty des damaligen Kommunikationschefs von 10 Downing Street, Lee Cain, gemacht wurden, werfen neue Fragen auf hinsichtlich der Feiern, die während der Lockdowns im britischen

Regierungsviertel abgehalten wurden. Als die Fotos aufgenommen wurden, galten in Großbritannien immer noch strenge Distanzregeln. Lediglich zwei Personen aus verschiedenen Haushalten war es gestattet, sich binnen vier Wänden zu treffen.

Die 500 000 Euro teure Polizeiuntersuchung zur Partygate wurde erst letzte Woche abgeschlossen. Das Resultat: 126 nachträglich verhängte Bußgeldstrafen für 83 Personen auf acht verschiedenen Feiern. Die Veröffentlichung der ausführ-

lichen Ergebnisse des Untersuchungsberichts durch die hohe Beamtin Sue Gray steht unmittelbar bevor.

Boris Johnson hatte für eine andere Party – seine Geburtstagsfeier – am 19. Juni 2020 ein Bußgeld erhalten, nicht aber für jene am 13. November des gleichen Jahres. Oppositionskräfte verlangen nun Antworten von der Polizei, denn mindestens eine Person, die auf der Feier am 13. November anwesend war, musste schon eine Strafe zahlen. Die

stellvertretende Parteichefin der Liberaldemokraten, Daisy Cooper, schrieb dazu in dieser Woche einen Brief an den Geschäftsführer des unabhängigen Amts für Polizeiverhalten (IOPC).

Zudem war Johnson schon im Dezember letzten Jahres im Parlament direkt zu der Feier am 13. November befragt worden. Seine Antwort lautete damals, es habe keine Feier gegeben. Die Fotos beweisen nun aber das Gegenteil. Ferner hatte sich Johnson danach zwei Tage in Quarantäne begeben, weil er in Kontakt mit Covid-19-Infizierten war, was auf seinem Twitter-Account nachzulesen ist. Kann ihm eine Falschaussage nachgewiesen werden, ist es nach den losen Verhaltensregeln des britischen Parlaments üblich, vom Ministeramt zurückzutreten, selbst wenn es den Premierminister betrifft. Johnsons Ausrede bisher: Er habe gedacht, diese Feiern hätten als Arbeitstreffen gegolten.

Eine neue Investigativrecherche der BBC zitiert nun drei Mitarbeiter:innen von 10 Downing Street, die behaupten, auf der Feier für Lee Cain seien 30 Menschen gewesen, manche Angestellte hätten auf dem Schoß von anderen gesessen. Jeden Freitag soll es im Amtssitz des Premierministers einen Saufabend gegeben haben, auch während der Pandemie. Schon Sue Gray hatte in ihrem Vorbericht von einem ungezügelten Alkoholkonsum der Mitarbeiter:innen am Arbeitsplatz gesprochen. Eine Mitarbeiterin erklärte der BBC, Johnson sei immer präsent gewesen und habe nie etwas dagegen gesagt.

Angela Rayner, Labours stellvertretende Parteiführerin, gegen die selber gerade wegen einer mutmaßlichen Missachtung der Distanzregeln

Auch auf konservativer Seite führten die Enthüllungen wieder teilweise zu Kritik

im vergangenen Jahr ermittelt wird, meinte, Johnson habe Schande über sein Amt gebracht, weil er die Regeln, die er selber ausgerufen hatte, gebrochen habe, während „das britische Volk in der Pandemie große Opfer auf sich nahm“.

Auch auf konservativer Seite führten die Enthüllungen wieder teilweise zu Kritik. In den letzten Monaten hatte sich die Stimmung gegen Johnson nicht zuletzt wegen des Ukrainekriegs etwas beruhigt. Doch der konservative Hinterbänkler Steve Baker twitterte nun ein Poster des britischen Gesundheitsdienstes aus der Zeit der Pandemie, das vor Regelbrüchen warnt. Es zeigt eine kranke Frau mit Sauerstoffmaske und den Worten: „Erzähl ihr, dass du nie die Covid-Regeln gebrochen hast.“ Andere Hinterbänkler, wie der erzkonservative Altveteran Peter Bone verteidigen Johnson mit der Behauptung, es sei keine Party gewesen. Sein Argument wurde vom Ex-Bürochef von 10 Downing Street, Dominic Cummings, auf Twitter widerlegt: „Die Met nannte es einen nicht rechtmäßigen Menschaufmarsch in einem Innenraum und händigte Bußgelder aus.“ Bone sei dafür bekannt, ein Dummkopf zu sein, schrieb Cummings weiter. ●

Découvrez chaque vendredi ce qui fait bouger le pays.

Sur papier et en digital.

Gratuitement pendant un mois.

Faites le test.

zbelgacem@land.lu
(+352) 48 57 57 · 1

Pas de pauvres chez nous

Reléguée dans les annexes du dernier rapport annuel du Fonds spécial de soutien au développement du logement, la statistique a quelque chose de honteux. Elle renseigne, commune par commune, sur les logements locatifs publics. Ou plutôt sur leur absence. Celle-ci peut être totale : 34 communes luxembourgeoises ne disposent d'aucun (zéro) logement public locatif. C'est notamment le cas des localités huppés de Garnich, Briddel-Kopstal, Nommern, Weiler-la-Tour et

Leudelange. La commune de Reckange-sur-Mess compte un seul logement social locatif, tout comme Beaufort et Frisange. Les grandes communes ne font pas beaucoup mieux : Seul Grevenmacher dépasse, de justesse, la barre des deux pour cent de logements sociaux locatifs par cent habitants. Sinon, le taux s'établit à 0,22 pour cent à Sanem, 0,42 à Ettelbruck, 0,49 à Bettembourg, 0,51 à Dudelange, 1,05 à Luxembourg-Ville, 1,28 à Differdange, 1,45 à Esch-sur-Alzette, 1,48 à Diekirch et 1,53 à Rumelange. (photo : sb) bt



Land

27.05.2022

9

WIRTSCHAFT

Bald Euro-Schirmherr?



Ex-DP-Finanzminister Pierre Gramegna (photo : sb) ist nach einer informellen Abstimmung unter den 19 Finanzministern der Eurogruppe am Montag weiterhin unter den Kandidaten für den Chefposten des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), und nun vielleicht mehr als nur leichter Favorit. Nach der geheimen Abstimmung zog der Niederländer Menno Snel, bis 2019 Finanzminister und zuvor IWF-Mitarbeiter, seine Kandidatur zurück. Neben Gramegna im Rennen sind noch der Italiener Marco Buti, Kabinettschef von EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni, sowie João Leão, bis März Finanzminister Portugals. Die endgültige Entscheidung fällt am 16. Juni der ESM-Gouverneursrat. Gewählt ist, wer 80 Prozent der Stimmen erhält, was sich am Kapital eines Euro-Staats am ESM bemisst. Deutschland, Frankreich und Italien haben deshalb das meiste

Gewicht. Das Wort wollte am Dienstag aus EU-Kreisen erfahren haben, dass Gramegna sich „die Unterstützung der Franzosen sichern“ konnte. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hatte vergangene Woche berichtet, er sei der Favorit des deutschen FDP-Finanzministers Christian Lindner. Dagegen neige SPD-Kanzler Olaf Scholz eher dem Sozialisten Leão zu. Gegen diesen spreche aber, so die FAZ am Montag dieser Woche, dass Portugal den Euro-Rettungsschirm bereits genutzt hat: Damit würde „der Bock zum Gärtner“ gemacht. Die Wirtschaftspressse blieb diese Woche voll von Reflexionen darüber, dass den bürokratischen ESM niemand mehr brauche, der EU-Coronafonds viel beliebter sei. Deshalb könne statt eines Fachmanns ein „Politiker“ wie Leão oder Gramegna an dessen Spitze treten und einen „Versorgungsposten“ genießen, wie die FAZ lästerte. pf

Korrektur der Reform

Nachdem im Juni 2007 CSV-Justizminister Luc Frieden in der Abgeordnetenkammer einen Entwurf zur großangelegten Modernisierung der Gesetzgebung über die Handelsgesellschaften, das Handelsregister und die Buchführung der Unternehmen eingereicht hatte, sollte es neun Jahre dauern, bis sie mit dem Gesetz vom 10. August 2016 vollzogen wurde.

Eine Ad-hoc-Kommission des parlamentarischen Justizausschusses hatte rund hundert Änderungsanträge diskutiert. Vergangene Woche deponierte Justizministerin Sam Tanson (Grüne) einen Entwurf, der in 89 Artikeln „materielle Fehler und Inkohärenzen“ in dem Reformwerk ausbügelt. Sie hätten sich „trotz aller Sorgfalt nicht vermeiden lassen“ und sich zum Teil erst nach dem Inkrafttreten gezeigt, so der Motivenbericht. Einer Reihe seither neu in Kraft getretener EU-Richtlinien trägt der Entwurf ebenfalls Rechnung. pf

Wo Trucker laden sollten

Wenn in Luxemburg Ladeplätze für Elektro-LKWs eingerichtet werden, dann am besten an den Autobahntankstellen Berchem und Capellen, dem Cargozentrum Findel, aber auch in der Gewerbezone Munsbach und dem Logistikzentrum von Arcelor-Mittal in Differdingen. Das empfiehlt der Europäische Autoherstellerverband Acea. In seinem Auftrag hat das deutsche Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung



aus GPS-Daten ermittelt, wo in Europa 400 000 Fernlaster innerhalb von zwölf Monaten am häufigsten Halt machten. Die zehn Prozent wichtigsten Plätze – in Luxemburg die oben genannten – sollten spätestens 2027 sowohl mit Express-Ladestationen im „Megawatt-Bereich“ ausgerüstet werden, als auch mit Stationen zum Nachladen über Nacht, so die Acea. Die meisten LKW-Stopps in Luxemburg zählte das Fraunhofer Institut am Cargozentrum. pf

What we do in the shadows

La nébuleuse de l'« intermédiation financière », parallèle au système bancaire traditionnel, inquiète toujours. Le chroniqueur du *Financial Times*, Ruchir Sharma, identifie cette semaine le « shadow banking » comme potentiel foyer d'une crise financière à venir. Une prédiction qui devrait inquiéter le Luxembourg, décrit par Shurma comme un des « hotbeds » du « shadow banking », dont les *assets* auraient connu une croissance annuelle avoisinant les dix pour cent. En 2019, le European Systemic Risk Board avait donné une estimation du poids de l'intermédiation financière en Europe : Le Luxembourg arrivait très largement en tête du classement avec 14 000 milliards d'euros. Une prédominance qui s'explique par la profusion

de holdings, QG de multinationales, organismes de titrisation et assureurs. bt

Évaluation européenne

La Commission a publié cette semaine ses recommandations dans le cadre du « semestre européen ». On y retrouve en partie les vieilles recettes, à commencer par le relèvement de l'âge effectif de départ à la retraite, décrit comme « mesure dont l'impact macroéconomique serait le plus bénéfique ». Vient ensuite une critique de la planification fiscale « agressive », qui continue à être structurée via le « conduit-country » luxembourgeois. Un sujet de « préoccupation particulier » serait l'absence de retenue à la source sur des paiements vers les paradis fiscaux, notamment ceux jugés « non-coopératifs » ; une lacune qui pourrait « être exploitée par les multinationales ». La Commission épingle surtout les « inégalités croissantes dans le système éducatif [...] aggravées par l'enseignement multilingue et par la façon dans les élèves sont orientés vers différents parcours scolaires à un âge précoce ». Les pistes avancées restent très lisses, teintées d'idéalisme technocratique : Il faudrait ainsi améliorer « la gouvernance », les « outils d'évaluation » ainsi que les « objectifs mesurables de promotion de la qualité et de l'égalité des chances ». Quant

à l'enseignement des langues, il devrait être « mieux adapté au développement cognitif des élèves ». Pour le reste, Bruxelles exprime sa satisfaction. Le Luxembourg fait toujours figure d'élève-modèle budgétaire, un des derniers à respecter les critères de Maastricht, suspendus depuis mars 2020 (et au moins jusqu'en 2023 encore). En 2021, la dette publique du Luxembourg s'élevait à 24,4 pour cent du PIB. « Le ratio de la dette publique au PIB devrait progresser d'ici à 2025, particulièrement en 2024, année où il atteindra 26,2 pour cent, et se maintenir à 26,2 pour cent en 2025 », note la Commission. Mais les risques pesant sur la viabilité de la dette lui semblent « faibles à moyen terme ». bt



Ticker



« Littératie financière »

Georges Canto

Le manque de connaissances financières empêche les ménages de faire les choix les plus pertinents pour eux-mêmes et l'économie en général

La crise sanitaire de 2020-2021 s'est traduite, dans un grand nombre de pays, par un gonflement de l'épargne liquide des ménages, à la fois par précaution et par manque d'opportunités de consommer. À cette occasion, les gouvernements et les autorités monétaires ont une fois de plus déploré de voir des milliards de dollars ou d'euros dormir sur des comptes d'épargne peu ou pas rémunérés alors que les nécessités de la relance post-Covid auraient justifié que ces sommes soient investies sur des produits financiers plus directement utiles aux entreprises.

Une des causes de cette situation est, de l'avis général, le manque de connaissances financières des ménages, qui les empêche de faire les choix les plus pertinents pour eux-mêmes et l'économie en général. Alors que depuis plusieurs années se sont multipliées les initiatives pour améliorer l'éducation financière (*financial literacy*) des jeunes, comme « D'Woch vun de Suen » organisée une première fois au Luxembourg en mars 2015 par l'ABBL, celle des adultes pose toujours problème, ce qui est confirmé par de nombreuses études.

Une des plus connues est l'enquête récurrente menée par l'INFE (International network on financial education), un réseau d'experts publics créé en 2007 sous l'égide de l'OCDE. Sa dernière édition, publiée fin juin 2020, a livré des résultats préoccupants.

26 pays du monde dont douze membres de l'OCDE, ont participé à cette enquête en utilisant la méthodologie mise au point par l'INFE en 2018. À noter que ni le Luxembourg ni la Belgique ne figurent dans la liste. Quant à la France, elle n'a fourni que des résultats partiels.

L'échantillon composé de 126 00 personnes a été invité à répondre à 21 questions portant sur trois grands thèmes, chaque bonne réponse valant un point. Toutefois le score maximum de 21 signifie seulement qu'un individu a acquis un niveau de compréhension de base des concepts financiers et applique certains principes prudents dans ses transactions financières ».

Au niveau mondial la moyenne s'est élevée à 12,7 sur 21 ou, exprimé autrement, 60,5 pour cent du meilleur score possible, avec un maximum à Hong-Kong (70,5 pour cent) et un minimum en Italie (53 pour cent). Treize pays sur 26, soit exactement la moitié, ont obtenu une note comprise entre cinquante et soixante pour cent du score maximum, avec des fortes disparités selon les thèmes.

On pouvait s'attendre à ce que les jeunes aient les meilleurs résultats. Or, c'est le contraire qui s'est produit

Un des enseignements les plus inquiétants de l'étude concernait les résultats par tranche d'âge. On pouvait s'attendre à ce que les jeunes, récemment sortis du système scolaire et dont beaucoup ont pu bénéficier des programmes d'éducation financière déployés depuis vingt ans dans divers pays, aient les meilleurs résultats. Or, c'est le contraire qui s'est produit : les personnes âgées de 18 à 29 ans ont tendance à avoir des connaissances financières moindres et un comportement financier moins prudent que la moyenne, ainsi que des scores d'attitude financière inférieurs à ceux du reste de l'échantillon, « de manière constante et significative ». Les seniors sont un peu dans le même cas malgré leur expérience. À ce constat déprimant il faut ajouter que les femmes ont en moyenne des scores de connaissances et de bien-être financiers inférieurs à ceux des hommes, tout comme, sans surprise, les groupes à faible revenu.

Face une situation dont les effets potentiels peuvent être délétères pour l'économie et la société, certains pays ont pris le taureau par les cornes. C'est le cas de ceux de l'UE

avec le « Plan d'action concernant l'union des marchés des capitaux » de septembre 2020, dont un des objectifs est de « faire de l'UE un lieu encore plus sûr pour l'épargne et l'investissement à long terme des particuliers ». Parmi les actions préconisées pour atteindre cet objectif figure l'amélioration de la « littératie financière ».

Le cadre conjoint de compétences financières UE/OCDE-INFE pour les adultes a été officiellement publié en janvier 2022. Il s'appuie sur une méthodologie déjà bien rodée en l'élargissant aux compétences en finance numérique et en finance durable. Il intègre également des compétences propres à renforcer la résilience financière des ménages en cas de crise.

Concrètement, le cadre commun s'intéresse à quatre domaines : l'argent et les transactions, la planification et la gestion des finances, le risque et la rémunération, et le paysage financier. Ces domaines sont ensuite divisés en sujets et en sous-sujets. Par exemple, le domaine « Argent et transactions » est découpé en quatre sujets qui sont : l'argent et les devises, les revenus, les prix, les achats et paiements et les registres et contrats financiers, eux-mêmes divisés en seize sous-sujets.

Pour chaque sous-sujet, on établit quelles sont les compétences nécessaires, qui se rattachent à trois catégories. La première, appelée « sensibilisation, connaissances et compréhension » fait référence à la nécessité d'avoir des connaissances techniques ou de disposer d'informations approfondies sur un sujet. Exemple : « Comprendre l'incidence de la variation des taux de change sur les transferts de fonds à l'étranger, les voyages ou les achats » (compétence n°14). La deuxième (« compétences et pratiques ») concerne les éléments à maîtriser pour améliorer sa situation financière. Exemple : « Chercher des moyens de gérer l'incidence de l'inflation sur l'argent détenu » (n°51). Quant à la troisième « confiance, motivation et attitude », elle s'intéresse au processus de décision permettant d'atteindre ou de maintenir le bien-être financier. Exemple : « Résister aux pressions incitant à faire des achats imprévus » (n°71).

Tous domaines et sujets confondus, il faut ajouter un copieux corpus de compétences financières numériques : connaissances relatives aux outils, aux monnaies digitales et aux méthodes de paiement, aux crypto-actifs, aux données à caractère personnel et à leur protection, aux produits et services financiers numériques, aux plateformes de conseils

automatisées, aux escroqueries et aux fraudes en ligne, et aux risques liés à la cybersécurité. Et pour faire bonne mesure il faut aussi que les adultes sensibles au respect des critères ESG (environnementaux, sociaux et sociétaux, et de gouvernance) soient capables de prendre des « décisions financières saines » sur ce point. Au final, le cadre est extraordinairement détaillé avec 22 sujets, 82 sous-sujets et un total de 564 compétences à maîtriser ! Pour le seul domaine « Argent & transactions », on dénombre pas moins de 114 compétences nécessaires,

Dénoté « FinComp pour adultes », ce cadre commun est mis à la disposition des autorités publiques nationales et des organisations privées pour mener des études évaluant le niveau d'éducation financière et pour élaborer des politiques, des programmes et des outils visant à l'améliorer. Son utilité est certaine, malgré un niveau de détail qui frise « l'usine à gaz ».

Mais en réalité, le problème principal en matière d'éducation financière des adultes est de savoir comment la mettre en œuvre. Les intervenants publics ou privés font feu de tout bois sur le plan de la forme que peuvent prendre leurs actions : séminaires et conférences en présentiel, sites Internet, « webinaires », émission de TV, applications sur téléphone portable, édition de lettres d'information, dossiers, livres et fascicules, avec souvent des « mises en situation » ou une dimension ludique, comme l'illustre le jeu Dilemme, créé en 2017 par l'association alsacienne Crésus.

Cette offre foisonnante découle de l'impossibilité d'obliger des adultes à compléter leur éducation financière : on cherche donc à les y inciter de toutes les manières possibles, notamment en mettant à leur disposition une masse considérable d'informations par différents canaux. Avec un succès mitigé. La fréquentation volontaire des sites Internet, des cours en ligne ou des séminaires reste assez limitée et souvent liée à la prise d'une décision financière importante. Et ce ne sont pas forcément ceux qui auraient le plus besoin de conforter leurs compétences qui utilisent ces ressources. Il faut aussi résoudre une autre question majeure : celle du contrôle des connaissances. À supposer que de plus en plus de personnes s'intéressent aux divers programmes d'éducation financière disponibles, encore faut-il savoir comment ils assimilent leurs contenus et en tirent profit. Évaluer l'efficacité des actions menées est une recommandation déjà ancienne de l'OCDE, qui ne s'exprime pas toutefois sur la manière de le faire. ●

MAUX DITS D'YVAN

Le bazar et la nécessité

Yvan

Il fut un temps où Jean Asselborn prit la suite de Jean-Claude Juncker comme homme politique le plus populaire du Luxembourg. Serait-il aujourd'hui l'homme politique le plus populiste ? Avec son franc-parler que n'aurait pas renié Luther, populiste avant l'heure, qui s'est inspiré de « la grande gueule du peuple ». Mais là où Juncker embrasse, Asselborn embrase. Et si Juncker préférait tailler une bavette avec Kohl, Asselborn n'aime rien tant que monter en vélo les côtes du Mont Ventoux en compagnie d'un Steinmeier, quitte à braver au sommet le souffle des vents contraires. « Merde alors, quel bazar ! », se gaussent aujourd'hui ses détracteurs en reprochant à notre diplomate en chef de renier la nécessaire diplomatie et d'endosser l'uniforme martial de Bausche Fräntz, son confrère et soldat en chef, pour réclamer la peau de Poutine. Mais tous ces grincheux font semblant d'ignorer que sur la scène internationale se jouent aussi bien la tragédie du *good cop* que la comédie du *bad cop*. Et n'est-ce pas le privilège du petit Luxembourgeois dont on ne redoute pas la force de frappe mais dont on s'amuse de la frappe de farce, d'endosser l'habit du fou du roi ? Car le petit qui se pousse est bien le seul à pouvoir exprimer ses quatre vérités au prince et à privilégier, comme l'enfant ou le clown, le principe du plaisir au principe de réalité. En effet, les seules divisions dont dispose notre Jang national, ce sont celles de son parti, ou de ce qui va bientôt en rester.

On peut certes reprocher à notre polisson d'employer un ton condescendant, voire méprisant et néocolonialiste en parlant de « bazar » à propos du Grand Turc, mais pourquoi ne pas recourir à l'inversion de l'injure, à la manière des Senghor, Fanon et autre Césaire qui retournent l'insulte nègre pour brandir l'étendard d'une négritude noble et fière. Vive la Turquitude, à bas la turpitude ! Yvan, qui est allé chercher son divan dans le pays même du bazar, est bien placé pour apprécier le charme coloré et bigarré d'un bazar oriental. Les joyeux états de ces marchands sont à mille lieues des tristes rayons de nos supermarchés. Ce qui compte là-bas, ce n'est point la marchandise, et encore moins son prix, mais la relation humaine et son corollaire, la négociation. Oui, Yvan préfère de loin les marchands de tapis aux marchands de canon. Et il se souvient de cette scène culte des non moins cultes Monty Python où Brian, poursuivi par les Romains, veut acheter une barbe, en accepte immédiatement le prix et se fait copieusement et théâtralement insulter de ne pas sacrifier



Le ministre des Affaires étrangères, Jean Asselborn

Asselborn a compris que le bazar est la métaphore même de la politique

au rite du marchandage. Et comment ne pas se souvenir des hymnes humanistes et libertaires du Big Bazar de Michel Fugain qui incarnaient dans les années 70 l'esprit hippie et soixante-huitard ?

Asselborn a compris que le bazar est la métaphore même de la politique. En effet, ne trouve-t-on pas tout et son contraire dans les programmes électoraux ? Et que dire des négociations pour former une coalition, genre : « Tu augmentes mon smic et je touche à indexation de tes salaires ».

En demandant l'élimination physique de Poutine, Asselborn continue le langage politique par le langage guerrier, pour paraphraser Clausewitz, et réhabilite ainsi le sulfureux Carl Schmitt, le *Kronjurist* de Hitler, pour qui tout État doit raisonner en termes ami/ennemi pour ne pas sombrer dans un consensus démocratique et mou qui ne connaît que des adversaires et des alliés. La pose langagière de l'ancien maire de Steinfort est donc comme la prose de Monsieur Jourdain : il n'arrête pas de faire de la philosophie politique. Et comme le fait remarquer Socrate à Calliclès dans le *Gorgias* de Platon, il vient « de dire clairement ce que les autres pensent et ne veulent pas dire. »

Mais cet intellectuel à l'insu de son propre gré, est aussi et avant tout un grand sentimental. On se souvient des larmes qu'il versait après ses différentes défaites au sein de son parti et de son peu d'autorité en tant que chef de la fraction parlementaire. Loin du peuple, Jang n'en conserve pas moins la nostalgie de la mairie de Steinfort et il parle comme le vulgus quidam pour susciter l'émotion. Et voilà le vrai reproche qu'on peut lui faire : s'adresser à l'émotion plutôt qu'à la raison. Car ce n'est pas comme cela qu'on rend le peuple meilleur, ce qui est après tout la seule tâche que Socrate demandait (bien naïvement) à la politique. ●

CHRONIQUES DE L'URGENCE

Procrastination prédatrice

Jean Lasar

La procrastination, une faiblesse humaine, un péché véniel, une regrettable mais inéluctable constante du comportement humain ? Depuis Seattle, l'expert en prospective climatique Alex Steffen nous enjoint à reconsidérer notre perception de cette notion en lui apposant le qualificatif « prédatrice ». Le « predatory delay », c'est selon sa définition « le ralentissement délibéré du changement afin de prolonger un statu quo profitable mais insoutenable dont les coûts seront portés par d'autres ».

« Nous avons une économie où nous volons le futur, le vendons au présent et le nommons PIB »

(Paul Hawken)

L'avantage de cet éclairage est de nous fournir un outil conceptuel robuste face aux mille et une méthodes d'atermoisement invoquées pour remettre à plus tard le sevrage des énergies fossiles. Qui procrastine ? Il existe certes une responsabilité collective – formellement, tous les humains sont responsables collectivement envers ceux qui vivront sur cette planète d'ici quelques années. Mais ils ne sont pas tous engagés à un degré comparable dans les efforts de blocage. Dans le médaillon que Steffen a publié sur Twitter, sa définition est opportunément superposée à l'image d'une plateforme pétrolière offshore dans un paysage arctique.

« Nous possédons l'avenir », relève Steffen. A savoir : « Les gens qui seront vivants à l'avenir peuvent émettre des exigences éthiques à notre rencontre. Nous avons des devoirs envers eux. Ils ont des droits. » La pratique actuelle consiste à considérer que « les droits de propriété des générations actuelles l'emportent sur les droits de l'homme des cent prochaines générations ».

Le concept de procrastination prédatrice présente une certaine analogie avec celui d'écocide. Dans les deux cas, il s'agit de criminaliser des comportements contemporains au regard des dégâts qu'ils engendrent et engendreront.

Mais celui de procrastination a l'avantage d'aider à déchiffrer l'abondance et l'hypocrisie des raisons avancées pour ne surtout rien changer dans l'immédiat à nos addictions énergivores et destructrices. Une attitude que Steffen compare à celle de quelqu'un qui placerait sur une place publique une bombe réglée pour sauter un an plus tard. Doit-il être jugé et empêché de causer d'autres dégâts ? Sans doute y aura-t-il un consensus pour dire que oui. Si la bombe est réglée pour sauter dans dix ans, qu'en est-il ? Et s'il s'agit de cent ans ? « Où cesse notre obligation d'éviter des dommages sérieux et prévisibles à autrui ? », demande-t-il. Et de citer Paul Hawken pour qui « nous avons une économie où nous volons le futur, le vendons au présent et le nommons PIB ».

Lorsqu'un écolier préfère jouer sur sa console plutôt que de faire ses devoirs, on lui pardonne volontiers. Cette procrastination-là lui vaudra un bonnet d'âne et menacera sa scolarité si elle devient systématique. Mais que des fonds d'investissement, actionnaires, capitaines d'industrie et dirigeants politiques, appuyés par une partie de l'électorat, insistent pour remettre à plus tard la décarbonation et les changements structurels que celle-ci présuppose est d'un autre acabit : c'est bel et bien un comportement de prédateur. ●

ZU GAST

Sozialistische Planwirtschaft vor dem Ende

Jahrelang ist nichts passiert. Auf Druck der CSV hat Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) reagiert und nach drei Jahren endlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den im Koalitionsprogramm 2018 angekündigten, und dringend benötigten „virage ambulatoire“ bei der Gesundheitsversorgung vorantreiben soll. Die Ministerin hat allerdings nicht aus eigenem Antrieb reagiert.

einen Schritt in die richtige Richtung dar. Allerdings fehlen vorerst noch die Details.

Doch im Kern ändert sich nichts. Bei der Gesundheitspolitik bleibt alles beim Alten. Die Gesundheitsversorgung bleibt auch in Zukunft auf die Krankenhäuser fixiert. Dabei hat sich längst gezeigt, dass die von der LSAP seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten praktizierte medizinische Planwirtschaft ausgedient hat. Wegen ihres zentralistischen und dirigistischen Ansatzes wird sie den Herausforderungen einer modernen Gesundheitsversorgung nicht mehr gerecht. Die Leidtragenden sind die Patienten. Die Zukunft heißt: Ärzte-beziehungsweise Fachärzteezentren mit Röntgen, Scanner und IRM, sowie auf Potaschberg.

Claude Wiseler ist CSV-Präsident; Léon Gloden ist CSV-Vizefraktionsvorsitzender

Dabei wäre Eile geboten gewesen, denn das medizinische Angebot entspricht längst nicht mehr den Vorstellungen der Menschen. Sie wollen möglichst schnell, unkompliziert und möglichst nah an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsplatz bestmöglich versorgt werden. Aktuell ist das nicht möglich.

Sicher, die beiden Texte, die die Gesundheitsministerin am vergangenen Mittwoch vorgestellt hat, enthalten einige positive Ansätze, etwa die zusätzlichen IRM-Geräte im Land. Das erweiterte regionale Angebot kommt den Erwartungen und Wünschen der Patienten sicherlich entgegen. Auch die in Aussicht gestellten Gesellschaften, in denen sich die Vertreter der verschiedenen Gesundheitsberufe zusammenschließen können, stellen

Jahrelang hat die CSV auf die unzähligen Unzulänglichkeiten bei der medizinischen Versorgung hingewiesen. Die Mängelliste ist lang: Enorme Wartezeiten bei der bildgebenden Diagnostik, etwa bei der Mammografie. Eine Kinderklinik, die seit Jahren am Limit arbeitet, eine Psychiatrie, die den gestiegenen Bedürfnissen nicht mehr hinterherkommt, eine Maternité, die schließen muss, weil die Bereitschaftsdienste – trotz wiederholter Warnungen – nicht mehr gewährleistet werden können. Hinzu kommt der akute Mangel an Ärzten und an Pflegekräften. Die Aufzählung ließe sich beliebig fortschreiben.

All diese Beispiele zeigen: Es muss gegengesteuert werden, die Versäumnisse der vergangenen Jahre müssen endlich aufgeholt werden. Der LSAP fehlt es an Visionen für eine moderne, zukunftsorientierte medizinische Versorgung, die sich an den Bedürfnissen und Erwartungen der Patienten orientiert. ● Claude Wiseler & Léon Gloden

D'GEDICHT VUN DER WOCH



D'Petite Madame an der Oktav

„Mir musse kënnen optanken“
Pater Theo Klein, Schlussprëssessioun 2022

Jacques Drescher

Et war schéi Wieder an der Stad,
An ech hat mech schéi gemat.
Jonk a frësch, ganz elegant;
D'Stéphanie kourm mat dem Kand.

Krise, Krich bal iwwerall –
Mol keen Index an deem Fall.
E Gebiet fir eis ganz Linn
A géint d'Deierecht vum Bensinn.

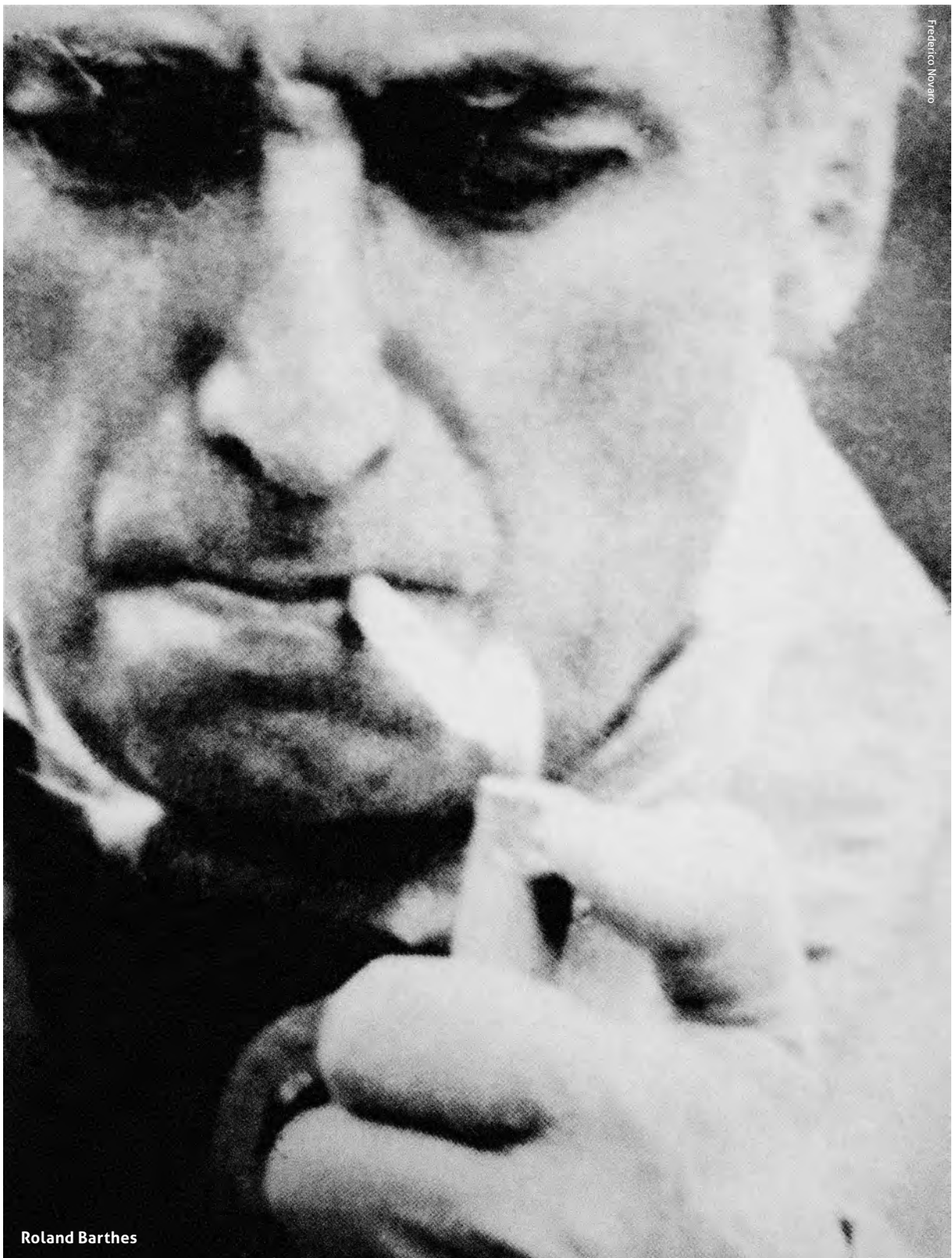
Wéi säi Grousspapp kuckt de Charles
Granzeg dran, et oui, tu parles!
Eis Regierung kritt den Hick,
Well mir hu kee Gazoduc.

„Mir sinn all an engem Boot“,
Huet de Priedeger gesot.
All Famill wunnt an eng Schlass,
Seet dat Märchen aus der Mass.

Mythologies web

Jean-Marie Schaeffer

L'enjeu profond de la guerre en Ukraine est celui de la construction d'un contre-mythe démocratique face à la réactivation de la doctrine stalinienne



En 1957, Roland Barthes publia ce qui aujourd’hui encore demeure son ouvrage le plus célèbre : *Mythologies*. Composé de 36 chroniques (publiées auparavant dans l’hebdomadaire *Le Nouvel Observateur*), le livre illustrait, à travers des cas très divers, en quel sens la civilisation moderne – dans le cas présent la France de la IV^e République – était tout autant saturée de pensée mythique que les sociétés supposément « primitives ». Structuralisme oblige, Barthes donnait (dans le texte conclu- sif du recueil) une définition abstraite, en partie empruntée à l’anthropologie de Lévi-Strauss, de ce qu’il entendait par « mythe ». Des chroniques elles-mêmes on peut tirer une défini- tion moins technique : un mythe est une croyance ou une pratique socialement partagée, à laquelle les sujets adhèrent comme à une « vérité évidente » ou à laquelle ils s’adonnent comme à une activité spontanée et libre, alors qu’il s’agit d’une représentation conventionnelle ou d’une pratique ritualisée, intériorisées socialement. Le mythe rend naturel ce qui est conventionnel : il identifie une façon de représenter la réalité à cette réalité elle-même.

La fonction sociale des mythes

A l’époque où *Mythologies* parut, beaucoup – et Barthes lui-même – pensaient que le mythe était une « idéologie » au sens marxiste du terme, c’est-à-dire qu’il travestissait des rapports de domination de classe (avec la « bourgeoisie » et la « petite bour- geoisie » aux commandes) et était le symptôme d’une société aliénée. Depuis, de l’eau est passée sous les ponts. D’une part, la société communiste censée mettre fin à l’aliénation bourgeoise s’est révélée être, partout où elle a été imposée, un décor en pa- pier mâché maquillant (à peine) de couleurs kitsch un appareil étatique totalitaire et prédateur. D’autre part, si, comme Barthes le suggérait, toute société secrète ses mythes, on doit suppo- ser non seulement qu’ils remplissent des fonctions multiples (même à l’intérieur d’une société donnée), mais encore que leurs effets sont selon les cas, positifs, indifférents ou négatifs pour la société qui les secrète. Donc, bien que du point de vue cognitif un mythe soit toujours une représentation imaginaire qui, à des titres divers, construit le réel qu’il prétend décrire, cela ne signifie pas que, du même coup, il ne peut être que nocif.

Il convient en particulier de distinguer le mythe de la manipu- lation (et donc aussi de la propagande, politique ou autre). Si

le but de toute manipulation et de toute propagande est effec- tivement d’atteindre la puissance d’évidence d’un mythe, c’est un but hors d’atteinte : le mythe fonctionne par auto-persua- sion, alors que la manipulation est imposée de l’extérieur. Elle est d’ailleurs généralement accompagnée de chantages ou de contraintes qui en exposent le caractère factice. Bien entendu, mythe et manipulation cohabitent souvent, mais leur mode de fonctionnement n’est pas le même.

Les mythes étudiés par Barthes étaient colportés par la presse écrite, la radio, la télévision naissante, le cinéma, le théâtre, les industries du divertissement, etc. Marshall McLuhan avait noté, à peu près à la même époque et à propos, plus précisé- ment, de la presse populaire, que celle-ci, considérée in toto, ne livrait pas une vision ou un point de vue uniques, mais mettait en scène la mosaïque de postures de la conscience collective à un moment donné. Ce trait est une caractéristique générale des mythes dans les sociétés modernes : ils sont « décentrali- sés », polyphoniques et en flux permanent.

Mais depuis l’époque de Barthes, le centre de gravité de la « mythogenèse » s’est déplacé des mass-média et industries de divertissement classiques vers des supports digitaux en ligne accessibles sur les réseaux virtuels d’internet. La nature distri- buée (ou polycentrée) de ces réseaux n’a fait qu’accentuer les phénomènes décrits par McLuhan à propos de la presse popu- laire.). S’il est vrai que « le médium est le message », on doit d’attendre à ce que les mythologies répandues par le web soient fort différentes de celles étudiées par Roland Barthes.

Mythologies Web 1.0 et Web 2.0

En 2015, un hebdomadaire français (*Marianne*) publia une série de huit chroniques, dues à divers auteurs, intitulées « My- thologies 2.0 » et qui précisément se proposaient de continuer l’entreprise critique de Barthes à l’époque du web. Le « 2.0 » se référerait à l’Internet de deuxième génération, celui des réseaux sociaux (Facebook, Twitter, Instagram, etc.), des blogs et des plateformes (du genre YouTube). En réalité, Internet 1.0, le web de première génération, celui des sites, des liens hyper- textuels et, surtout, des moteurs de recherche, était déjà une puissante machine à fabriquer des mythes.

Le cas des moteurs de recherche est particulièrement révélateur. Nous avons tendance à croire qu’ils fonctionnent de la même manière que les fichiers d’un catalogue de bibliothèque c’est-à- dire en vertu d’un classement neutre fondé sur l’ordre alphabé- tique combiné éventuellement à des sous-divisions thématiques. Il n’en est rien. Lorsque j’entre une requête dans un moteur de recherche, elle est d’abord, par défaut, décomposée en mots-clefs qui sont traités de manière autonome. Ceci augmente certes le nombre de cibles visées, mais cela dé-spécifie aussi la requête. Et surtout, lorsque le moteur de recherche reçoit les réponses cor- respondant aux différents mots clefs indexés, il les fait passer par un algorithme qui les classe selon la quantité de requêtes passées pointant vers elles et selon mes propres requêtes antérieures. Du même coup, ce sont les réponses qui correspondent le plus près aux intérêts exprimés avant moi par les autres « internautes » ainsi qu’à mes propres intérêts passés qui seront mises en avant. En particulier, les moteurs de recherche ne classent pas les in- formations d’après leur fiabilité. Ils ne discriminent pas entre opinions et connaissances. Un article d’une revue scientifique est traité de la même manière qu’une contribution conspiration- niste. Si le site conspirationniste a bénéficié de plus de clics que le site de la revue scientifique, il sera mis en avant alors que l’ar- ticle scientifique se trouvera relégué dans des pages beaucoup plus rarement consultées.

Internet 2.0 a démultiplié ces biais cognitifs inhérents à Internet 1.0. Il y surajouté d’autres dynamiques « mythogénétiques », in- croyablement plus puissantes. Le principe de fonctionnement des réseaux, et tout particulièrement de Twitter, reprend en effet celui de la rumeur. Comme celle-ci, il fonctionne selon le principe d’une information transmise directement, de manière non filtrée, d’individu à individu. Et on y retrouve les trois pro- cessus de base de la dynamique des rumeurs : la réduction (le message est simplifié au fur et à mesure de ses transmissions interindividuelles), l’accentuation (certains traits sont renfor- cés, d’autres affaiblis) et l’assimilation (les individus s’appropri- ent les messages qui s’accordent avec leurs valeurs, leurs croyances préalables, leurs investissements émotifs). S’y ajoute un puissant effet agrégatif : une chaîne de tweets couronnée de succès se cristallise en une communauté de croyances et de pré- férences fonctionnant selon un principe d’auto-confir- mation et de renforcement circulaire. « Ce que tu crois est vrai parce que je crois la même chose, et ce que je crois est vrai parce que tu crois la même chose » : telle est la dynamique puissante, car régie par la redondance et la tautologie, des mythologies 2.0 et des communautés virtuelles qu’elles génèrent.

Démocratie et réseaux sociaux

Pourtant, évaluer les réseaux sociaux uniquement par rapport au problème des biais cognitifs risque de nous faire oublier leurs potentialités positives, qui sont tout aussi importantes. Par leur caractère ouvert et non hiérarchique ils ont des vertus proprement démocratiques. Cela tient au fait que le mode de

formation des communautés digitales de croyances et de pré- férences est le même que celui du vote démocratique. Les deux sont régis par la mise en concurrence et l’agrégation de choix individuels ayant tous le même poids : « un homme une voix » et « un homme un tweet (ou un *like*) ». La liberté de choix implique bien entendu la liberté d’opinion. Donc pour être opératoires, les deux systèmes présupposent la non-restriction des opinions pouvant légitimement motiver tel choix plutôt que tel autre. Il n’est donc pas non plus étonnant que tous les deux aient à affronter le même dilemme : est-ce que la liberté d’opinion doit valoir aussi pour celles qui visent à la détruire ? Ce qui est certain en tout cas est que, du fait de leur principe de fonctionnement, les réseaux sociaux sont, tout comme le vote libre, incompatibles avec les États non démocratiques. Ainsi, la carte géopolitique de la liberté de vote se superpose-t-elle à celle de l’accessibilité sans limitation à Internet et en particulier aux réseaux sociaux. Et on a vu à de multiples occasions le rôle important joué par les réseaux sociaux dans la formation de communautés démocratiques dissidentes, créant des mythes dissidents, de nature démocratique, s’opposant aux mythes officiels de tel ou tel pouvoir autocratique.

Guerrières Tiktok

Valeria Shashenok, jeune photographe de Tchernigov en Ukraine, possède un compte Tiktok sur lequel, avant l’invasion de l’Ukraine par la Russie, elle racontait visuellement son quo- tidien de jeune femme insoucieuse : sorties avec les amis, shoo- tings de mode, pitreries diverses sur fond musical.... Impertur- bable, elle a continué à tenir son journal filmé après l’invasion. Terrée sous les bombes russes frappant Tchernigov, puis évacuée à Lviv, passée en Pologne, transitant par Berlin, elle a fini par poser ses valises à Milan où elle a été recueillie par une famille locale. Ses miniatures vidéos – scénettes de sa vie personnelle, impressions visuelles, souvenirs des rencontres importantes que lui vaut sa récente notoriété Tiktok (entretien avec la *BBC* et avec le maire de Milan), réflexions sur son sort d’exilée – ont gardé la même forme qu’avant, car Tiktok impose sa forme fixe de haïku-vidéo à tous les contenus, à l’instar des formes fixes de la poésie classique. Mais ce qui, au départ, était le journal insou- ciant d’une jeune femme heureuse s’est mué en journal de guerre et d’exil. Quant au nombre d’abonnés à son compte, il n’a cessé de croître au fil des semaines. Aux dernières nouvelles ses posts étaient suivis par plus de 600 000 personnes, et une de ses vidéos mises en ligne a été vue soixante millions de fois.

Valeria Shashenok n’est pas seule. Des dizaines de milliers d’autres comptes Tiktok, Instagram, Facebook ou Twitter, dé- tenus par des Ukrainiens et des Ukrainiennes, majoritairement jeunes, ont acquis des audiences internationales (à l’exception de la Russie, où les réseaux sociaux « non nationaux » soit ont été interdits, soit se sont sabordés eux-mêmes). D’autres pu- blient leurs journaux intimes sur des sites internet, telle l’artiste et écrivaine réputée, Yevgenia Belorusets dont le journal *Kyiv. The War Diary* était publié, au jour le jour, sur le site de l’édi- teur américain Isolarii. L’agrégation de toutes ces voix et visions singulières a donné naissance à un journal intime collectif et polyphonique, un kaléidoscope de perspectives individuelles et singulières montrant concrètement ce que « ça fait » de vivre en situation de guerre dans un pays envahi.

L'échec de la stratégie Guerassimov

Parmi les multiples faiblesses de la Russie dans la guerre qu’elle mène contre l’Ukraine, celle qui a le plus étonné les journa- listes et experts militaires étrangers concerne le domaine de la guerre cybernétique. Depuis des années, les experts occiden- taux n’avaient cessé de lancer des avertissements concernant l’avance (supposée) prise par la Russie dans la guerre cyberné- tique, grâce à la « stratégie Guerassimov », que son inventeur (supposé), l’actuel chef d’état-major des armées russes Valeri Guerassimov, avait résumé comme suit en 2013 : « Le focus des méthodes de combat utilisées lors des conflits modernes s’est orienté vers l’emploi généralisé de mesures politiques, écono- miques, informationnelles, humanitaires et autres, appliquées en synergie avec le potentiel contestataire de la population. Tout cela est complété avec l’utilisation secrète des forces spé- ciales, y compris l’exécution d’opérations d’information. L’uti- lisation ouverte de la force armée – souvent en guise de maintien de la paix ou de gestion de crise – se limite au stade final, essen- tiellement pour la consolidation du succès final dans le conflit. » (*Military-Industrial Courier*, 27 février 2013.) Aussi, lorsque la Russie déclencha la guerre en Ukraine, nous prédit-on des tornades cybernétiques de la part des hackers d’État qui allaient dévaster les systèmes de communication et les centres de com- mandement militaires, politiques et économiques de l’Ukraine, ou encore la paralysie complète du réseau internet ukrainien grâce à des techniques d’*overflow* des adresses IP des sites web et, bien sûr, le déferlement massif sur les réseaux sociaux de *fake news*, de *deep fakes* et d’opérations de manipulation de tout ordre mises en œuvre par les fermes de trolls et de bots.

Et effectivement, il y eut, et il y a encore au moment où j’écris ces lignes, de multiples tentatives de *hacking*, d’innombrables *false flags* et fausses annonces, ainsi que foison de fake news et même au moins un *deep fake* (le Président Zelensky annon- çant la reddition des troupes ukrainiennes). Mais à ce jour,

toutes ces tentatives ont fini par faire pschitt, en partie sans doute parce que les compétences de l'armée ukrainienne, formée depuis 2016 par les Américains entre autres dans la guerre électronique et cybernétique, n'ont plus rien à envier à celles de l'armée russe.

Aussi, au lieu de mener une guerre cybernétique raffinée, l'armée russe a-t-elle déployé une stratégie de rouleau compresseur « à l'ancienne ». Elle a noyé l'Ukraine sous un déluge de missiles et de bombes visant de façon indiscriminée installations militaires et logements civils, elle a assiégé et affamé les villes, mettant en œuvre la même stratégie de la terreur que celle utilisée en Afghanistan, à Grozny et à Alep.

Communication top-down vs communication bottom-up

Pourquoi en est-il ainsi ? Il faut rappeler d'abord que l'exposé de Guerassimov ne visait pas tant à inventer une nouvelle stratégie russe qu'à décrire les caractéristiques des « révolutions de couleur » (le printemps arabe, mais aussi le Maidan ukrainien) téléguidées, selon la Russie, par l'Occident. Le message de Guerassimov était que la Russie devait s'adapter à son tour à cette nouvelle façon de faire la guerre. Il s'agissait notamment de remplacer la propagande à la soviétique par des manipulations plus raffinées, donc moins facilement reconnaissables comme telles. Des tentatives dans cette direction eurent lieu notamment lors de la campagne du Brexit au Royaume-Uni, lors de la campagne présidentielle américaine en 2016, et, bien entendu, dès 2014 en Ukraine. Pourtant si les

Une communauté d'opinions et de valeurs qui se forme par agrégation bottom-up court toujours le risque d'être volatile

effets de ces campagnes de manipulation ne furent pas nuls, ils ne furent jamais décisifs. Et dans le cas de l'invasion de l'Ukraine, on observe des campagnes du même type dans les médias sociaux. Mais l'échec est, à ce jour du moins, patent : en Europe, l'hameçonnage n'a été couronné de succès qu'auprès des communautés complotistes antivax, donc auprès de ceux qui avaient déjà été hameçonnés par les campagnes de désinformation russes à propos de la politique sanitaire anti-Covid, une communauté qui certes s'agite beaucoup (donc « poste » beaucoup), mais dont l'influence réelle a toujours été et est encore aujourd'hui très faible. En fait, depuis le début du conflit, la supériorité des Ukrainiens sur les Russes dans la stratégie de mobilisation des réseaux sociaux est indéniable.

Cela n'est pas étonnant. Même si un régime autocratique peut réussir à manipuler certaines sous-communautés digitales particulièrement fermées sur elles-mêmes (ce qui est le cas des cercles complotistes), l'« anarchie » (au sens étymologique du terme de « ce qui est sans commandement ») constitutive des opinions, des croyances et des valeurs, qui est indissociable des réseaux sociaux et d'Internet en général, rend inopérante toute tentative d'endoctrinement au sens

propre du terme. Or, l'endoctrinement est indissociable de toute communication autocratique. Dans un régime autocratique, la construction des communautés de croyances et de valeurs est toujours *top-down* (par imposition), alors que, du fait de la structure foncièrement horizontale des réseaux digitaux, la formation des communautés digitales résulte toujours d'un processus *bottom-up* (par agrégation). Pour garantir la survie du modèle communicationnel autocratique, la seule voie possible est celle de la suppression de tout message « déviant », dans les médias traditionnels mais aussi dans le cyber-espace. Mais ce dernier est structurellement un réseau communicationnel mondialisé et ouvert, donc incontrôlable. Pour contrôler l'opinion russe, Poutine a dû couper la Russie des réseaux de communication mondiaux, et notamment des réseaux sociaux. Mais cela revenait à vendre la mèche aboutissant à une disqualification de toutes les tentatives d'intervention sur ces mêmes réseaux à l'international.

Naissance d'un contre-mythe démocratique ?

L'Ukraine adopta d'entrée de jeu la stratégie inverse d'une communication tous azimuts. Dès le premier jour de la

guerre, le Président Zelensky fit une déclaration sur Zoom, qui fut immédiatement répercutée par tous les réseaux sociaux en Ukraine et à l'étranger. À partir de ce moment, l'Ukraine mit en place une stratégie de présence régulière sur toutes les plateformes communicationnelles disponibles. Les autorités ukrainiennes s'y engagèrent à tous les échelons (nationaux, provinciaux, municipaux) et dans tous les secteurs (militaire, diplomatique, intérieur, culture, etc.), s'adressant publiquement non seulement aux citoyens ukrainiens, mais aussi aux chefs d'État et parlements étrangers, et, par-dessus la tête des pouvoirs politiques, directement à l'opinion publique internationale. Prenant le monde entier à témoin, cette stratégie de communication mit en quelque sorte chacun devant ses responsabilités.

Ayant fait le choix de la démocratie, même en temps de guerre, les autorités ukrainiennes eurent aussi l'intelligence de comprendre que malgré le risque de voir les réseaux sociaux parasités par des opérations de désinformation menées par les Russes, il fallait tout faire pour continuer à en assurer l'accès aux Ukrainiens (quitte à devoir neutraliser quelques fermes de trolls et de bots installés sur le territoire ukrainien par les Russes). Il s'en est suivie une synergie extrêmement puissante entre la communication officielle (toujours susceptible d'être soupçonnée d'être de la propagande) et la communication interpersonnelle directe assurée par la présence massive des Ukrainien(ne)s sur les réseaux sociaux. Chaque message Tiktok, chaque tweet etc., posté par une victime ou un témoin direct de la violence de la guerre, agit comme une expression directe, inscrite dans le regard et la voix de celle ou de celui qui témoigne, des souffrances de la guerre. Puissants opérateurs d'empathie, les réseaux sociaux non seulement valident la sincérité des messages officiels, mais les relaient en leur donnant un contenu humain concret qui parle à tout un chacun.

Le contraste entre le désespoir, la sincérité, mais aussi la résilience et parfois la rage froide, des innombrables Valeria Shashenok se filmant dans les rues de leur quartier ou de leur village en ruine et le visage momifié de Vladimir Poutine proférant des contrevérités cyniques et des menaces dans le vide de son palais déserté, est dévastateur pour la crédibilité du pouvoir russe. Il révèle que l'enjeu profond de cette guerre est celui de la construction d'un contre-mythe démocratique face à la réactivation cynique de la doctrine stalinienne de la « grande guerre patriotique contre les envahisseurs nazis », utilisé par le « Père des peuples » pour cacher les exactions de son propre régime.

Un « caveat » reste pourtant de mise. Une communauté d'opinions et de valeurs qui se forme par agrégation bottom-up court toujours le risque d'être volatile. C'est le cas surtout lorsqu'elle est majoritaire (les communautés minoritaires sont généralement plus stables), ce qui est le cas ici. Seul l'avenir nous dira si l'élan actuel réussira à s'installer dans la durée ou n'aura été qu'un feu de paille. ●

Né en 1952 au Luxembourg où il passa son bac à l'Athénée, Jean-Marie Schaeffer est spécialiste d'esthétique philosophique et de théorie des arts. Il est directeur de recherche émérite au CNRS et directeur d'études à l'EHESS



Le président de l'Ukraine, Volodymyr Zelensky, s'adresse aux invités du Festival de Cannes, le 17 mai 2022



Vladimir Poutine préside une réunion du Conseil de sécurité depuis sa résidence officielle, le 20 mai 2022



EXPOSITION

Donner de la voix

D'après une étude sur le racisme menée en 2019 par l'Agence des droits fondamentaux de l'Union Européenne, le Luxembourg ferait partie des plus mauvais élèves. Avec des statistiques édifiantes en matière de discrimination : sept personnes sur dix disent avoir subi au moins un acte de discrimination au Luxembourg au cours des cinq dernières années, contre quatre sur dix en moyenne dans l'UE – le pire score de l'UE. Depuis, le travail d'associations comme Lëtz Rise Up (lire ci-dessous) pousse à prendre conscience du phénomène et à y apporter des réponses. La plateforme numérique soutenue par l'Œuvre Grande-Duchesse Charlotte, Cliché (le nom jouant sur l'idée de poncif autant que celle de photographie) propose quant à elle des outils pédagogiques et artistiques pour amener la réflexion sur les

migrations, les stéréotypes et le vivre-ensemble. Martine Pinnel, photographe luxembourgeoise passée de l'industrie de la mode à des projets portant des regards critiques sur la société, a justement obtenu une bourse de Cliché pour son projet Voices. Elle a travaillé avec Georges Goerens (alias Bartleby Delicate), auteur-compositeur-interprète et véritable touche-à-tout, pour donner une voix et une image aux personnes victimes de racisme que les deux artistes ont interrogées pour mettre leur témoignage en lumière. Ce projet, mêlant son et image, entend rendre visibles les personnes dites « de couleur » et leur donner la parole. L'exposition est inaugurée le 1^{er} juin au Centre des Arts Pluriels Ettelbruck, qui renoue ainsi avec les arts visuels (photo : Sven Becker), et dure jusqu'au 22 juin. [fc](#)

14

KULTUR

Land

27.05.2022

ATELIERS

CEPArti !

Depuis que tous les musées ont développé des ateliers divers et variés, l'offre de formations artistiques s'est développée et diversifiée. Le Centre pour la Promotion des Arts (CEPA) n'a pas attendu cette tendance puisque sa « Summerakademie » a dépassé la quarantième édition. Au fil des années, beaucoup de choses ont changé dans la durée, les lieux et la variété des cours, mais il reste un engagement à faire découvrir les arts sans cloisonnement entre les pratiques plus ou moins nobles ou plus ou moins à la mode. Cette année, les cours et workshops pour tous les âges sont proposés du 18 au 29 juillet. Ceux-ci se dérouleront dans trois lieux différents : au Carré à Hollerich, mais aussi au VeWa à Dudelange et à l'atelier Schleich-Lentz au Limpertsberg, équipé pour la céramique. Les cours invitent ainsi les plus jeunes à essayer le « Watercoloring », interprétation moderne de la

peinture à l'aquarelle, le dessin manga ou encore l'acrylique ou la poésie. Dessin d'humour, musique, photographie ou dessin de nu sont proposés en fin de journée. Enfin, les intéressés de plus de seize ans pourront, à l'issu d'un workshop d'une semaine, créer leurs propres parfums ou s'initier à la peinture à l'huile. Informations et réservation sur [cepa.lu](#). [ylb](#)

DOCUMENTAIRES



La Glaneuse rencontre La Rêveuse

La manière dont les artistes créent leurs œuvres reste souvent un mystère pour les spectateurs. D'où viennent les idées ? Pourquoi les exprimer par tel ou tel moyen ? Quand est-ce que l'œuvre est considérée comme achevée ? Certains artistes arrivent à décrire leur processus créatif, d'autres n'ont pas forcément les mots pour en parler. Pour tenter de percer ce mystère, Marie-Laure Rolland, journaliste culturelle qui a fait de son blog *La Glaneuse* une référence pour la danse, a suivi la danseuse et chorégraphe Anne-Mareike Hess dans la création de son nouveau solo. « C'est une

artiste que je connais depuis longtemps et je me suis toujours demandée pourquoi son travail me touche, me bouscule autant », s'interroge-t-elle. Plutôt que d'utiliser l'écriture, la journaliste s'est lancée dans la réalisation d'un documentaire avec Bohumil Kostohryz (photo), qui photographie très régulièrement les spectacles de danse et de théâtre. Pendant deux ans (reports dus au Covid obligent), ils ont accompagné pas à pas les étapes de la création, jusqu'à la naissance du personnage du *Dreamer - La Rêveuse*. La pièce a été jouée en décembre 2021 (Anina Valle Thiele en a fait une critique dans *Land* 24.12.2021). Le film *Anne-Mareike Hess, Le corps en état d'urgence* sera présenté pour la première fois le 31 mai à 19h à Neimënster. [fc](#)

Bulgarien, 1944

Am Mittwoch (1. Juni) veranstaltet die Vereinigung Open Screen im Rahmen ihrer Doc & Talk-Reihe um 19.30 Uhr einen Abend im Ciné Le Paris in Bettemburg. Im Mittelpunkt steht der Dokumentarfilm *Occupation or Liberation* von Prof. Evelina Kelbecheva und Svetoslav Ovcharov. Anhand von zahlreichen Dokumenten versuchen die Autorinnen zu belegen, dass Bulgarien 1944 von der sowjetischen Roten Armee besetzt wurde und widersprechen damit der gängigen Erzählung, die russischen Soldaten hätten das Land befreit. Im Anschluss an die Vorführung werden Evelina Kelbecheva, Historikerin an der American University in Bulgarien, und Machteld Venken, Historikerin am

Centre for Contemporary and Digital History der Universität Luxemburg, gemeinsam über den Dokumentarfilm diskutieren. [ll](#)

EXPORT

Les graveurs à Prague

Fondé en 1994 sur l'initiative de Bo Halbirk, graveur et peintre danois, l'atelier Empreinte a continué à développer son activité de gravure et d'impression au Luxembourg autour d'un lieu de rencontre et de création. Passé de treize à une quarantaine de membres, le collectif organise régulièrement des expositions. Il a toujours accordé une grande importance aux échanges avec d'autres graveurs à l'étranger. 19 de ces graveurs du Luxembourg exposent à la prestigieuse galerie Hollar à Prague, du 26 mai au 26 juin. Hollar, c'est une association d'artistes graphiques tchèques qui existe depuis 1917 et qui réalise une douzaine d'expositions par an. Le sous-titre, *Luxováni*, signifie « l'aspiration » en tchèque. Le commissaire de l'exposition, Martin Velišek, explique qu'il aurait « aspiré » des fragments d'œuvres luxembourgeoises lors de ses visites, ajoutant que le mot n'est, bien sûr, pas sans rappeler la consonance avec « Luxembourg ». Le curateur affirme qu'il s'agit d'une « conversation avec les artistes du Grand Duché, avec lequel nous partageons un passé commun glorieux » et a finalement choisi *Made in Luxembourg* pour le titre de l'exposition qui, sans

doute, marquera Prague de son empreinte. [ylb](#)

FESTIVAL

Le poing levé

S'il n'est pas souvent franchement affiché, le racisme subsiste au Luxembourg, notamment à travers des préjugés et différence de traitement auxquels les personnes afro-descendantes continuent de faire face. L'association antiraciste et féministe Lëtz Rise Up lutte contre toute forme de discrimination à travers des formations, des revendications, des publications ou des expositions. Ce travail concerne aussi les jeunes qui subissent le racisme, que ce soit par leur invisibilité dans la sphère politique, les refus professionnels non qualifiés. Les 3 et 4 juin les Rotondes accueillent le *Youth Rising Festival*, premier du genre, dédié à cette jeunesse et aux cultures afro-caribéennes. En ouverture, l'expérience théâtrale *Le Sbeul* (littéralement, le désordre, le bordel), mis en scène par Jonathan Moncef



Kibani Boussaleh, invite à une réflexion autour de la présence des personnes racisées dans les sociétés occidentales. Le samedi, des ateliers autour de l'afrodance, du rap ou encore du cheveu afro, questionneront notre perception de l'Afrique. Enfin, le festival se clôturera par un concert du chanteur parisien Edgar Sekloka (photo : Hashka), ancien acolyte de Gaël Faye qui propose une synthèse réussie entre rap et chanson. [fc](#)

POLITIQUE

L'avenir des bibliothèques

Le ministère de la Culture a fait ses devoirs et constaté qu'une des cases promise par l'accord de coalition n'avait pas été remplie : « La loi sur les bibliothèques doit être soumise à une analyse critique et être remaniée le cas échéant, notamment en vue d'une simplification administrative ». Cet article émanait d'une demande du DP qui, à l'époque du vote de la loi de 2010, avait émis plusieurs critiques par les voix d'Anne Brasseur et de Gusty Graas (qui est président de l'Union luxembourgeoise des bibliothèques publiques). Cette loi a par ailleurs été critiquée par l'Association luxembourgeoise des bibliothécaires, archivistes et documentalistes (Albad) pour ses aspects normatifs et « autoritaires », selon les mots de Jean-Marie Reding, son vice-président (et collaborateur ponctuel du *Land*). « Plusieurs articles de la loi et du règlement

grand-ducal qui l'accompagne imposent des choix aux bibliothèques communales que ce soit sur ses horaires d'ouverture, en obligeant à être membre du réseau national des bibliothèques luxembourgeoises coordonné par la Bibliothèque nationale (ce qui implique l'usage d'un certain logiciel) ou par l'accès à certains sites », explique-t-il cette semaine au *Land*. Il considère que la loi ne remplit pas les objectifs de développement quantitatif et qualitatif des bibliothèques de lecture publique, mais « fige ce qui existait déjà ».

Le ministère de la culture lance un processus de consultation publique auprès du secteur des bibliothèques et des acteurs concernés (communes d'implantation, fédérations, associations, réseaux de lecteurs/lectrices...). L'objectif est de récolter les expériences vécues, les limites constatées, mais aussi des idées pour améliorer l'accessibilité et favoriser le développement des bibliothèques de lecture publique. Les avis doivent parvenir à [consultation-bibliotheques@mc.etat.lu](#) avant le 15 juillet. « Les remarques les plus importantes avaient déjà été faites en 2009 dans les avis au projet de loi, nous allons les reprendre », annonce Jean-Marie Reding qui voit dans la fondation suisse Bibliomedia un modèle qui pourrait être appliqué au Luxembourg : un organisme national qui aide et soutient les bibliothèques locales en argent, en livres et supports multimédias et en support technique. « On n'a pas vraiment besoin d'une loi pour ça ». [fc](#)

Tablo

THÉÂTRE

Tourner en rond

Godefroy Gordet

Le théâtre vient d'une idée, ici, « l'urgence de vivre », et surtout avoir le temps de penser à cette « urgence ». Une auteure s'empare ensuite de l'idée maîtresse, ici, Marilyn Mattei. Une metteuse en scène vient la poser au plateau, ici, Julia Vidit au Théâtre du Centaure. Puis, un comédien et des comédiennes font entendre, voir et vivre l'idée mise en dramaturgie, ici, Amandine Audinot, Anne Brionne et Hassam Ghancy. *Pour quoi faire ?* résume bien l'acte des textes dont dits et entendus d'Avignon à Prague, en passant par Montréal. Ses intérêts d'écriture oscillent entre des textes à destination des adolescents, la question de la radicalisation, et tirent jusqu'à des thématiques philosophiques, comme ce qu'elle partage ici dans ce texte présenté au Centaure. Auteure associée du CDN de la Manufacture à Nancy, c'est dans ce cadre qu'elle écrit *Pour quoi faire ?*, « un texte construit à partir de témoignages d'habitants de la ville de Pagny-sur Moselle interrogeant leur rapport au temps et plus spécifiquement au temps libre ».

Marilyn Mattei connaît un parcours exemplaire en tant que dramaturge et écrivaine de la scène. Sortie de la section « écrivain-dramaturge » de l'ENSATT (École nationale supérieure des arts et techniques du théâtre, anciennement « Rue Blanche »), entre bourses et opportunités de mises en espace de ses textes, elle évolue dans un monde où ses textes sont dits et entendus d'Avignon à Prague, en passant par Montréal. Ses intérêts d'écriture oscillent entre des textes à destination des adolescents, la question de la radicalisation, et tirent jusqu'à des thématiques philosophiques, comme ce qu'elle partage ici dans ce texte présenté au Centaure. Auteure associée du CDN de la Manufacture à Nancy, c'est dans ce cadre qu'elle écrit *Pour quoi faire ?*, « un texte construit à partir de témoignages d'habitants de la ville de Pagny-sur Moselle interrogeant leur rapport au temps et plus spécifiquement au temps libre ».

Voilà une thématique bougrement intéressante, même si dans le traitement en scène *Pour quoi faire ?* ressemble plus à une critique boulevardier-cynique de notre société qu'un plus vaste débat de fond sur « le temps libre ». Nombre d'éminents penseurs se sont lancés dans des réflexions autour de notre gestion du temps. Bertrand Russell, par exemple, en 1932 cherchait déjà un équilibre plus juste entre travail et loisirs dans *Éloge de l'Oisiveté*, suivant Paul Lafargue, et son ouvrage *Le Droit à la paresse* (1880), ou encore Samuel Johnson, et ses 103 essais regroupés dans la série au titre évocateur *The Idler* (1758-1760).

Les liens vers une pratique de cette « utile et constructive oisiveté » se tissent évidemment chez Mattei. Dans son récit théâtral, l'auteure fustige les parents bourreaux de travail, la gamine livreuse à vélo obnubilée par une volonté de battre le temps pour le dominer, quand le seul qu'on ne verra jamais, Antoine, l'adolescent du couple, lui, s'enferme dans sa chambre pour « penser le futur ». La livreuse le décrira comme végétant devant l'aquarium, hypnotisé par les nages des poissons et leur rythme finalement sans nul doute bien plus en phase avec ce que nous sommes.

Et tout est là sans que de prime abord on l'entende. Mais en y réfléchissant, le héros de cette pièce, c'est Antoine. Ce jeune « immature », car porté ni par le travail, ni par de quelconques ambitions, mais plutôt par un vrai besoin de temps, celui qu'il consacre à une longue réflexion humaniste. Antoine est un véritable sage, à l'image de la Rome antique, où le « rien faire », chez les intellectuels de cette société si proche de la nôtre – et à la fois si loin –,



Un trio d'acteurs disponibles et engagés



Vue de l'exposition

Quatre expressions différentes pourraient faire croire que le regard du visiteur va être confronté à diverses expressions. Elles le sont. Mais une unité – ou des *Dialogues* comme s'appelle l'exposition – émane des œuvres présentées, sereines.

Le propos n'en est pas pour autant sans revisiter un passé douloureux. Ainsi des deux toiles de Eddy Kamuanga. *Attitude et Pose*. Depuis sa première exposition solo à Londres en 2016, l'artiste est exposé et collectionné un peu partout dans le monde. Ses huiles et acryliques sur toile s'emparent d'un sujet terrible : les fermes chapelles. Né en 1991 à Kinshasa où il vit et travaille, Eddy Kamianga montre l'histoire des enfants enlevés à leurs familles.

Trois éléments pointent directement ce rapt des origines : une statuette africaine dans l'un des tableaux, un fauteuil colonial dans l'autre et l'encensoir de la messe dans les deux. Pour le reste, les personnages à qui on a fait oublier leurs racines culturelles, sont représentés sous formes de silhouettes mécaniques, le corps recouvert de circuits électroniques. Au-delà de cette robotique, on ne se hasarderait pas à interpréter les vêtements à carreaux écossais, sinon qu'il s'agit d'une uniformisation.

Des artistes congolais s'approprient l'art occidental pour inventer un art africain contemporain

Devenir un et multiple, tel est le propos bien différent de Gosette Lubondo. La photographe et autant de répliques d'elle-même, vêtues de la même robe blanche, bouquet de fleurs à la main, cérémonieuse, sinon cérémoniale, pose dans une série de sept photos prises dans les ruines du palais luxueux que le dictateur Sese Seko Mobutu s'était fait édifier dans son village natal. La statuette verticale de son corps devient la nouvelle structure de cet édifice aux formes à la géométrie de tradition occidentale.

L'Occident encore, et sa tradition du portrait de la noblesse, sert de point de départ aux trois compositions que présente Vitshois Mwilambwe Bondo. La pose des personnages est hiératique dans *Queen nanny*, *The African Princess* et *The power*, même si concernant ce dernier, on peut se demander s'il ne s'agit pas du fou qui pouvait déranger l'ordre de la hiérarchie. Les personnages sont contraints par les vêtements Grand Siècle. Mais, sur un fond acrylique bleu roi uniforme, les silhouettes des corps et des vêtements sont entièrement composés de collages chatoyants, mouvants. La mixité de son talent, Vitshois Mwilambwe Bondo l'a acquise à Kinshasa où il est né en 1981, puis a fréquenté l'École des Arts décoratifs de Strasbourg et la Rijksakademie van Beeldende Kunsten à Amsterdam.

Alexis Peskine propose des portraits comme des photographies anciennes dans des ovales ou des cercles. Mais ne nous y trompons pas. Alexis Peskine, le seul des artistes de *Dialogues* né hors de l'Afrique, à Paris en 1979, pratique sans doute des quatre artistes, le plus ancestral des arts africains avec *Assiè Fian*, *Dou Ebi* et *Mwasi Na* : le fond est en bois teint au café et les clous qui dessinent le relief des visages et des chevelures, viennent de la tradition ancestrale des fétiches à clous du bassin du fleuve Congo. ● Marianne Brausch

L'exposition *Dialogues*. Alexis Peskine, Eddy Kamuanga, Vitshois Mwilambwe Bondo et Gosette Lubondo, est à voir à la galerie Zidou Bossuyt jusqu'au 4 juin prochain. 6 rue Saint-Ulrich à Luxembourg-ville

FILM MADE IN LUXEMBOURG

Pain de larmes et joie de vivre

Pablo Chimienti

Après *Solas* (1999), *Habana Blues* (2005), *La voz dormida* (2011) et *Intemperie* (2019), Benito Zambrano est de retour en salle avec *Pan de limón con semillas de amapola*, traduit pour le marché international en *Lemon and Poppy Seed Cake*. Un film coproduit au Luxembourg Deal Productions qui sort en salle le 1^{er} juin. Le film suit Marina, une Espagnole dans la quarantaine, aussi brillante qu'anti-conformiste. Une femme à la fois forte et froide qui traîne un bagage un peu plus lourd que la moyenne. Au point qu'elle n'a plus vu sa sœur, Anna, depuis quatorze ans et qu'elle repousse de manière régulière les propositions de mariage de son compagnon, Mathias. Installée au Sénégal, où elle est gynécologue dans un centre pour femmes sans ressource, elle doit se résoudre à rentrer chez elle, dans un petit bourg sur l'île de Majorque, pour une histoire de famille. Un héritage inattendu de la part d'une inconnue qui fait d'Anna et de Marina, les nouvelles propriétaires de la boulangerie du village.

Une fois sur place, c'est un jeu de pistes étonnant qui commence. Alors qu'Anna a besoin de l'argent pour rattraper la mauvaise passe financière son mari, Marina a surtout besoin de comprendre. Qui est donc cette femme qui leur a laissé cet héritage ? Qu'est-ce qui

la lie à elles ? Ce retour à la maison est l'occasion de rebâtir des ponts, se rapprocher de sa sœur et de faire la connaissance de sa nièce adolescente et rebelle. Ce qui l'amène à prolonger le séjour. Seule ombre au tableau ; juste avant de rentrer, elle mis au monde une petite fille dont la mère est morte à la maternité. Marina s'est prise d'affection pour le bébé au point de décider de l'adopter. Pour cela, elle va devoir doit retourner au Sénégal et épouser Mathias au plus vite, selon les lois sénégalaises.

Commence alors un va-et-vient de sentiments contradictoires que Marina va devoir gérer au mieux, avec l'aide de ses anciens collègues et de la responsable de l'orphelinat au Sénégal et le soutien de sa sœur, de sa nièce et de sa pétulante logeuse. Ce n'est que grâce aux conseils de cette dernière que Marina arrivera peu à peu à se faire accepter par la taciturne et irascible Catalina, l'unique employée de la boulangerie et visiblement la seule à avoir les réponses aux questions des deux sœurs.

Un grain de sable qui vient perturber un destin tout tracé est un classique du cinéma et de la littérature. *Pan de limón con semillas*

de amapola est d'ailleurs l'adaptation ciné du best-seller de Cristina Campos. Que les changements apportés par ce grain de sable, améliorent finalement la vie est tout aussi classique. Et les récits qui prônent un retour aux sources, à des valeurs simples – comme celle de la fabrication du pain – sont légions. Le film n'a donc pas grand-chose de révolutionnaire ou d'innovant. On est dans un cinéma, on ne peut plus académique. Mais tout est bien fait ! Du casting – très majoritairement féminin – au mixage en passant par la photographie, le cadre, le rythme et, bien sûr, le récit, le film accroche le spectateur et ne le lâche pas une seconde. Le réalisateur distille avec pertinence de petites gouttelettes d'information qui font avancer le récit vers sa fin au goût doux-amer. À la fois incroyablement tire-larmes et terriblement feel-good !

Tourné en Espagne avec une équipe principalement espagnole, le film a été coproduit par le Luxembourg. « L'histoire nous a beaucoup plu », explique la coproductrice grand-ducale Alexandra Hoesdorff. Elle poursuit : « On a aimé que ce soit basé sur un best-seller, que ça se déroule en Espagne, un pays avec lequel nous n'avions jamais travaillé et puis que ce soit une histoire de famille et une histoire de femmes. Les histoires de femmes, et surtout les histoires de femmes de cet âge sont assez rares », insiste-t-elle.

Ce film colle à merveille à cette définition. Le Luxembourg a ainsi apporté au film ses compétences au niveau du maquillage (Jasmine Schmit), des costumes (Magdalena Marczyńska), des effets spéciaux (Raoul Nadalet) et de la post-production en général (Espera et Philophon) ; mais le public pourra également y entendre quelques mots dans la langue de Dicks. Le personnage de Mathias – qui s'exprime principalement en anglais – est en effet interprété par le comédien luxembourgeois Tommy Schlesser. « Mathias était dès le départ prévu comme un personnage étranger, reprend Alexandra Hoesdorff. Le réalisateur cherchait un personnage qui change du type espagnol habituel. Il voulait quelqu'un de grand, blond. On a proposé quelques comédiens et il a été rapidement clair que Tommy était fait pour le rôle ». Un rôle secondaire, certes, mais en même temps central dans ce film à l'histoire aussi belle que l'amour que se portent Marina et Mathias. Un amour fort et enveloppant, mais qui n'évite pas quelques soubresauts de la vie. ●



Tommy Schlesser, un des rares hommes dans le film

CINÉMASTEAK

Enfumage indien

Après trois films dont les histoires évoluaient dans le passé, Jane Campion revient à un sujet contemporain avec *Holy Smoke!* (1999), qui interroge la quête d'absolu qui anime si souvent la jeunesse des pays néocapitalistes. Écrit par la cinéaste et sa sœur, Anna Campion, le scénario s'inspire du récit autobiographique de Christopher Isherwood (1904-1986), *My Guru and his Disciple* (1980), dans lequel l'écrivain britannique évoque la relation spirituelle qu'il a établi avec Swami Prabhavananda, qui dirigeait à Hollywood un centre consacré à l'étude et à la pratique de la philosophie hindoue. Un cheminement qui conduira le romancier jusqu'en Inde, où il songe alors à épouser la carrière de moine. Avant de finalement y renoncer, celui-ci ne parvenant pas à se défaire des plaisirs qu'offre la sexualité.

À la différence du livre d'Isherwood, le long-métrage de Campion débute d'emblée par le voyage initiatique de Ruth Barron (Kate Winslet), une jeune femme qui, comme tant d'Australiennes de sa génération, entreprend son « backpacking cheap to India », à la découverte d'une culture nouvelle. Sur place, Ruth intègre l'ashram du gourou Baba, dont elle est vite sous l'emprise. L'affinité de Campion pour ce sujet s'explique aisément. Celle-ci a tout d'abord suivi une formation en anthropologie à la Victoria University de Wellington, où elle s'est notamment passionnée pour les travaux de Claude Levi-Strauss et de Marcel Mauss. La cinéaste s'est également rendue en Inde à plusieurs reprises. On sait également que certains de ses amis sont devenus des disciples de Raj Neesh, dont l'ashram était alors célèbre aux États-Unis. Jusqu'au jour où celui-ci a fermé ses portes suite à des accusations de meurtres et à des problèmes de corruption...



Une relation tumultueuse entre Harvey Keitel et Kate Winslet

Pareilles péripéties permettent de comprendre pourquoi la cinéaste n'a en rien idéalisé la quête menée par sa protagoniste. Bien au contraire, c'est cette voie spirituelle, faite de contradictions, de doutes et parfois même de désillusions, qu'elle souhaite scruter : « Ce qui m'intéressait, déclare-t-elle à Michel Ciment, c'était comment on construit ses croyances, comment elles changent, et aussi la manière dont les gens font un 'saut' quand ils tombent amoureux ou embrassent une religion. Il y a aussi cette idée – communément partagée – que les valeurs de notre société sont les seules qui comptent, alors qu'en fait tout est relatif. »

Sujet à un ethnocentrisme très occidental, la famille de Ruth, qui croit leur fille en danger parce que celle-ci a adopté des mœurs différentes, la fait rapatrier d'urgence en Australie. Avant de la confier – lumineuse idée, ou plutôt idée d'illuminés ! – aux mains de PJ Waters, un « désensorceleur » machiste interprété par Harvey Keitel. Isolés dans une ferme située à Halfway Hut, le berceau spirituel de l'Australie, PJ et Ruth vont lutter pendant trois jours l'un contre l'autre, y compris sur le plan sexuel. Lors d'une dernière soirée ayant valeur d'exutoire, Ruth se révèle contre toute attente l'ange exterminateur de PJ. Une fête au cours de laquelle s'exerce un improbable renversement du masculin et du féminin, comme l'affectionne tant Jane Campion depuis *La Leçon de piano* (1993), avant que tous deux s'ouvrent à un amour parfaitement épistolaire. Ce récit au déroulement continuellement bizarre, dans la lignée de l'imprévisible *Sweetie* (1989), nous amène à nous demander si les deux frangines Campion n'auraient pas fumé un peu trop d'Indica. ● Loïc Millot

Holy Smoke! de Jane Campion, (1999, Australie-États-Unis), vostf, 114', est présenté mercredi 1^{er} juin à 18h30 à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg

THÉÂTRE

Zerrissene Existenz

Anina Valle Thiele

Mit *Poupette* présente Marie Jung auf der Bühne des TNL ihren ersten Bühnentext. Eine starke Performance, basierend auf selbstbezogenen Betrachtungen

Diese Inszenierung kommt peppig daher. Das Bühnenbild lockt avantgardistisch: „I'm broken“ leuchtet eine rote Reklame über der Bühne. Ein Effekt zwischen Kunstinstallation und der Leuchtschrift eines Bordells. – Die plakative Aufschrift in flackernden roten Lettern wird irgendwann zu „I'm OK“. Auf der fast leeren Bühne stehen linker Hand verpackt Requisiten in Plastik.

Dann betritt sie dynamisch die Bühne und holt zum atemlosen Monolog aus. Marie Jung spielt „Anna Denise Schmit“. Gefährlich. Strahlend. Provokant. Unberechenbar. Tollkühn. Lebenslustig. – Genannt Poupette.

Es ist ein auf Effekt angelegter Text voller Reflexionen und Rückblicke, der Widersprüche birgt. „Sie ist 96 Jahre alt. Sie ist Unterhalterin, Widerstandskämpferin, Schriftstellerin, Garagistin – und noch vieles mehr. Und sie ist auf der Suche nach etwas ...“, heißt es markig. Was konkret an der Figur eine Widerstandskämpferin sein soll, erschließt sich bis zum Ende der Performance nicht. Um die Stimmigkeit geht es aber auch offenkundig gar nicht. Vielmehr fliegen den Zuschauer/innen über eine Stunde Eindrücke, Emotionen und Erinnerungsfetzen um den Kopf. Der Monolog ist mitreißend vorgetragen, Marie Jung schafft es recht mühelos, einen in ihren Bann zu ziehen.

„In einer Gesellschaft der zwanghaften Selbstoptimierung, in der wir nicht über Fehlgeburten, über Schmerz, Angst oder das Scheitern an sich sprechen, in der zunehmend Gewalt, Kapital und *fakeness* dominieren, fällt es hinter all den Masken schwer, sich selbst zu finden. Und jedwede Selbstsuche und -findung kann auch sehr trügerisch sein: Was erinnern wir richtig, was haben wir dazu erfunden, dazu gedichtet? Was entspricht eigentlich eher unserem eigenen Traum von uns als der so genannten Realität?“, heißt es in der Ankündigung.

Marie Jungs erster Bühnentext dreht sich um gesellschaftliche Erwartungen und das getriebene Individuum in einer von Schönheits- und Konsumzwängen beherrschten Welt. Er erforscht die Ambivalenz und Gleichzeitigkeit scheinbarer Paradoxien, das real existierende Nebeneinander verschiedener „Wahrheiten“. Ihr Monolog ist ein Dialog mit sich selbst wie mit dem Publikum. Zwischen dem Ich und der Welt, die diese Frau, reduzieren und in ein Schema pressen will. Dagegen kämpft die Figur an.

Mit ihrem Monolog überzeugte Marie Jung die Jury des vor Kurzem ins Leben gerufenen Edmond-Dune-Stipendiums, das vom Nationalen Kulturfonds (Focuna) zur Unterstützung von neuer Dramatik ausgelobt wurde. Franziska Autzen, mit der Marie Jung auch schon am Hamburger Thalia Theater zusammengearbeitet hat, inszeniert ihren Monolog auf der Bühne des TNL.

Jung betritt die Bühne im weißen Unterhemd, einer luftigen Pluderhose und goldenen Stiefeletten. Ihr Text wirkt sorgsam einstudiert und nuanciert interpretiert. Wie ein Puzzle müssen sich die Zuschauer/innen die Versatzstücke zusammendenken: „Ich bin das perfekte Beispiel einer Avantgardistin“, heißt es, oder: „Mehr Inhalt, weniger Kunst!“ Neben Desillusionierung spricht Wut und Enttäuschung aus ihr, und trotzdem Lebenshunger: „Was mich bewegt, beschwingt, ist das Leben!“

Erst leichtfüßig über die Bühne schwingend, wird sich Jung irgendwann exhibitionistisch entblößen und unter der Plastikplane verkriechen. In ihrem unruhigen Monolog wird ein Missbrauch angedeutet, enttäuschte Liebschaften, eine schwierige Kindheit. „Die Mama und der Papa wollten dich nicht haben.“ Aus den Trümmern, die sie hinterlassen hätten, habe sie sich ein hübsches Häuschen bauen wollen.

Ihr kraftvolles Schauspiel wird durch ein paar dezente Regie-Ideen betont. So wird die Bühne in Rosa getaucht, wirft sie einen großen Schatten an die Wand. Anzüglich trippelt sie mit heruntergezogenen Hosen über die Bühne. Die Doppeldeutigkeit ihres Textes spielt sie gekonnt aus, wenn sie ins Publikum wirft: „Es ist gut, wenn man aus den Dingen herauswächst!“ Am Ende erschöpft sich die One-Woman-Show und wirkt effektheischend. Sie lasziv räkelnd, verschwindet Jung unter der Plastikplane und reitet auf einem Mops davon.

Jungs Monolog kann streckenweise amüsieren, ihr Text wirkt jedoch vollständig losgelöst vom politischen Weltgeschehen und vor allem selbstbezogen. Dazu passt die peppige (Selbst-) Vermarktung. Die Zuschauer/innen blicken auf eine verletzte Person, die ihr Leben gelebt hat und Revue passieren lässt und deren Reflexionen in erster Linie um sich selbst kreisen. Ein kurzweiliger Theatermoment, der keinen nachhaltigen Eindruck hinterlässt. ●



Marie Jung spielt Anna Denise Schmit

Poupette. Uraufführung Text: Marie Jung; Regie: Franziska Autzen; Schauspiel: Marie Jung. Bühne: Christoph Rasche; Kostüme: Denise Schumann; Licht: Daniel Sestak; Regieassistent: Sara Goerres. Premiere war am 14. Mai, um 20 Uhr. Keine weiteren Spieltermine. Eine Produktion des Théâtre National du Luxembourg mit Unterstützung des Fonds culturel national

Dialogue croisé

Karine Sitarz

Depuis sa création, le Fundamental Monodrama Festival nous fait découvrir à chaque nouvelle édition, des créations inédites et des spectacles engagés de tous les continents, en particulier en provenance d'Afrique de l'Ouest. Pour sa douzième édition (le festival rayonne jusqu'au 29 mai avec une belle palette de propositions danse et théâtre), il n'a pas dérogé à la règle et a convié le public à un premier week-end dédié aux voix africaines avec trois spectacles venus du Niger (une création signée par un fidèle de la première heure du festival, Oumarou Aboubacari Bétoudji), du Bénin et du Burkina Faso (associé à la Suisse).

Nous étions à la Bananefabrik samedi 21 mai pour la représentation de *Terre rouge*, texte du dramaturge, metteur en scène et comédien burkinabé Aristide Tarnagda qui est aussi directeur artistique du fameux festival Récréâtrales d'Ouagadougou. Créée il y a dix ans, la pièce *Terre rouge* (Grand Prix littéraire d'Afrique noire en 2017) a eu « sa première suisse » l'an dernier au Theater Stok de Zürich dans une relecture de Miriam Lus-

tig et avec le comédien burkinabé Urbain Guiguemdé, version découverte à Bonnevoie.

Terre rouge est à la fois un monologue (sur scène, le comédien endosse deux rôles, il se trouve tantôt dans la rue au Burkina Faso, tantôt dans un « bar à foot » à Zurich) et un dialogue croisé entre deux frères (seuls, séparés par l'exil, l'un étant resté au pays, l'autre ayant migré en Europe, les scènes alternent entre fins de soirée dans le pays d'accueil et scènes de tous les jours au pays natal) qui disent l'improbable retour, les impossibles retrouvailles. Leur désir de paroles vivantes bute sur une difficile et intermittente communication via smartphone créant des situations absurdes, parfois comiques.

Terre rouge est plurielle, elle est un message amical adressé au frère lointain, une pensée pour le pays natal (« la terre qui porte mon histoire », « ma terre qui est rouge de sable », aujourd'hui perdue dit celui resté sur place), un regard vers le nouveau pays, vers le quotidien de l'exil (le tram, le bar, la bière, le froid, la toux, la mala-

die...). La pièce est aussi un cri de colère et une analyse critique des politiques nationales et internationales, des « machines du gouvernement », des motos chinoises, des coopérations européennes, des ONG, de la dégradation programmée de l'environnement.

Terre rouge se fait réquisitoire, cri, chant, récit, poème, parlant d'hier et d'aujourd'hui, d'ici et de là-bas, de tradition et de modernité, évoquant souvenirs d'enfance et visions d'avenir. Les émotions se bousculent, s'enchangent, se télescopent, les mots arrivent avec douceur, tendresse ou nostalgie, les mots frappent avec agacement, colère ou désespoir. « Errer dans sa solitude, errer dans les bars (...) j'erre en vous, assis autour du thé... », dit le frère exilé.

Seul sur le plateau, dans une mise en scène simple et efficace, Urbain Guiguemdé, convaincant, incarne avec justesse les deux personnages, rendant bien les émotions changeantes des deux frères et interpellant le public. Quand le spectacle commence, la salle est en pleine lumière, l'on est comme transporté au Burkina Faso, un homme passe, s'arrête devant nous, parle dans sa langue puis disparaît... Plongée dans le noir... Surgit ensuite le frère, en blouson rouge d'hiver, il essaye de rétablir la connexion avec son frère. Ce frangin qui, au fil du spectacle, va faire revivre l'enfance, la faim, les goyaves, la rivière, lui qui est resté au pays et qui aime tant « la pluie sur la terre rouge » et qui fustige ces machines qui ont tout détruit, déplorant les pleurs des enfants, « le silence déjà mort ».

Le comédien évolue dans un décor sobre. Sur le plateau s'imposent trois barils verts (et une chaise) qui servent de tables de bar mais deviendront aussi malles (avec statuettes) ou encore miroir (le frère exilé, sourire aux lèvres, se découvrant « garçon 5 étoiles ») et tambour (le comédien se fait alors musicien) dans une scène finale percutante où le personnage affirme : « Ce que je cherche c'est une terre rouge avec plus d'herbes... je cherche un baobab... je cherche la pluie... ».

De beaux tableaux, comme cette scène où le comédien fait jaillir des flocons de neige des poches de son blouson rouge, et d'intéressantes créations sonores traversent cette *Terre rouge* pleine d'humanité. ●



Deux rôles, deux frères, deux monologues pour Urbain Guiguemdé



Jérôme Quiqueret, ce lundi, à Esch-sur-Alzette.

Frédéric Braun : À partir de quel moment saviez-vous que vous teniez une histoire entre vos mains ?

Jérôme Quiqueret : Assez rapidement. En janvier 2012, quand je quitte l'hebdomadaire *Le Jeudi*, mon dernier article porte sur le centenaire de la répression dans le sang de la grève de Differdange. Pour le préparer, je me rends sur *luxemburgensia.lu* et tape « Italienier », car les manifestants tués sont italiens. Dans les centaines d'articles que je consulte, les Italiens y semblent invariablement impliqués dans des crimes. Dans la liste, il en est un qui n'est que témoin. Il est témoin d'un double meurtre qui semble monté en épingle par le *Luxemburger Wort*. Je décide de tirer le fil. Je découvre assez rapidement qui est l'auteur du crime. Je sens qu'il pourrait y avoir une histoire. J'en ai la conviction quand deux mois plus tard, j'ai sous les yeux le dossier d'instruction judiciaire que possèdent encore les Archives nationales. Il est volumineux du fait qu'on n'a pas tout de suite retrouvé l'auteur du crime. Mais il m'aura fallu encore plusieurs années et la consultation de nombreuses autres sources pour comprendre toutes les répercussions et la portée de ce meurtre.

Qu'est-ce qui vous a le plus surpris dans cette affaire ?

C'est de constater à quel point l'idéologie peut rendre aveugle et « penser à votre place » comme la définit le philosophe Jean-François Revel. De la gauche radicale à la droite catholique en passant par la Justice, l'idéologie règne en maître. On s'accroche à des idées préconçues, déconnectées de la réalité et de la complexité du terrain. À gauche, on est en mal de héros que la masse critique ne permet pas toujours de trouver, on recherche des faits divers impliquant le clergé pour contrer les attaques du camp catholique, lequel est à l'affût de crimes lui permettant de dénigrer les étrangers et Esch-sur-Alzette. Car Esch est alors le berceau du socialisme, et au moment du crime, elle est même devenue la première commune socialiste depuis moins d'un an et le laboratoire de ce qui pourrait se passer plus tard à l'échelle nationale. De nombreuses décisions vécues comme des provocations se déroulent depuis neuf mois, contre le clergé, le patronat et les forces de l'ordre quand survient le fait divers.

Difficile de lire le titre du livre sans penser à l'expression « tout doit disparaître », issue du monde commercial. S'agissait-il aussi pour vous de restituer avec ce livre la complexité d'une ville, à l'heure où, capitale de la culture, une partie de son histoire est transformée en marchandise ?

C'est intéressant de faire le lien entre les deux. Je ne l'avais pas fait. Mais si c'est l'effet que cela produit, cela ne me déplaît pas. D'abord, j'aimais bien le caractère populaire et simple de l'expression « Tout doit disparaître ». Elle me permettait de suggérer en quelques mots comment le passé continue à structurer notre présence, sans qu'on ne s'en rende compte. C'était principalement l'idée aussi qu'il y avait un triple processus de disparition à l'œuvre pour faire oublier ce crime et la société qui lui a donné son cadre. D'abord, le criminel a voulu incendier la maison. Les indices auraient dû disparaître et empêcher son identification. Ensuite, lors du procès, la société se désintéresse de qui était réellement ce criminel. Elle préfère renier

« Montrer toute la puissance du fait brut »

Entretien : Frédéric Braun

Avec *Tout devait disparaître*, le journaliste et historien Jérôme Quiqueret livre une fresque époustouflante d'Esch-sur-Alzette au début du siècle dernier, où en 1910 l'enquête autour du meurtre du couple Kayser-Paulus a fini par embraser le pays entier

situation était bien moins onirique, que le mari était loin d'être aimé de tous à commencer par sa femme. Quant à leur richesse, elle était criblée de dettes.

En effet, si tout devait disparaître, cela concerne en premier lieu les conflits sociaux, évacués de tout temps par les responsables politiques. Par un racisme anti-italien et une bestialisation du criminel à l'époque et peut-être depuis par l'idée d'une certaine politique « consensuelle » au Luxembourg...

C'est une période de conflits politiques intenses. L'influence de l'église catholique est remise en cause. À Esch-sur-Alzette, à ce moment-là, on essaie même de la faire disparaître de l'école et de la rue. Il y a aussi beaucoup de concurrence économique et sociale, ce qui favorise la xénophobie. Ce qu'on voit bien dans le livre, c'est qu'il y a des gens qui se solidarisent avec les étrangers et qui sont en contact avec eux, mais qu'on entretient aussi des divisions entre les gens du quartier pour miner cette cohabitation. Les Kayser-Paulus qui sont assassinés, faisaient partie de la vieille population eschoise, mais vivaient avec ces nouveaux venus ouvriers italiens, grâce auxquels ils s'enrichissaient et avec lesquels, je pense, ils entretenaient des relations cordiales. Je suis persuadé qu'ils faisaient la part des choses, qu'ils n'associaient pas la criminalité à une nationalité. Un demi-siècle auparavant, les faits divers sont instrumentalisés par les médias conservateurs pour attaquer les couches inférieures et les plus potentiellement rebelles de la population nationale. À la fin du XIX^e siècle, les étrangers sont arrivés en masse, ce sont eux désormais que l'on désigne. Car c'est à eux notamment que les syndicalistes et les conférenciers socialistes qui tournent dans le bassin minier s'adressent pour les organiser. Les conférenciers connaissent le piège tendu par la criminalité et son exploitation médiatique. Mais ils ont beau appeler au calme l'amalgame entre la progression du mouvement socialiste et la progression de la criminalité est savamment entretenu.

La forme, décrite comme kaléidoscopique, que vous avez choisie pour raconter cette enquête, s'est-elle imposée au fur et à mesure ou est-ce qu'elle était là dès le départ ?

Au départ, j'avais sans doute une vision un peu plus académique de la chose. Il a d'ailleurs été question que cela devienne une thèse, mais ça ne s'est pas fait pour différentes raisons. Peu à peu s'est imposée l'idée de restituer le tempo de l'enquête, et que le lecteur ait le temps de son déroulement pour s'immerger dans l'époque, s'approprier des éléments de contextualisation, pour être bien mieux outillé qu'un citoyen de l'époque pour en apprécier le dénouement. L'écriture par fragments est devenue le moyen de dresser une vaste fresque politique et sociale, me permettant de basculer d'un aspect de la composition à l'autre, et permettant au lecteur d'entreprendre un voyage dans le passé, qui restitue les paroles dites et les mots écrits, sans volonté de remplir les vides que rencontrait mon enquête.

Du coup, comment qualifieriez-vous ce genre de récit historique ?

L'idée était de montrer toute la puissance du fait brut. Il ne s'agissait pas d'inventer. En me demandant comment je pourrais traiter du sujet comme un journaliste, je me suis présenté cette exploration comme une enquête dans le passé. On pourrait peut-être aussi ranger ce récit dans le domaine de la non-fiction, que j'ai découvert à force de m'intéresser aux différentes manières d'écrire sur les faits divers. C'est un courant important aux États-Unis, porté par des journalistes qui explorent un passé en général moins éloigné et en se mettant souvent en scène dans leur recherche, ce que je ne fais pas. On n'a pu parler de mon livre comme d'un polar historique ou d'une micro-histoire. Pour ma part, j'aime bien dire « enquête dans le passé ». Tout simplement.

Une enquête dans le passé pour résister aussi à certaines tendances actuelles ?

Pourquoi pas ? Mais le questionnement originel était de chercher à savoir ce qui avait pu se passer dans ce quartier de la ville d'Esch que j'ai souvent arpenté. Quand je suis arrivé à Esch-sur-Alzette au début des années 2000, en provenance de Nancy, je connais la ville et la campagne, mais pas les cités industrielles qui m'intriguaient et me fascinaient. Les choses avaient déjà pas mal changé, notamment cette fameuse solidarité un peu mythique dont on parle encore. Et donc, je me suis toujours posé la question de savoir comment les gens vivaient ici dans le passé et comment on pourrait faire revivre ce quartier. Lors de mes études, j'avais découvert le travail de l'historien Alain Corbin, auteur du livre *Le Monde retrouvé de Louis-François Pinagot*, dans lequel il retraçait l'histoire d'un anonyme, sabotier du département de l'Orne, qu'il avait tiré au sort aux archives départementales et auquel il avait décidé de consacrer un livre entier. Afin d'imaginer ce qui a pu être sa vie, son univers mental, ses relations, les événements auxquels il a pu réfléchir. C'est un travail d'érudition auquel je ne peux pas prétendre comparer mon récit, bien évidemment. Mais je me demandais comment faire parler ces lieux et les personnes qui les ont habités avant moi. Puis j'ai rencontré aussi le travail de Philippe Arières qui préface mon livre, qui avait écrit en 2006 *Rêves d'histoire*, dans lequel il évoquait des manières novatrices et stimulantes d'écrire l'histoire. Mais si cette enquête est née, c'est aussi parce que personne ne parlait de ces vies ordinaires qui m'intriguaient ou dans des formes qui ne me convenaient pas. Le jour où je suis tombé sur ce fait divers là, je me suis dit que c'était à moi de m'y coller.

Au-delà des archives de justice, de police, les archives sociales et communales qui nourrissent ce livre, est-ce que vous avez pris contact avec des descendants ?

Non. J'ai une sainte horreur des passe-droits et j'ai donc préféré y renoncer plutôt que d'avoir besoin de telle ou telle personne pour accéder à des documents et de troquer ma liberté de travailler comme je le veux et à mon rythme contre des documents dispensables et un droit de regard sur ce que je vais écrire. Ensuite, une idée importante était de montrer ce qu'un citoyen peut faire en accédant aux archives publiques. Parce que si ce n'est pas un droit de l'homme, c'est au moins un droit du citoyen de pouvoir accéder aux documents et de se faire sa propre idée du passé d'un territoire et de ses habitants. D'ailleurs au Luxembourg, j'ai l'impression qu'on n'a pas, en la matière, tout à fait la même culture qu'en France, où beaucoup plus de personnes estiment avoir le droit d'aller consulter les archives. Après, effectivement, on peut « rêver » que l'auteur principal du meurtre, qui aimait beaucoup écrire, ait laissé un écrit, une biographie, et que quelque chose se cache encore quelque part... ●

Jérôme Quiqueret, *« Tout devait disparaître »*. Histoire véridique d'un double meurtre commis à Esch-sur-Alzette, à la fin de l'été 1910, Éditions capybarabooks, 480 pages, 25 euros

ROCK

Nouvelle énergie

Romuald Collard



Go by Brooks présente son deuxième album

On était pourtant dans les temps ! Mais c'était sans compter sur les travaux dans le centre de Dudelange qui nous auront finalement fait manquer la première partie, apparemment très intime, de Fernanda Strange. Dommage. Une fois installés dans la salle, c'est à nouveau, comme à chaque fois, cette incroyable sensation d'être dans son salon. Opderschmelz, c'est cosy, capitonné et incroyablement moelleux. C'est

simple, il n'y a pas deux salles au pays qui vous procurent cette sensation. Pas étonnant que le groupe du soir, Go by Brooks, l'ait choisi pour remonter sur scène, un an et demi après leur dernier concert, afin de présenter *This is her war*, leur tout nouvel album.

Ce soir, dans ce salon donc, on va assister à la prestation d'un groupe qu'on ne peut qu'aimer !

Pourquoi aime-t-on Go by Brooks ? Pour deux choses. D'abord parce qu'on sait à quoi s'attendre : du rock mélodique (ils en revendiquent d'ailleurs l'étiquette) carré, joué par des musiciens consciencieux et appliqués. Ensuite parce que ce groupe est assurément l'un des plus sympathiques du pays. Chez les Go by Brooks, on joue avec le sourire en partageant des milliers d'émotions à chaque morceau. Ni plus, ni moins.

Avec *L'éclaireur*, morceau instrumental qui ouvre ce nouvel album, la référence Pink Floyd vient immédiatement nous attraper à la gorge. Nicolas Palumbo, guitariste du groupe est fan, c'est clair, et va même pousser le vice jusqu'à faire entendre, à la toute fin du morceau, des sons de cloche qui ne sont pas sans rappeler l'intro de *High hopes* des maîtres incontestés du rock progressif. Ce ne sera pas la dernière comparaison...

Mais Go by Brooks, c'est aussi Laetitia Koener, chanteuse, guitariste et principale auteure, avec Nicolas – son mari dans le civil – du groupe. Laetitia, on l'a connue fragile, un peu gênée d'être sur scène et d'une discrétion absolue. Mais ça, comme dirait l'autre, c'était avant ! Aujourd'hui, on est face à une femme (devenue maman) heureuse, à l'aise, et qui prend un plaisir fou à défendre ses compositions, bien que celles-ci soient constamment traversées de paroles sombres.

Les titres, eux, s'enchaînent. *This is her war*, dont le travail sur les voix est remarquable, *Downfall*, plus rock et encore une fois influencé par le Floyd, *Another flame*, *Broken* et son clip prenant, *Lost*, *Le monastère*, *All we are* et son refrain repris par toute la salle, *Naked soul*, *No more*, l'incroyable progression crescendo de *Apodyopsis*, *Fly away* et *Kill hope*, titre qui va clôturer cette première salve avec un solo véritablement dantesque du guitariste.

Pendant 45 minutes, Go by Brooks aura prouvé qu'il n'est plus le groupe gentillet et un peu « classique » qu'il a pu être par le passé mais est aujourd'hui une machine huilée, conduite par un tandem attachant, un claviériste de génie, un

Chez les Go by Brooks, on joue avec le sourire en partageant des milliers d'émotions à chaque morceau

bassiste appliqué et un (nouveau) batteur dont Laetitia nous confiera plus tard qu'il a véritablement amené une nouvelle énergie au groupe.

En rappel, *Obey* laisse cette fois la place du solo à la front-woman et *How to sing to a man* clôt définitivement les débats.

La soirée est terminée. On se (re)perd dans les travaux du centre de Dudelange tout en se disant qu'on a passé une bien belle soirée. Et s'il est évident que la Kulturfabrik possède le meilleur son de tout le pays, Opderschmelz est bien la salle qui sait instaurer la plus jolie des ambiances. ●



Administration communale de Leudelange

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 29.06.2022
Heure : 11.00 heures

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'enduits intérieurs

Description succincte du marché :
Le présent marché comprend les travaux d'enduits intérieurs à exécuter dans l'intérêt de la construction d'une maison relais et école à Leudelange Phase II (autorisation ministérielle D/17/2016).

Envergure :
– Env. 860 m² d'enduits mural à la chaux ;
– Env. 90 m² de cimentage mural.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Le bordereau et le cahier des charges peuvent être retirés sur le site www.marches.publics.lu. Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau. Les offres établies sur des bordereaux non-déchargés sur le site nommé ci-avant, ne sont pas prises en considération. Pour des renseignements complémentaires les intéressés peuvent s'adresser au bureau d'architectes team31 31, rue d'Oradour L-2266 Luxembourg (tél. : 25 26 56).

Section VI : Renseignements complémentaires
Autres informations :
Réception des offres :
Les soumissionnaires sont obligés de remettre les documents d'offres par voie d'une transmission électronique au Portail des marchés publics. Une version papier à titre de copie de sauvegarde peut être remise dans les délais prévus et spécialement identifiée par l'apposition d'une mention « Copie de sauvegarde ».

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
19.05.2022

La version intégrale de l'avis n° 2201090 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 28.06.2022
Heure : 10 00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'enduits intérieurs et ouvrages secs à exécuter dans l'intérêt du Lycée technique pour professions de santé et hall des sports Logopédie à Strassen – Phase 2 : lycée

Description succincte du marché :
– Enduits intérieurs en plâtre, env. 6 700 m² ;
– Cloisons légères en plâtre, env. 4 000m² ;
– Faux-plafonds en plaques de plâtres, env. 500m².
La durée de la mission est de 165 jours ouvrables, à débuter le fin 2022. Les travaux sont adjugés à prix unitaires.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu). La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
23.05.2022

La version intégrale de l'avis n° 2201087 peut être consultée sur www.marches-publics.lu



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 19.07.2022
Heure : 10.00 heures

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Soumission relative aux travaux de menuiserie intérieure en bois dans l'intérêt de la construction du MediaCentre à la Maison des Sciences humaines à Esch-Belval.

Description succincte du marché :
Travaux de menuiserie intérieure en bois, fourniture et pose de portes acoustiques, châssis intérieurs à haute performance acoustique et cloisons vitrées.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Dossier de soumission à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Les conditions de participation sont précisées au dossier de soumission.

Réception des offres :
La remise électronique des offres sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu) est obligatoire pour cette soumission conformément à la législation et à la

ART CONTEMPORAIN

Orsay squatté

Lucien Kayser

Où Sophie Calle rappelle, voire invoque, les fantômes d’une toute première expérience, révélée seulement aujourd’hui

Pour rassurer de suite : Ce n’est pas le musée d’Orsay qui est squatté, ni le Quai du même nom (où il n’y a qu’un préavis de grève pour le 2 juin pour protester contre des réformes soupçonnées de mettre fin au corps diplomatique français). Non, nous sommes en décembre 1978, la gare d’Orsay et son hôtel sont désertés, les travaux de construction du futur musée commencent, il sera inauguré en 1986 seulement. Une jeune femme, à la croire elle-même, un peu perdue dans Paris, elle a alors 25 ans, flâne sur les bords de la Seine, longe le bâtiment, et pousse une porte de chantier qui la fait pénétrer dans l’ancien hôtel de la gare. Elle montera au cinquième étage, et au dernier étage donc, tout au bout d’un couloir, elle choisira comme « chambre à soi », la numéro 501. Des mois durant, elle y reviendra, le jour, pas la nuit, les rats et les chats morts l’en dissuadent, jusqu’au moment où les architectes et les ouvriers seront montés jusque chez elle.

On sait depuis longtemps les habitudes ou caractéristiques de Sophie Calle, elle est collectionneuse, elle est narratrice, joignant textes et photographies. La voici, juste avant ce qui marquera ses débuts dans l’art, avec sa *Suite vénitienne* (dans la collection du Mudam depuis 1997), où elle a discrètement suivi un homme qu’elle connaissait à peine, loin de la sublime Sérénissime, dans la désolation de couloirs abandonnés, d’une chambre délaissée. À son habitude, elle ne s’en prive pas, elle prend des photos, invite des amis, rassemble et empoche toutes sortes d’objets qui traînent, jusqu’aux fiches de clients ou notes aux employés. Cela fera deux caisses toutes remplies, mises de côté jusqu’à récemment où la rencontre avec un responsable du musée fait dire à Sophie Calle qu’elle connaît bien les lieux, et l’idée fait son chemin d’une exposition. D’autant plus séduisante en période de confinement, autre moment d’un musée déserté.

Deux grandes salles portent aujourd’hui témoignage du passage secret de Sophie Calle en 1978. Photos et textes, bien sûr, comme cet aveu aussi qu’à l’époque elle était pleine d’admiration pour Bob Wilson et cherchait à tout prix à se rapprocher de sa troupe. Des objets hétéroclites, plaques de numéros de chambre en métal rouge émaillé, clefs, vieux téléphones, documents, toutes choses qui peuvent être ramassés dans un espace auquel on est prêt à attribuer très vite un côté archéologique. Le temps passe vite, en effet, c’est loin déjà. Et à lire ce passé, le déchiffrer, comme s’il était bien plus lointain encore, il a été fait appel à un vrai archéologue, préhistorien même, Jean- Paul Demoule, qui est entré dans le jeu, dans les caprices de Sophie. Il s’en est donné à cœur joie, comme si des siècles après, il lui reve-

nait de faire parler ce qui a été déterré. Notre homme n’en est d’ailleurs pas à son premier coup, Daniel Spoerri avait enterré en 1983 tout un repas, Jean-Paul Demoule en avait réalisé une trentaine d’années plus tard la fouille.

Avec Sophie Calle, là encore comme d’habitude, il en est sorti un très beau livre d’artiste. Et si souvent on se moque des archéologues en les accusant de surinterprétation, en plus d’un coup d’œil sur la sociologie des gens de l’hôtel (on chercherait en vain un client luxembourgeois), Jean-Paul Demoule nous

ravit par son inventivité, sa fantaisie, l’imagination prenant le relais de la science. Ou comme il dit lui-même, il s’est parfaitement associé à la démarche de Sophie Calle, « elle possède une manière de faire très sérieusement quelque chose d’absurde ».

L’ascenseur occupe la 501, note de façon amusante le titre du livre (c’est la réalité, aujourd’hui, du musée). L’exposition, elle, s’intitule *Les Fantômes d’Orsay*. Sophie Calle elle-même a eu une existence quasi fantomatique en 1978 et dans les mois qui ont suivi, intéressant de considérer que c’est exacte-

ment le moment aussi où l’anglicisme de squatter, squatteur, entre pour de bon dans la langue française, une première occurrence se trouve dès décembre 1966 dans *le Nouvel Observateur*. Sophie Calle a récidivé pendant la pandémie, et cela donne une partie non moins originale, surprenante, de l’exposition et du livre ; la nuit, cette fois-ci, dans l’obscurité la plus entière, à la lumière de son seul portable, elle a photographié quelques-uns des œuvres iconiques du musée, les condamnant à leur tour au statut d’apparence. Et certains de ces fantômes de virer davantage encore aux fantasmes. ●



BINGE WATCHING

Müder Agent

Marc Trappendreher

James Bond – der Name steht für Eleganz. In ihm kumuliert all das, was den Spion faszinierend und aufregend macht: Die freie Ausübung all seiner Macht, er entscheidet über Leben und Tod, die Frauen liegen ihm zu Füßen; ein Genussmensch, der auf seinen Missionen exotische Schauplätze bereist und seinen Wodka Martini dabei gerne geschüttelt, nicht gerührt trinkt. Mit den faszinierenden und aufregen-

den Welten, die James Bond-Filme abbilden, hat die neue Spionagethriller-Serie *Slow Horses* unter der Regie von James Hawes kaum etwas gemein: Im Zentrum von *Slow Horses* steht Jackson Lamb – allein der Name hat bis in seine Klangfarbe hinein sämtlichen Glanz verloren. Lamb (Gary Oldman) ist der Leiter des Slough House, ein ganz versumpftes Haus, das zum britischen Inlandsgeheimdienst MI5

gehört und Spione aufnimmt, die aus unterschiedlichsten Gründen ausgemustert und zu Schreibtischarbeiten verdonnert wurden. Sie sind jene „Slow Horses“, die der Serie den Titel geben, verzweifelte Agenten, die ihre Zeit totschlagen und auf den großen Einsatz hoffen.

Dieser scheint sich plötzlich anzubieten, als sich Verbindungen zwischen hohen Regierungskreisen und rechten Gruppierungen immer deutlicher abzeichnen und kein gutes Licht auf MI5-Chefin Diana Taverner (Kristin Scott Thomas) werfen. Nun ist die Chance für die Abgehalfterten rund um Lamb gekommen, etwa den hitzköpfigen River Cartwright (Jack Lowden) oder die unscheinbare Sid Barker (Olivia Cooke), ihre wahren Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und das Netz aus Intrigen und Täuschungen zu entwirren.

Slow Horses, nach der Buchvorlage von Mick Herron, Morwenna Banks und Will Smith, lebt mehr von seinem Schauspieleraufgebot als von der Konstruktion des Plots, der nach sehr konventionellen Mustern bearbeitet ist. Gary Oldman gibt diesen Jackson Lamb mit einer herrischen Autorität, Herablassung, aber auch einem Hauch Fürsorge: Es sind Idioten, die er da beaufsichtigt, aber es seien immerhin seine Idioten, meint er. In seinem Jackson Lamb zeigt sich, was aus Smiley (ebenfalls Gary Old-

man) aus der John LeCarré Verfilmung *Tinker Tailor Soldier Spy* (2011) geworden sein muss, nachdem er – noch zu Zeiten des Kalten Krieges – die eigene Organisation enttarnt hatte. In *Tinker Tailor Soldier Spy* hatte der Spionagefilm vielleicht so etwas wie die Apotheose eines neuen Typs gefunden: den heroischen Verlierer. Am Ende blieb Smiley da nur die Erkenntnis, dass die Autoritäten der eigenen Geheimdienstorganisation nur sich selbst verpflichtet sind; die Täuschung lag im menschlichen Verhalten selbst, was blieb, war ein enttäuschter, ganz

Slow Horses von James Hawes zeigt einen Anti-James-Bond, der einfach keine Lust mehr hat

desillusionierter und vereinsamter Agent, der, poetisch überhöht ins Bild gesetzt, nur noch Müdigkeit und Desillusion ausstrahlte.

Dort setzt *Slow Horses* gewissermaßen an und führt mit Jackson Lamb diesen Typus fort, unterfüttert ihn indes mit gehörig viel Zynismus. Lamb ist bereits in seinem äußeren Erscheinungsbild ein Wrack, die Zeichen seiner Verwahrlosung stellt er offen aus: ungewaschen, unfrisiert, heruntergekommene Kleidung. Was bei James Bond in eins fallen musste, die erfolgreiche Mission und die perfekte äußere Oberfläche, das klafft bei Jackson Lamb auseinander: Sein Äußeres scheint er so zu vernachlässigen, wie er auf seinen Alkoholkonsum achtet. Spionage heißt bei Lamb Büroakten bearbeiten und darauf achten, dass keiner seiner „Slow Horses“ großen Schaden anrichtet. Als das Geregelte dann aus den Fugen gerät und das Aufregende in den Alltag bricht, bleibt dieser Jackson Lamb sichtlich unbeeindruckt, im Gegensatz zu der Euphorie seiner Kolleginnen und Kollegen. Da wartet ein Fall, der große Kreise zieht, doch eigentlich hat Lamb einfach keine Lust mehr. Der Kalte Krieg liegt weit in der Vergangenheit, doch das Agentenspiel ist irgendwo doch immer noch das gleiche: Da wird nach Moskauer Regeln und nach britischen Regeln gespielt, es ist freilich ein „Strange Game“, wie Mick Jagger uns im Abspann lauthals kundtut. ●



Un homme qui vous veut du bien

Salomé Jeko

On l'imaginait un peu baba cool, un peu perché, assis en tailleur, le vêtement ample et les poignets recouverts de bracelets tibétains, un bâton d'encens brûlant à ses côtés et la voix calme et posée de celui que rien n'atteint. À bas les clichés : Benjamin Blasco, le cofondateur de Petit BamBou, l'application star en matière de méditation, a tout du jeune cadre dynamique, bavard et enjoué. Diplômé de l'Ecole Polytechnique et de Télécom Paris, c'est à se demander comment cet ancien employé de Paypal est tombé dans l'univers du développement personnel et du bien-être. « À cette époque-là, je faisais beaucoup de choses en même temps, j'étais champion du monde du multitâches. Mais ça avait un coût d'être si efficace. Je pensais toujours à l'après et j'avais le sentiment de ne jamais être dans le présent, mais toujours dans l'anticipation. J'ai trouvé ça très dommage d'être ainsi spectateur de sa vie et j'en ai parlé à un collègue qui m'a conseillé d'essayer la médiation ». Sceptique au départ, cet ingénieur de formation finit par se laisser convaincre par cette pratique pour laquelle « il ne faut croire à rien, mais juste suivre des instructions ». Sa première séance est surtout l'occasion de faire un constat alarmant : « Je devais compter mes respirations jusqu'à dix. À trois, mes pensées allaient déjà ailleurs, j'avais un incroyable brouhaha dans ma tête et comme une voix de commentateur sportif en arrière-fond. Finalement ça m'a fait du bien de réaliser et d'accepter ça ».

Benjamin Blasco s'intéresse alors de plus près à la méditation ; il lit des livres, des études scientifiques qui en vantent les bienfaits, part en retraites spirituelles.

Finalement convaincu, il décide de lancer une application en collaboration avec son ami, Ludovic Dujardin, propriétaire depuis 2012 d'une page Facebook baptisée Petit Bambou, axée sur la philosophie et la sagesse. « Nous avons quitté nos jobs et nous nous sommes répartis les tâches : il s'est occupé de la partie technique et moi du reste, et nous avons réussi à monter une application qui aide chacun à prendre soin de soi ». En 2015, une première version est lancée et le succès est très vite au rendez-vous ; l'intérêt naissant de la population pour la pratique et la presse aidant. Au bout de 18 mois, un chiffre d'affaires commence à émerger et les embauches démarrent. Aujourd'hui, Petit BamBou c'est une vingtaine de personnes qui travaillent derrière l'application : six au Luxembourg, dans les locaux de The Office, à Hamilius, et quatorze autres à Lille, en France. Mais aussi toute une flopée d'enseignants en méditation qui fournissent l'application en programmes divers et variés. « Nous en avons une centaine sur des thèmes comme le burn-out, le sommeil, la gestion du stress, le sport, le lâcher-prise... Tous sont composés d'une introduction, d'une guidance et d'une conclusion, rédigées et enregistrées pendant dix à vingt minutes par nos experts, souvent des psys, que nous avons testés ou qui sont reconnus par leurs pairs. Nous collaborons notamment avec Christophe André, la personnalité la plus réputée dans ce domaine là, mais aussi avec les meilleurs enseignants de chacun des pays que nous couvrons ». Car Petit BamBou est disponible en six langues – français, allemand, anglais, espagnol et depuis peu italien et néerlandais – et compte à l'heure actuelle pas moins de neuf millions d'utilisateurs.



Benjamin Blasco n'a rien d'un gourou

Une reconversion réussie pour celui qui a totalement changé de vie et qui, par la même occasion, est parvenu à lui donner un sens. « Tous les jours, on reçoit des messages de remerciements de gens qui nous disent que la méditation les a aidés à passer un cap difficile, que ce soit côté pro ou côté perso. Ce sont de vrais messages d'amour et c'est motivant et beau de lire ça », confie-t-il. La pandémie a notamment été l'une des périodes les plus prolifiques pour l'application, qui a dû faire face à une vague de nouveaux utilisateurs, preuve de la véritable détresse psychologique de la population et une des raisons pour laquelle la méditation a de plus en plus le vent en poupe. « Lors du premier confinement, nos chiffres ont explosé. On a triplé le nombre d'utilisateurs et on a mis beaucoup de choses en place pour répondre présent et accompagner les personnes qui n'étaient pas encore familières de la méditation », témoigne Benjamin Blasco. Apaisé et heureux en apparence, le cofondateur de Petit BamBou n'en reste pas moins humain et avoue devoir parfois faire encore face au stress et aux contraintes de la vie quotidienne.

« Même si ça m'arrive d'oublier, je médite très régulièrement et je fais des retraites aussi. La méditation fait simplement partie de ma vie, je la conçois comme un stretching du cerveau, qui permet d'être plus souple et plus apte à affronter les hauts et les bas de l'existence. Au-delà de la pratique, c'est devenu un art de vivre. Chaque instant, quand quelque chose ne va pas, je cherche les outils dans ce que j'ai pu apprendre pour me recentrer, être présent et accepter mon humeur ou la situation qui se présente à moi ». Une philosophie qu'il a su transmettre à sa famille – ne dit-on pas que l'enfer, c'est les autres ? « Mes enfants ont médité un moment, mais sont surtout sensibles à la respiration et à la musique. Je crois qu'il ne faut pas forcer les gens, la motivation doit venir de l'intérieur et la méditation est une proposition qui est là. Parfois ça ne marche pas tout de suite et on y revient plus tard. Il faut le temps de vouloir et d'apprendre à prendre dix minutes pour soi et à ne rien faire, car ce n'est pas anodin de ne rien faire ». À méditer ! ●

Stil

L'ENDROIT



Purple Lounge

Arrivé en février 1998 au Casino 2000 à Mondorf, Stéphane Hubert, le chef du Purple Lounge est loin d'être un nouveau venu. Mais il n'a pas eu les honneurs et les coups de projecteurs de ses collègues du restaurant gastronomique Les Roses. Il faut dire que l'offre culinaire « bis » n'a pas toujours été d'un

grand intérêt. Depuis la cure de jouvence de cet espace pour un cadre plus moderne et plus lumineux et sa réouverture en 2019, le restaurant a grimpé quelques marches en qualité et en originalité. Le chef, qui a travaillé dans les cuisines de l'Hôtel Matignon au service du Premier ministre français, surfe sur les tendances alimentaires avec une carte très « fusion » : caponata d'aubergines servie avec du poivron, des épices et des cubes d'halloumi grillé ; ceviche de bar aux fruits de la passion ; saumon aux épices japonaises Furikake servi avec un chou kale snacké ; poulet jamaïcain au citron et gingembre (photo : fc). Malgré le sirop d'hibiscus dans la salade de fruits, les desserts sont encore un peu coincés dans les années 1990 (crème brûlée et mousse au chocolat). fc

LE PRODUIT

Luxembourg Kiss

L'histoire de la « Mafia du piment » (The Chili Mafia) commence sur un marché de Noël berlinois en 2014. À cette époque, Fabian Rueda, le fondateur de cette boutique épicée, y vendait des sauces piquantes avec son ami Diego. Tous deux Vénézuéliens, ils souhaitent faire honneur aux précieux piments en les cuisinant frais. Pas question pour eux d'utiliser des exhausteurs de goût ou des extraits artificiels dans leurs sauces. Aujourd'hui basée à Trèves, leur petite manufacture promeut également une agriculture locale, ou du moins européenne, les piments provenant d'Allemagne, d'Autriche et des Pays-Bas. Leur marque Pika Pika propose des sauces qui montent extrêmement

haut sur l'échelle de Scoville (voir d'Land du 17.09.2021) aux noms évocateurs tels que « Hot Carolina » ou encore « Killer Scorpion »... Bonne nouvelle pour les palais sensibles qui tiendraient à préserver leur bouche, il existe aussi des sauces plus supportables où différents piments s'accordent avec de la noix de coco ou de la mangue. On trouve dans cette catégorie « ni trop doux, ni trop piquant » le « Luxembourg Kiss », une



sauce « qui va avec tout » dans laquelle le habanero rouge est accompagné de tomates et de Riesling de la Moselle Luxembourgeoise pour un doux baiser pas trop « hot ». ylb

LES RÉCOMPENSES

Guide Michelin

Rarement les annonces du Guide Michelin Belgique-Luxembourg auront déclenché autant de rumeurs, de passions, de commentaires. Il y a d'abord les bonnes nouvelles : Deux restaurants entrent dans le cénacle des étoilés. Ryodo (Luxembourg-Hollerich, photo: fc) et la Villa de Camille et Julien (Luxembourg-Pulvermühl). Sans grande surprise. Le premier, avec un « succulent hommage à la tradition japonaise »

était déjà « Chef de l'année » pour le Gault&Millau. Le deuxième livrant une cuisine « classique française, centrée autour de beaux produits du terroir local » avait annoncé viser l'étoile dès son ouverture (à l'été 2020) et n'a eu de cesse d'améliorer son offre. Deux étoiles en plus, certes, mais trois étoiles en moins. Dès lundi matin, avant les annonces officielles, Arnaud Magnier, chef et patron du Clairefontaine partageait la triste nouvelle sur les réseaux sociaux : « Sans beaucoup d'explications, le guide rouge a décidé de retirer notre étoile, alors que notre adresse y était imprimée depuis plus de 21 ans ». Il disait toute son incompréhension, sa colère, puis ses espoirs de continuer à « partager ensemble des moments gastronomiques ». On apprenait ensuite que La Cristallerie (au



sein de l'Hôtel Place d'Armes) et Les Jardins d'Anaïs subissaient le même sort. Cela porte à huit le nombre de restaurants étoilés au Luxembourg, dont Ma langue sourit qui en affiche deux. Soit neuf « macarons » dans cette nouvelle édition qui ne passe plus par le format papier pour ne jouer que la carte digitale. À une époque, pas si lointaine, le Luxembourg a compté douze ou treize étoiles. Entre fermetures et rétrogradations, le Grand-Duché ne brille plus autant dans la haute gastronomie. fc



„Luxemburg ist umzingelt – Affenpocken breiten sich aus“ (Luxemburger Wort, 22.05.22).



„Luxemburg ist umzingelt, aber noch nicht betroffen“ (LW, 22.05.22).



Die WHO will Experten einberufen, um mögliche Impfpfehlungen zu erörtern (LW, 22.05.22).



Wat en Afenzirkus!